

Das Parlament

Berlin, 21. März 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Mut zur Wahrheit

Marina Owsjannikowa Ihr Protest gegen Russlands Krieg in der Ukraine in der Hauptnachrichtensendung des russischen Staatsfernsehens hat weltweit eine Welle der Anerkennung ausgelöst. Die TV-Journalistin war mit einem handgeschriebenen Plakat hinter der Nachrichtensprecherin aufgetaucht, auf dem die Worte „Stopp den Krieg. Glaub der Propaganda nicht. Hier werdet ihr belogen“ zu lesen waren. „Ich bin jetzt der Feind Nummer eins hier“, sagte Owsjannikowa wenig später. Die Journalistin wurde nach eigenen Angaben wegen der Aktion zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 Rubel (rund 265 Euro) verurteilt, ein mögliches Strafverfahren gegen sie werde noch geprüft. In Russland drohen bei „falschen“ Informationen über den Krieg, der überdies nicht so genannt werden darf, bis zu 15 Jahre Haft. *she*

ZAHLE DER WOCHE

3

Millionen Menschen sind seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen geflohen. Mehr als 1,8 Millionen davon sind in Polen aufgenommen und 200.000 bisher in Deutschland registriert worden.

ZITAT DER WOCHE

»Die Ukrainer kämpfen auch für uns.«

Petr Fiala, Tschechiens Premier, nachdem er und seine Amtskollegen aus Polen und Slowenien vergangene Woche per Zug zu einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj nach Kiew gereist waren.

IN DIESER WOCHE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Energiepreise Koalition streitet über Entlastungsideen **Seite 4**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Haushalt In dieser Woche beginnen die Beratungen für den Etat 2022 **Seite 5**

VERTEIDIGUNG
Bestandsaufnahme Die Wehrbeauftragte hat ihren Jahresbericht vorgestellt **Seite 13**

KEHRSEITE
Ausstellung Einblicke in die Minderheiten in Deutschland **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Ein Präsident klagt an

UKRAINE Wolodymyr Selenskyj appelliert an Bundeskanzler Scholz, Führungsrolle einzunehmen

Seit 26 Tagen führt Russland Krieg in der Ukraine. Doch ein baldiges Ende der Kämpfe ist trotz der Verhandlungen zwischen beiden Seiten nicht in Sicht. Für die Bewohner wird die Lage immer dramatischer. Seit Kriegsbeginn haben die Vereinten Nationen 780 getötete Zivilisten dokumentiert, darunter 52 Kinder. Die tatsächlichen Zahlen lägen „mit Sicherheit“ deutlich höher, heißt es im Hochkommissariat für Menschenrechte. Mehr als drei Millionen Menschen seien bisher aus der Ukraine geflüchtet, Millionen aber sitzen weiter fest. Evakuierungsversuche aus stark umkämpften Gebieten sind wiederholt gescheitert. So harren in der belagerten und stark zerstörten Hafencity Mariupol seit mehr als zwei Wochen rund 350.000 Zivilisten ohne Heizung, Trinkwasser und Strom aus. Und auch im Westen des Landes, wo es bisher ruhig war, bereiten sich die Menschen auf Angriffe der russischen Armee vor. Am vergangenen Freitag ereigneten sich in der Nähe des Flughafens der westukrainischen Großstadt Lwiw – rund 80 Kilometer von der Grenze zu Polen entfernt – heftige Explosionen.

Schwere Vorwürfe Einen Tag zuvor hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer live übertragenen Videoansprache vor dem Deutschen Bundestag einen eindringlichen Appell an die anwesenden Abgeordneten und Mitglieder der Bundesregierung gesendet: „Bitte helfen Sie uns, diesen Krieg zu stoppen.“ In Europa werde wieder versucht, ein ganzes Volk zu vernichten, Putin zerstöre „alles, was wir uns aufgebaut haben“. Die Abgeordneten spendeten Selenskyj sichtlich betroffen stehenden Applaus. Dabei rechnete der Präsident schonungslos mit der deutschen Politik gegenüber Russland und der Ukraine ab. Zu lange habe die Bundesregierung gezögert, harte Sanktionen gegen Russland zu verhängen und Waffen an Kiew zu liefern, zu lange sei an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 festgehalten worden. Viele deutsche Unternehmen machten weiterhin Geschäfte mit Russland. „Sie merken es vielleicht nicht alle“, sagte Selenskyj, „aber Sie befinden sich wieder hinter einer Mauer. Nicht hinter der Berliner Mauer, aber einer Mauer mitten in Europa. Und diese Mauer wird stärker mit jeder Bombe, die auf unseren Boden in der Ukraine fällt und mit jeder Entscheidung, die nicht getroffen wird.“ An Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) persönlich richtete er die Bitte: „Zerstören Sie diese Mauer. Geben Sie Deutschland die



Stehender Applaus nach der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Bundestag, der dort allerdings schonungslos mit der deutschen Politik gegenüber Russland und der Ukraine abrechnete.

Führungsrolle, die es verdient.“ Selenskyj wiederholte seine Forderung nach einer Flugverbotszone über der Ukraine und sprach sich erneut für ein Öl- und Gasembargo gegen Russland und einen EU-Beitritt seines Landes aus. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) versicherte ihm in ihren Eingangsworten, die Welt stehe der Ukraine bei. „Auch Deutschland ist an Ihrer Seite.“ Neben menschlicher Solidarität bedürfe es auch einer entschlossenen Politik. Sie verwies auf eine am Vortag verabschiedete gemeinsame Erklärung der G7-Parlamentspräsidenten, in der diese den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste verurteilten und versprachen, Menschen, die aus der Ukraine fliehen, zu helfen (siehe Seite 10). Im Anschluss an die Rede Selenskyjs kam es allerdings zum Eklat. Dass Göring-Eckardt zur Tagesordnung übergang, quittierten die Abgeordneten von CDU/CSU, AfD

und Linken mit empörten Zwischenrufen, die Unionsfraktion forderte per Geschäftsordnungsantrag eine sofortige Aussprache über den Ukraine-Krieg und die Positionierung der Bundesregierung zur Rede Selenskyjs. Der Antrag scheiterte jedoch nach einer kurzen, hitzigen Debatte an den Stimmen von SPD, Grünen und FDP. Bereits einen Tag zuvor hatte der Bundestag auf Antrag der drei Koalitionsfraktionen in einer aktuellen Stunde über die Lage in der Ukraine debattiert. Selbstkritisch merkte Robin Wagner (Grüne) darin an, die russischen Deviseneinnahmen aus Importen fossiler Energieträger hätten den Krieg mitfinanziert. Jetzt gelte es, jeden Tag aufs Neue zu prüfen, was möglich sei, „um uns diesem Terror entgegenzustellen.“ Johann Wadephul (CDU) sprach sich für weitere Waffenlieferungen aus, um einen „ernsthaften Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit der freien Ukraine“ zu leisten, und auch Michael Roth (SPD) betonte, nur eine wehrhafte

Ukraine könne Putin zu ernsthaften Verhandlungen über einen Waffenstillstand bewegen. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) versprach mit Blick auf Waffenlieferungen und Sanktionen: „Deutschland wird Kurs halten.“ Für Die Linke sicherte Dietmar Bartsch der Bundesregierung Unterstützung zu bei ihren diplomatischen Bemühungen und „jeder Sanktionierung, die Sand in Putins Kriegsmaschine streut und Oligarchen trifft“. Matthias Moosdorf (AfD) bezeichnete Sanktionen und Waffenlieferungen hingegen „nicht das Mittel der Wahl“. In der heutigen Welt dürfe es keine Sieger und Verlierer geben, denn: „Es ist ein schmaler Grat, der uns von der Apokalypse trennt.“

»Wir tun alles« Mit Skepsis kommentierte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland. „Wir wissen nicht, ob das wirklich Gespräche sind.“ Ein Diktatfrieden habe wenig mit Frieden zu tun, merkte sie an. Der Ukraine sicherte Baerbock zu, „alles“ zu tun. „Wenn wir zaubern könnten, wenn mir mehr Waffen liefern könnten, dann würden wir das tun.“ *Johanna Metz*

EDITORIAL

Existentieller Kernauftrag

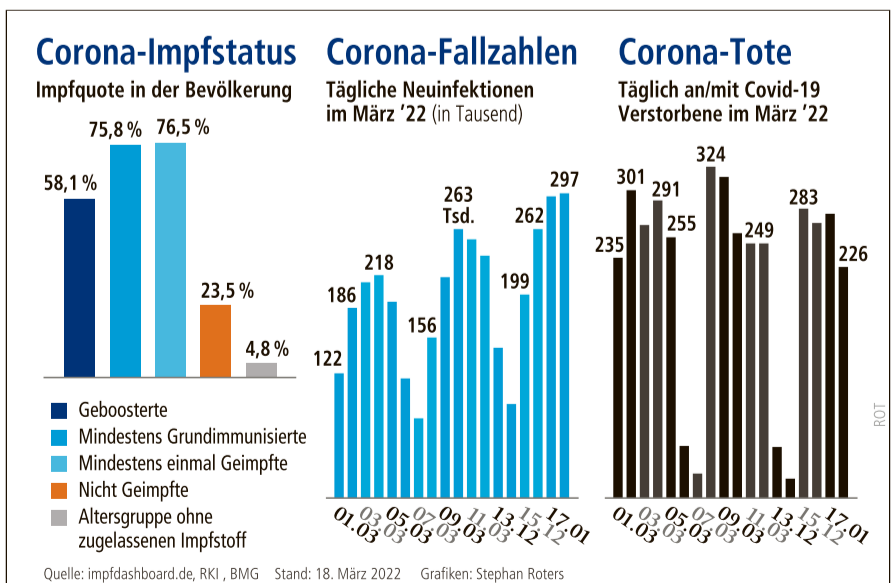
VON CHRISTIAN ZENTNER

Der Bericht der Wehrbeauftragten wirft jedes Jahr ein Schlaglicht auf den Zustand der deutschen Streitkräfte. Er wurde bislang in einstudierter Routine fast folgenlos zur Kenntnis genommen. Dieses Jahr trifft der Bericht aber auf eine veränderte Sicht auf die Bundeswehr. Deren Kernauftrag, für unsere Sicherheit zu sorgen und unsere Freiheit zu verteidigen, steht plötzlich im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Wehrbeauftragte Eva Högl hat es gegenüber dem Bundestag und dem Parlament deutlich gemacht: Bündnis- und Landesverteidigung sind nicht mehr graue Theorie, sondern brutale Realität. Ihren Aufgaben kann die Bundeswehr nur mit Rückendeckung des Bundestages und Rückhalt in der Gesellschaft gerecht werden. Wird in Diskussionen jede Rüstungsausgabe ins Verhältnis zu sanierungsbedürftigen Schulen und fehlenden Kita-Plätzen gesetzt, dürfte die Bundeswehr sonst noch auf lange Sicht mit den Mängeln an Material und Ausrüstung kämpfen. Es braucht mehr Achtsamkeit für die Truppe und nicht nur dann Beifall, wenn sie wieder einmal in der Bewältigung unserer zivilen Herausforderungen einen guten Job macht. Amtshilfeinsätze wie in der Corona-Pandemie oder bei der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Sommer sind von enormer Bedeutung für unser Land, im Gegensatz dazu ist der Kernauftrag jedoch existentiell. Achtsamkeit braucht aber auch die Truppe selbst. Im Wehrbericht wird die Zahl der Meldungen über extremistische Vorfälle mit 226 angegeben, ein Anstieg um fast ein Viertel gegenüber dem Vorjahr. Oft sind es rechtsextremistische Vorfälle. Der Anstieg der Meldungen hänge, so der Bericht, möglicherweise mit einer gestiegenen soldatischen Sensibilisierung zusammen. Das wäre eine gute Nachricht. Es braucht eine klare Kante, denn wer die Uniform trägt ist ein Vorbild für die Gesellschaft. Aufrüstung oder Ausrüstung, solche zuletzt vernehmbaren Wortschiffe helfen der Bundeswehr nicht. Wer sich zur Bündnis- und Landesverteidigung genauso bekennt, wie zur Bundeswehr als Einsatzarmee, die nun seit mehr als 25 Jahren in internationale Einsätze geht, der muss den Soldatinnen und Soldaten schlicht die Ausrüstung geben, die sie für ihren Auftrag brauchen. Der Wehrbericht wird wohl immer ein Bericht der Mängel, Fehler und Versäumnisse sein, vielleicht braucht er dafür aber künftig nicht mehr 170 Seiten.

Wichtige Entscheidungen in der Gesundheitspolitik

CORONA-PANDEMIE Heftiger Streit über geändertes Infektionsschutzgesetz und mögliche allgemeine Impfpflicht

Erstmals haben die Abgeordneten in der vergangenen Woche ganz konkret und sehr kontrovers über Vorschläge zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen das Coronavirus diskutiert. Fünf Vorlagen stehen zur Diskussion, darunter drei fraktionsübergreifende Gruppenanträge (siehe Seite 8 sowie ein Hintergrund zu Gruppenanträgen und Fraktionsdisziplin auf Seite 9). Voraussichtlich Anfang April sollen die Vorschläge zur Abstimmung gestellt werden, der Ausgang ist ungewiss. Die Befürworter einer Impfpflicht argumentieren mit möglichen Risiken im weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und weisen auf die relativ große Impflücke, die nach wie vor besteht, und die vielen noch nicht geimpften älteren Menschen, die besonders gefährdet sind. Zudem stieg zuletzt die Zahl der Infektionen auf neue Rekordwerte (siehe Grafik). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mahnte im Bundestag: „2022 ist das erste Jahr, in dem wir tatsächlich die Pandemie in Deutschland beenden können, mit der Impfung, mit der Impfpflicht.“ Seit vergangener Woche gilt außerdem die sogenannte einrichtungsbezogene Impf-



plicht. Demnach muss etwa in Krankenhäusern oder Pflegeheimen das Personal gegen Covid-19 geimpft oder aber genesen sein. Für bestehende Tätigkeiten mussten Nachweise bis zum 15. März vorgelegt werden. Neue Arbeitsverhältnisse können seit dem 16. März in den Einrichtungen nur bei Vorlage eines Nachweises eingegangen werden. Mehrere Länder haben angekündigt, die Reform (20/250) stufenweise und pragmatisch umzusetzen, damit die Versorgungssicherheit nicht gefährdet wird.

Unterdessen hat der Bundestag vergangene Woche auch eine heftig umstrittene Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) auf den Weg gebracht, mit der die meisten Schutzvorkehrungen gegen das Coronavirus wegfallen (Details Seite 8). Ab dieser Woche dürfen die Länder nur noch ausgewählte niedrigschwellige Auflagen anordnen. Zum Basisschutz zählen die Maskenpflicht und Testpflichten in bestimmten Einrichtungen. Neu ist eine Hotspot-Regelung, mit der die Länder auf lokal begrenzte, bedrohliche Infektionslagen reagieren können. Die Bundesländer haben aber noch bis zum 2. April Zeit, bisherige Regelungen anzuwenden und wollen davon auch Gebrauch machen. Angesichts der vielen Neuinfektionen und möglicher neuer Virusvarianten ist bei den Ländern die Sorge vor einer verschlechterten Gesamtlage groß. *Claus Peter Kosfeld*



GASTKOMMENTARE

GAS- UND ÖL-IMPORTSTOPP?

Sanktionen schärfen

PRO



Jakob Schlandt, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Wladimir Putin hat seine Kriegsziele nicht erreicht; nun geht Russland zu einem Krieg gegen die Zivilbevölkerung über. Das darf nicht unbeantwortet bleiben. Das heißt: Die Sanktionen müssen verschärft werden. Denn Putin stabilisiert den Rubel und seine Wirtschaft mit unserem Geld für Öl, Kohle und Gas. Die Bundesregierung lehnt Energiesanktionen ab. Zu gravierend wären die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit. Insbesondere bei Gas wäre ein kompletter Importstopp tatsächlich ein tiefer Einschnitt. Mehr als die Hälfte unseres Verbrauchs stammt aus russischen Pipelines und lässt sich nicht durch Einkäufe auf dem Weltmarkt ersetzen. Richtig wäre es deshalb, die Importe durch eine Stilllegung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 zu drosseln. Zusätzlich käme auch die Jamal-Pipeline durch Belarus und Polen in Betracht – in Abstimmung mit Warschau. Dann bliebe für Putin allein das große Transportsystem der Ukraine, durch das immer noch im vollen vertraglichen Umfang Gas aus Russland Richtung Westeuropa strömt. Das wäre ein klares Zeichen der Solidarität: Muss Gazprom die Ukraine nutzen, sichert das die dortige Versorgung ab. Mit der stillgelegten Nord-Stream-Pipeline gäbe es zusätzliche Verhandlungsmasse und einen weiteren Anreiz für Putin, den Krieg zu beenden. Erste Berechnungen zeigen, dass Deutschland bei einem Nord-Stream-Stopp – wenn auch knapp – ohne drastische Einschnitte über den nächsten Winter kommen würde. Anders als ein kompletter Importstopp ließe sich das Teil-Embargo also auch durchhalten. Putin muss jetzt ein klares Signal erhalten, dass sein Zerstörungskrieg zusätzliche Konsequenzen hat.

Unterschätzte Folgen

CONTRA



Daniel Wetzel, »Die Welt«, »Welt am Sonntag«

Die Forderung nach einem sofortigen Energie-Embargo gegen Russland ist verständlich. Allerdings sind die Folgen kaum verstanden. Äußerungen, ein Ausfall russischer Gaslieferungen sei „handhabbar“, beruhen auf Mutmaßungen, nicht auf Analysen. Die oft geäußerte Vorstellung, es handle sich um ein bisschen „solidarisches Frieren“, unterschätzt die Konsequenzen dramatisch. Klar dürfte sein, dass ein Gas-Embargo sofort die höchste Stufe des „Notfallplans Gas der Bundesrepublik Deutschland“ auslösen würde. Die Gasversorgung der Bevölkerung hinge von Anweisungen der Behörden und Gasnetzbetreiber ab, und zwar auf unbestimmte Zeit. Denn ein Embargo wäre vorerst unumkehrbar. Das Risiko, dass staatliche Steuerungskompetenzen dabei überfordert werden, ist erheblich. Bundesbehörden hatten die Beherrschbarkeit einer Gasmangellage vor vier Jahren in der Übung „Lükex 18“ getestet. Es zeigte sich, dass dabei eine kaltebedingte Krankheitswelle droht, die die Handlungsfähigkeit von Verwaltung, Polizei, Rettungsdiensten, Krankenhäusern und Pflegeheimen einschränkt. Die Auskühlung von Gebäuden könnte zu Wasserschäden und Versorgungsproblemen führen. Größere Probleme wären in der Ernährungsindustrie zu erwarten, die ihren Energiebedarf zu weit mehr als 50 Prozent durch Gas deckt. Versorgungsnot und in der Folge soziale Unruhen sind damit nicht auszuschließen. Es spricht also viel für die Annahme, dass die Bundesrepublik diese Lage nicht über längere Zeit durchstehen könnte. Damit ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein Embargo bald zurückgenommen werden müsste. Seine politische Wirkung wäre kontraproduktiv.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Hubertz, die Spritpreise sind durch die Decke gegangen, in den Supermarktregalen wird das Sonnenblumenöl knapp: Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine bekommen nun auch immer mehr die Menschen in Deutschland zu spüren. In der Koalition gibt es derzeit Unmut über das Vorgehen von Finanzminister Christian Lindner beim Thema Tankrabatte. Mit welchen Entlastungen ist zu rechnen?

Derzeit arbeitet eine koalitionsinterne Taskforce an weiteren Entlastungen. Unser Ziel ist es, zielgenau die Menschen zu entlasten, die besonders unter den hohen Energiepreisen leiden. Erste Ergebnisse haben wir in der vergangenen Woche auf den Weg gebracht: Den Heizkostenzuschuss haben wir von 135 auf 270 Euro verdoppelt. Diese Entlastung kommt Wohngeld- und Bafög-Berechtigten sowie Azubis zugute – das sind insgesamt über zwei Millionen Menschen. Außerdem haben wir die Abschaffung der EEG-Umlage beschlossen, damit sinken die Strompreise ab Juli deutlich. Wir dürfen aber auch die Gründe für die Teuerungen nicht aus dem Blick verlieren. Es scheint, als komme diese nicht von einer Verknappung, sondern ist auch das Produkt von Spekulationen. Der Rohölpreis ist verhältnismäßig stabil, aber die Gewinnmargen, die von den Mineralölkonzernen und Zwischenhändlern abgeschöpft werden, sind teilweise enorm. Dieses Vorgehen wird nun auch kartellrechtlich geprüft. Um Entlastung zu erreichen, müssen wir Stabilität in drei Feldern schaffen: Strom, Wärme und Mobilität. Beim Thema Mobilität ist uns wichtig, nicht nur auf die Autofahrer zu schauen, sondern auch verkehrsmittelunabhängig für Entlastungen zu sorgen.

Sie lehnen den Tankrabatt also ab?

Für uns als Sozialdemokratin und Sozialdemokraten ist wichtig, dass wir nicht einen Tankrabatt für alle machen, der sowohl für den Arzt als auch für die Krankenschwester gilt. Wir wollen sozial gerechte Entlastungen: Wer weniger hat, bekommt mehr. Die Situation ist kritisch und wir müssen schnell weitere Schritte einleiten.

Nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch die Unternehmen leiden unter den Sanktionen gegen Russland und den Folgen des Krieges in der Ukraine, unter anderem die Stahl- und die Automobilindustrie. Es fehlen Teile und Rohstoffe, die Energiepreise machen lohnendes Wirtschaften zum Teil unmöglich. Sollte die Bundesregierung feste Hilfszusagen machen?

Natürlich brauchen auch die Unternehmen Entlastung bei den Energiepreisen, besonders in den energieintensiven Branchen. Die Wirtschaft kommt gerade aus der Pandemie beziehungsweise steckt noch mittendrin und jetzt kommt der nächste Schlag. Wir sind dabei zu prüfen, welche Liquiditätshilfen in Form von Kreditprogrammen möglich sind. Wobei ich auch der Meinung bin: Kredite helfen zwar, aber die Fremdkapitalaufnahmefähigkeit mancher Unternehmen ist bereits derart strapaziert, dass das kaum noch was möglich ist.

Der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Oliver Hermes, kritisiert den stetig wachsenden Druck auf Unternehmen, die in Russland tätig sind. Wie viel politisches Engagement darf die Politik Ihrer Meinung nach den Unternehmen abverlangen?

Ich finde, in dieser Zeit sollte jeder das für sich Mögliche und Verantwortbare tun. Die Unternehmen spüren die Sanktionen und man muss schon schauen, wem man was zumuten kann. Ich appelliere an eine weiterhin große Solidarität, die wir nicht nur bei den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch bei den Unternehmern und Unternehmerinnen sehen.

»Nicht überhitzt handeln«

VERENA HUBERTZ Die SPD-Wirtschaftspolitikerin warnt vor zu schnellen Reaktionen auf die ökonomischen Folgen des Krieges in der Ukraine



© picture-alliance/dpa/Harald Tittel

Es sind vereinzelt Stimmen aus der Politik zu hören, die davor warnen, eine Krise in Deutschland „herbeizureden“. Die Ökonomen und Ökonominen korrigieren die Zahlen zum Wachstum zwar nach unten, sagen aber auch, dass die gesamtwirtschaftlichen Verluste verkräft-

bar seien. Der Krieg in der Ukraine und zwei Jahren Pandemie: Wie viel Krise hält die deutsche Wirtschaft aus? An das Thema muss mit Weitsicht herangegangen werden. Die Gefahr ist, dass wir durch Schnellschüsse tatsächlich in eine Wirtschaftskrise rutschen und dann wären

auch Arbeitsplätze in Gefahr. Ich fordere deshalb, die Contenance zu bewahren. Natürlich wird der Krieg auf unsere Konjunktur und unser Wachstum Einfluss haben. Aber deshalb haben wir noch keine Wirtschaftskrise. Und wir wissen auch nicht, wie die Situation in zwei Monaten aussehen wird. Deswegen müssen wir jetzt auf Sicht fahren und dürfen nicht überhitzt irgendwelche Maßnahmen rausfeuern, die mal hier 10 Milliarden und da 15 Milliarden Euro kosten sollen. Jetzt gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren und zielgenau zu unterstützen, wenn es nötig ist.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte am vergangenen Donnerstag in seiner Videobotschaft an den Bundestag mehr Unterstützung durch Sanktionen und bezeichnete die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 als „Waffe“. Sie haben bereits die Arbeitsplätze angesprochen, Wirtschaftsminister Robert Habeck wurde noch deutlicher und warnte im Falle eines Öl-Embargos vor „Lieferunterbrechungen, Armut und Massenarbeitslosigkeit“ – hierzulande. Teilen Sie diese drastische Einschätzung?

Wenn wir damit wirklich die Bänder zum Stehen bringen würden: Ja, dann kann das so kommen. Das wären natürlich die extremsten Folgen, aber in diesen extremen Zeiten muss man mit extremen Szenarien kalkulieren. Deswegen ist es umso wichtiger, zu überlegen, welchen Stein man ins Rollen bringt und welche Auswirkungen das haben könnte. Wenn wir jetzt ein komplettes Embargo einleiten, könnte es durchaus zu gravierenden Folgen kommen.

Denken Sie, dass die – teilweise beispiellosen – Sanktionen, die die USA, die EU und weitere Staaten eingesetzt haben, wie beabsichtigt wirken werden? Wie lange müssten sie in Kraft bleiben, um eine Wirkung zu erzielen?

Zunächst zeigt die starke Antwort des Westens, wie eng wir zusammenstehen. Die Welt verurteilt Putins Angriffskrieg, das ist ein wichtiges Signal. Mit den Sanktionen treffen wir zum einen die unmittelbar um Präsident Putin herum existierenden Machtsysteme, die Oligarchen. Außerdem richten sich die Sanktionen gegen die russische Wirtschaft, damit Putin seinen Krieg nicht fortsetzen kann. Letztlich spürt auch die Bevölkerung die Folgen der Sanktionen. Damit sinkt hoffentlich Putins Rückhalt in der russischen Gesellschaft.

Selbst wenn der Krieg in zwei Wochen vorbei wäre, müssten die Sanktionen nicht länger laufen, um ein Umdenken herbeizuführen?

Bestenfalls kommen zumindest die militärischen Aggressionen durch Friedensgespräche zu einem Ende. Jeder Tag, an dem Russland seinen Krieg fortsetzt, steigert das Leid unschuldiger Ukrainerinnen und Ukrainer weiter. Die Frage ist, wie es mit Russland nach Putin weitergehen würde. Ich kann mir nur sehr schwer vorstellen, dass wir in Zukunft mit diesem Kriegstreiber vertrauensvoll verhandeln können.

Welche Rolle sollten Handelsabkommen mit politischen Partnern wie den USA oder Kanada spielen, um eine größere Unabhängigkeit zu erreichen?

Bei den Erneuerbaren Energien müssen wir zwar so autark wie möglich werden. Aber globale Handelspartnerschaften mit Ländern, die unsere Werte teilen, sind jetzt wichtiger denn je.

Das Gespräch führte Elena Müller.

Verena Hubertz ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und für die Themen Wirtschaft, Bau, Wohnen und Tourismus zuständig.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Maßvolle: Pascal Meiser

An einem Tag, wo es in Partei und Parlament überkocht, bleibt Pascal Meiser nach außen ruhig. Abgeklärt kommentiert er den Streit, den er gerade im Plenarsaal hinter sich gelassen hat. Es ist Donnerstag, im Bundestag haben die Fraktionen über den Umgang mit der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj debattiert – ob es unmittelbar eine Aussprache geben sollte oder nicht. „Nach einer Besinnungspause hätte es einer Regierungserklärung bedurft“, sagt der Linken-Abgeordnete, „ein würdevollerer Umgang mit der Situation wäre sicher möglich gewesen“. Aber dies passe zum Regierungsstil eines Olaf Scholz, der offenkundig gerne mal abtauche, um möglichst wenig Kritik auf sich zu ziehen. Jedenfalls anders verhält es sich mit dem Bundesfinanzminister. Christian Lindner (FDP) ist mit dem Vorschlag eines „Krisenrabatt Kraftstoffe“ vorgeprescht – eine Entlastung der Bürger an den Zapfsäulen, wegen der gestiegenen Preise im Zuge des Krieges in der Ukraine. „Das überzeugt mich überhaupt nicht“, erwidert Meiser. „Es gibt zwar dringenden Handlungsbedarf bei den steigenden Energiepreisen, aber von Lindners Idee würden vor allem die Raffinerien profitieren, die Preise an den Tankstellen sind längst von den Rohstoffpreisen losgekoppelt, deshalb braucht es hier dringend eine staatliche Preisregulierung, die solche Abzocke unterbindet.“ Meiser, 47, sitzt für seine Fraktion in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales sowie für Wirtschaft und Energie, diese Frage beschäftigt ihn also doppelt. Es seien Maßnahmen auch jenseits der

aktuellen Kriegskrise nötig, sagt er: „Die strukturell gestiegenen Energiepreise müssen durch bessere Sozialleistungen abgedefert werden“, auch schwebte ihm eine kurzfristige Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie vor. Doch was ist mit den Erlösen der Raffinerien? „Man muss die Extraprofiten der aktuellen Krisenprofiteure über eine Übergewinnsteuer abschöpfen, aber dies wäre nur ein Baustein“, meint Meiser, „ein anderer wäre: Wir brauchen eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer, um die Lasten



»Die strukturell gestiegenen Energiepreise müssen durch bessere Sozialleistungen abgedefert werden.«

der Krise gerecht zu verteilen.“ Wer sich mit ihm unterhält, hört oft Verweise auf die Gewerkschaften. Meiser studierte Politikwissenschaft und ließ sich nach seinem Diplom zum Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall ausbilden. Sein Wahlkreis ist nicht irgendeiner. Zum einen ist er mit gerade 27 Quadratkilometern der kleinste in Deutschland, und zum anderen ist „Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg

Ost“ der einzige, der seit 2002 den Grünen das Direktmandat anvertraut. Und Meiser passt durch seine Biografie in den sehr heterogenen Wahlkreis, der auch viele Bürger mit vielen verschiedenen Wurzeln vorweist. Meisers reichen ins Saarland. Aufgewachsen auf der Grenze zwischen Nalbach-Körprich und Lebach-Knorscheid, spielte er bei der SV Borussia Körprich Fußball, machte seinen Zivildienst im Kinderhort – und ging nach Mainz zum Studium, landete über Leeds in Berlin. Er arbeitete als Referent für Bundestagsabgeordnete und wurde 2007 Mitglied in der WASG. So leitete er dann in der neuen „Die Linke“, eine Fusion aus WASG und Linkspartei.PDS, den Bereich „Kampagnen und Parteilentwicklung“ in der Bundesgeschäftsstelle. Seit 2013 steht er dem Parteiverband in Friedrichshain-Kreuzberg vor und zog 2017 über die Landesliste in den Bundestag ein. Saarländische Medien berichteten stolz darüber, „da schwingt schon ein ‚einer von uns‘ mit, dagegen spielt die Herkunft in meinem Wahlkreis selbst keine Rolle“. In der alten wie der neuen Heimat gibt es indes ein parteiinternes Beben: Mitgründer Oskar Lafontaine hat seinen Austritt verkündet. Meiser bleibt diplomatisch. „Er hat große Verdienste, ohne ihn gäbe es die Partei in dieser Form nicht.“ Und zu den Linken-Kabalen im Saarland, die mitunter zu Lafontaines Schritt führten: „Konflikte haben immer eine lange Vorgeschichte. Hier haben einige keine gute Figur gemacht. Es ist bedauerlich, dass die Kontrahenten hier nicht mehr zusammenfanden.“ Es klingt, als bewerbe er sich für ein neues Amt: einen Platz in der Bundesschiedskommission. Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
18. März 2022

Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurbelstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Bild der Zerstörung: Aufnahme aus dem ukrainischen Charkiw nach einem russischen Luftangriff.

© picture alliance/AA/Wolfgang Schwab

»Das wird kein Blitzkrieg«

RUSSLAND Sicherheitsexperten warnten Putin vor einem Einmarsch in die Ukraine – hellsichtig, aber vergeblich

Warum werfen Sie ausgerechnet jetzt die Frage nach dem „Nicht-Beitritt“ der Ukraine zur Nato auf“, wurde Russlands Außenminister Sergej Lawrow am 14. Januar 2022 gefragt. Nach einem längeren Monolog sagte Lawrow schließlich: „Wir haben keine Geduld mehr.“ Bereits am 18. November 2021 hatte Präsident Wladimir Putin das russische Außenministerium, wie schon zuvor das Verteidigungsministerium, angewiesen, der Nato und den USA die „roten Linien“ aufzuzeigen. Der Westen müsse gezwungen werden, „auf das Schüren von Konflikten an unseren westlichen Grenzen zu verzichten“. Gleichzeitig begann Moskau, seine Truppen entlang der Ukraine zusammenzuziehen. Während die politische Klasse in Moskau Putins Anti-Nato-Thesen schweigend hinnahm oder lautstark unterstützte, diskutierten renommierte Experten die Folgen der neuen Doktrin, mit der „Spannungen gegenüber der Nato erzeugt“ und ein möglicher Angriff auf die Ukraine vorbereitet wurden.

Der bekannte Analytiker und Generalsekretär des Russischen Rates für Internationale Politik, Andrej Kortunow, kritisierte einen Monat vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine diesen „diplomatischen Blitzkrieg“ Russlands scharf. Die Attacke sei nicht nur gescheitert, sondern habe die Beziehungen zu den USA und zur Nato weiter verschlechtert. Wenige Monate vorher hätten die Kreml-Strategen das „Fiasko in Afghanistan“ als Schwäche der USA und der Nato gebrandmarkt. Jetzt würden sie mit „unrealistischen Initiativen“ eine Konfrontation riskieren. Weiter bezeichnete Kortunow die russische Propaganda als verlogen: Nicht die Nordatlantische Allianz habe die postsowjetischen Republiken „an sich gefesselt“. Vielmehr hätten diese Staaten ihre Teilnahme an der „euro-atlantischen Sicherheitsstruktur“ geradezu stürmisch vorangetrieben. Abgesehen davon verfolge Brüssel nicht das Ziel, die Ukraine und Georgien als Mitglieder aufzunehmen. Moskau solle sich lieber darauf konzentrieren, an einer für seine Nachbarn akzeptablen Sicherheitsarchitektur mitzuwirken, forderte Kortunow.

Luhansk und Donezk Seit Januar 2022 deuteten die Reden Putins und Lawrows darauf hin, dass der Kreml die Anerkennung der beiden separatistischen „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk und einen Militärpakt plant. Dies hätte den Weg geöffnet für einen Einmarsch russischer Truppen in das Donbass-Gebiet. Tatsächlich war es am 22. Februar soweit: Zwei Tage vor dem Kriegsbeginn gegen die Ukraine erkannte Präsident Putin beide „Volksrepubliken“ als unabhängige Staaten an. Ein Duma-Abgeordneter der regierenden Partei „Einheitsliches Russland“ schlug in diesem Zusammenhang vor, die USA präventiv mit Atombomben anzugreifen. Direkt danach drohte auch Putin dem Westen unverhoh-

len mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, sollte er sich in den russisch-ukrainischen Konflikt einmischen. Präsident Putin hatte damit die „Militärdoktrin Russlands“ vom 5. Februar 2010 deutlich verschärft. Dort heißt es in Artikel 22: „Die Russische Föderation behält sich das Recht vor, als Antwort auf einen gegen sie und (oder) ihre Verbündeten erfolgten Einsatz von Kernwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, ihrerseits Kernwaffen einzusetzen. Das gilt auch für den Fall einer Aggression mit konventionellen Waffen gegen die Russische Föderation, bei der die Existenz des Staates selbst in Gefahr gerät. Die Entscheidung über den Kernwaffeneinsatz trifft der Präsident der Russischen Föderation.“

Kritik an Nukleardrohung Dagegen stellte Alexej Arbatow in der in Moskau erscheinenden Zeitung „NG-Diplomatischer Kurier“ klar, dass keine der beiden Voraussetzungen für den Einsatz von Atomwaffen vorliegen würde. Der Direktor des Zentrums für internationale Sicherheit am Institut für internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften bekräftigte: „Russland wurde weder nuklear noch auf eine andere Art und Weise angegriffen.“ Zugleich widersprach er den Forderungen russischer Politiker, auch den letzten verbliebenen Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II) zu kündigen. Denn „in diesem Fall könnten die USA ihre strategischen Nuklearkräfte sofort verdoppeln und anstelle der aktuellen Parität eine essentielle Übermacht aufbauen“. Arbatow betonte, nach Putins nuklearer Drohung hätten die USA sogar ihre geplanten Raketenstarts gestoppt, „um die strategische Lage nicht weiter zu eskalieren“.

Indem der Kreml-Herrscher darauf verweist, die Ukraine könnte in den Besitz von Atomwaffen gelangen und damit Russland bedrohen, will er laut Arbatow vor allem die Bevölkerung verunsichern und seine „Militäroperation“ rechtfertigen. Dabei verfüge die Ukraine gar nicht über die erforderlichen Anreicherungsanlagen. Sollte Kiew zudem den Atomwaffenpakt verletzen, werde das Land seine Unterstützung aus dem Westen verlieren und „wie Nordkorea behandelt“, ist der renommierte Experte überzeugt.

Explizit gegen Putins Vorstöße zur Anerkennung der Volksrepubliken stellte sich Andrej Kortunow. Diese Politik könne Russland in eine direkte Militärkonfrontation mit der Nato führen, deren Ausgang höchst ungewiss sei. Offenbar würden Primärziele der „Strategie der Nationalen Sicherheit“ vom 2. Juli 2021 nicht mehr gelten: Beispielsweise „die Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ oder „die Verhinderung der Voraussetzungen für die Entzündung eines globalen Krieges und des Risikos des Einsatzes von Nuklearwaffen“.

Putins Geschichtsbild Präsident Putins Namensartikel „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ vom 12. Ju-

ni 2021 oder seine Rede vom 21. Februar 2022 enthalten das ideologische Fundament seiner Anschlusspolitik gegenüber dem so genannten slawischen „Brudervolk“. Dabei hatte bereits der zweite ukrainische Präsident Leonid Kutschma solchen Wunschträumen mit seinem 2003 auf Russisch in Moskau erschienenen Buch „Die Ukraine ist nicht Russland“ ein deutliche Abfuhr erteilt. Putin hätte dieses 559 Seiten umfassende Werk lesen sollen. Dann hätte er vielleicht verstanden, dass die Ukrainer für die Unabhängigkeit kämpfen würden, um der ungeliebten „Moskowiter-Herrschaft“ zu entgehen. Stattdessen gerierte sich der Kreml-Herrscher als Mächtigster Historiker.

Als Geschichtenerzähler hatte sich Putin schon früher hervorgetan und dabei immer wieder historische Tatsachen manipuliert: Dazu gehört seine Erzählung über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges, die er in seinen Reden und Interviews verbreitet. In seiner Sicht gehören Ukrainer und Russen demselben Volk und derselben Zivilisation an. Sie teilten die gleichen traditionellen Werte, die ihnen der Westen mit Unterstützung von Nazis wegnehmen wolle. Aus diesem Narrativ entstand das Kriegsziel der „De-Nazifizierung“ der Ukraine.

»Die russische Armee wird auf viele Stalingrads und Groznys treffen.«

Michail Chodarönok, Oberst a.D.

Putins Drohgebärden gegenüber dem Westen und seine Kriegsvorbereitungen entlang der ukrainischen Grenzen führten vor Kriegsbeginn zu einer lebendigen und aus heutiger Sicht erstaunlich kritischen Diskussion der sicherheitspolitischen Experten in Russland. So machte sich Alexander Chramtschichin vom Institut für Militär-analyse noch am 4. Februar 2022 in der „Unabhängigen Militärrundschau“ über Putins Kernthese lustig, die Nato bedrohe Russland und werde angreifen. Wenn die Nato dies hätte tun wollen, wäre dies bereits in den vergangenen 30 Jahren geschehen, als Russlands Armee schwach war. Stattdessen hätten viele Nato-Mitglieder ihre Militärausgaben gekürzt. Erst seit der Krim-Annexion im Jahr 2014 hätten sie wieder mehr für Verteidigung ausgegeben. Zudem hätte die Nato längst

Raketen in der Ukraine stationieren können, tatsächlich habe die Allianz jedoch den Nato-Russland-Pakt befolgt, befand Chramtschichin. „Uns mag das Eindringen der Nato in die Schwarzmeer-Region ärgern, aber wo sind deren Militärbasen dort?“ Auch bei den Nato-Kontingenten im Baltikum handle es sich „eher um symbolische Einheiten, die für die Aggression gegen eine Nuklearmacht ungeeignet“ seien, argumentierte der Militärexperte.

Chramtschichin befürchtet, dass man „im Kreml vollständig den Draht zur Realität verloren hat und an die eigene Propaganda glaubt. Das können wir leider nicht ausschließen“. Und er nennt eine weitere mögliche Erklärung: „Nach der afghanischen Schande hat Putin geglaubt, Brüssel und Washington würden eine ukrainische Schande in jedem Fall vermeiden wollen und daher alle Forderungen Russlands direkt anerkennen“. Daher empfahl der Militärexperte dem Kreml, sich ruhig zu verhalten, die Volksrepubliken still anzuerkennen, aber keinen Krieg gegen die Ukraine zu beginnen. Auch wenn Russland diesen Krieg gewinnen könne, die Besetzung der Ukraine könne es sich „wirtschaftlich nicht leisten“.

Die überwiegende Mehrheit der Moskauer Experten hielt die ukrainische Armee für schwach und tonte: „Niemand wird dieses Regime verteidigen“. Dagegen beurteilte Oberst a. D. Michail Chodarönok ebenfalls in der „Unabhängigen Militärrundschau“ sowohl die Stimmung in der Bevölkerung als auch die militärische und politische Lage im Nachbarland völlig anders. Chodarönok hatte früher als Abteilungsleiter in der Hauptverwaltung Operationen des Generalstabes des russischen Verteidigungsministeriums gearbeitet. 20 Tage vor Kriegsbeginn warnte er vor den Konsequenzen eines „hypothetischen Krieges“ und widersprach den Erklärungen der „blutdurstigen“ Politologen und Politiker. Chodarönok gab zu bedenken, dass bereits im Jahr

2014 Putins Plan „Novorussia“ gescheitert sei. Damals hatte sich sogar die russischsprachige Bevölkerung im Südosten der Ukraine gegen die „russischen Befreier“ gestellt.

Warnung vor Partisanenkrieg Die angebliche militärische Schwäche der Ukraine gegenüber Russland werde in einem künftigen Krieg keine Rolle spielen, warnte Chodarönok. Im Falle der Intervention Russlands in der Ukraine werde der Westen der ukrainischen Armee moderne Waffe liefern. „Es wird zu keinem Blitzkrieg kommen“, fügte er hinzu.

Chodarönok zitierte die in Russland berühmte Äußerung von Verteidigungsminister Pawel Gratschow aus dem Jahr 1994: „Es braucht nur ein Regiment Fallschirmjäger, um Grosny in zwei Stunden zu erobern“. Tatsächlich dauerte der Tschetschenien-Krieg zwei Jahre und Russland verlor den Konflikt zunächst. Die Ukraine ist so groß wie Frankreich und hat 40 Millionen Einwohner. In diesem Krieg wird „die russische Armee auf viele Stalingrads und Groznys treffen“, betonte der Militärexperte. Die Ukrainer würden in ihren Städten und den Wäldern kämpfen und der Besatzung einen heftigen Partisanenkampf liefern. Im Gegensatz zu den Versprechungen der Kreml-Propagandisten werde der Krieg kein Spaziergang. Chodarönoks Fazit: „Der militärische Konflikt mit der Ukraine entspricht in keiner Weise den nationalen Interessen Russlands.“

Aschot Manutscharjan II

Ob die russische Gesellschaft da mitspielt?

UKRAINE-KRIEG Die Kritik in Russland an Putin offenbart, dass selbst die Zensur nicht vorbereitet war

Am 24. Februar 2022 um 6 Uhr Moskauer Zeit verkündete Präsident Putin dem russischen Volk den Beginn der „Militäroperation“ gegen die ukrainischen „Nazis“. Ziel sei es, die Ukraine zu entmilitarisieren. Einmütig kritisierten die wenigen noch verbliebenen unabhängigen Medien in Russland den Krieg. Viel Zeit blieb ihnen nicht: Eine Woche später wurden der Radiosender „Echo Mosky“ und der Fernsehsender „Dozd“ geschlossen. Die Zeitung „Novaja gazeta“ kann noch erscheinen, sie beschloss aber, keine Nachrichten über das Kriegsgeschehen zu veröffentlichen.

Neuer Kalter Krieg Offenbar traf der Kriegsbeginn auch die Zensur unvorbereitet: Es gelang ihr nicht, Anti-Kriegs-Sendungen und eine kritische Berichterstattung über den Angriff auf die Ukraine rechtzeitig zu stoppen. Die renommierte Denkfabrik „Moskauer Carnegie Zentrum“ hatte Glück: In einem ihrer letzten Berichte gelang es ihr, die Sitzung des Sicherheitsrates vom 21. Februar zu analysieren und den Beginn eines neuen Kalten Krieges zu konstatieren. Wie schon so oft habe Putin die Opferrolle der Russen betont. Angesichts der Nato-Politik wolle der Kreml-Herrscher Machtpolitik betreiben, schrieb Alexander Baunow. Tatsächlich gehe es Pu-

tin aber nur um die Fortsetzung seiner Alleinherrschaft nach 2024. „Ob die russische Gesellschaft da mitspielt?“, rätselte Andrej Perzew, Journalist der in Russland verbotenen Internet-Zeitung „Medusa“.

Konsolidierung des Westens „Warum haben die Experten nicht an die Möglichkeit eines militärischen Konflikts mit der Ukraine geglaubt?“, fragte Iwan Timofeew, Programmdirektor der regierungsnahen Denkfabrik Russischer Rat für internationale Politik, und gab sich die Antwort gleich selbst: „Angesichts der kolossalen Schäden für Russland konnten wir einfach nicht glauben, dass der Kreml eine so falsche Entscheidung treffen würde“, meinte der Wissenschaftler in seiner vielleicht letzten kritischen Analyse. „Dass Russland einen Krieg beginnen werde, habe man in Moskau als eine gezielte Kampagne von Russophoben gewertet, die Russlands Ruf absichtlich zerstören wollen“. Timofeew schreibt, im Kriegsfall wäre Russland ungewiss, wer der Aggressor. Daher werde der Kreml mit dem Krieg nur eine „Konsolidierung des Westens“ erreichen. Sicherheitspolitisch führe dieser „Konflikt“ – Timofeew darf das Wort Krieg nicht verwenden – „zu einer bedeutenden Stärkung der Nato-Militärpräsenz in Osteuropa. Sogar

Deutschland hat sich für eine Remilitarisierung entschieden“. Damit habe es die Politik des Kremls erreicht, dass die Deutschen ihre „Nachkriegskomplexe“ überwinden und zusammen mit der Nato „eine mächtige Militärmacht mit Abschreckungswirkung gegenüber Russland“ bilden würden. Selbst wenn Russland die Ukraine besetze, würde der Nato-Beitritt nur hinausgezögert. „Die notwendigen Ausgaben für die Kontrolle der antirussischen Gesellschaft in der Ukraine sowie die Militärausgaben werden mögliche Gewinne in Russland zu nichtemachen“, betonte der Moskauer Politologe.

Folgen für die Wirtschaft Noch kritischer fallen die Stimmen der russischen Experten aus, die sich mit den Folgen des Krieges und der Sanktionen für die heimische Wirtschaft beschäftigen. Im Falle eines vollständigen westlichen Embargos auf die russischen Öl- und Gasexporte verliert der Haushalt Einnahmen in Höhe von 280 Milliarden US-Dollar, schätzt Andrej Mowtschan im Interview mit „Novaja gazeta“. Kämen weitere Sanktionen hinzu, falle die russische Gesellschaft auf eine Stufe zwischen Venezuela und Iran zurück. Und er schließt nicht aus, dass der Westen den Ölmarkt durch die

Aufhebung des Embargos gegen Iran und Venezuela kompensieren wird. Das russische Volk werde nicht verhungern, aber der Rückzug der westlichen Industrie werde verheerende Schäden für die Wirtschaft des Landes haben. Mit früheren Krisen sei die aktuelle Lage nicht zu vergleichen, so Mowtschan. Denn „dieses Mal können wir uns keine Hoffnungen auf westliche Investitionen machen“.

Gewinner der Entwicklung werde die Volksrepublik China sein, betont der Wirtschaftsexperte Wladislaw Inosemzew in der „Novaja gazeta“ vom 14. März 2022. Moskau werde gezwungen sein, den Chinesen russisches Öl und Gas zu Rumpelpreisen zu verkaufen. Für seine Importe könne Russland nicht mehr bezahlen, da die russischen Banken von der Weltwirtschaft abgetrennt seien. „Alle Autofabriken werden stillgelegt. Aber letztendlich wissen wir noch nicht, wie tief wir fallen. Es geht nur noch abwärts“. Einen Binnenmarkt wird Russland weiter haben, „aber die Repressionen werden stärker werden“. Doch wie lange solche kritischen Stimmen zu vernehmen sein werden, ist fraglich: In der vergangenen Woche erklärte Präsident Putin alle, die seine Politik kritisieren, zu „Nationalverrätern“ und zur „Fünften Kolonne“.

manu II

Die Strompreise steigen, die Heizkosten steigen, die Spritpreise steigen. Unternehmen und Verbraucher ächzen unter der Belastung, vor allem jene Haushalte mit geringerem Einkommen. Entlastung tut Not. Das weiß auch die Politik. Der Blick zum Nachbarn Frankreich, wo der Ärger über höhere Spritpreise sich zur landesweiten Protestbewegung der „Gelbwesten“ gegen das Unterfangen einer Energiewende wandelte, ist der Bundesregierung Mahnung genug. Die Ampelkoalition arbeitet an weiteren Hilfspaketen. Unter anderem soll es bei Wärme, Strom und Mobilität Erleichterungen geben. „Gerade die hohen Heizkosten erdrücken zahlreiche Familien“, sagte Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne). Sein Haus schätzt, dass die Gasrechnung für eine Durchschnittsfamilie in einem unsanierten Einfamilien-Haus im laufenden Jahr um etwa 2.000 Euro steigt. Am Donnerstag beschloss deshalb der Bundestag, Wohngeldempfängern, Studierenden und Auszubildenden einen deutlich höheren Heizkostenzuschuss zukommen zu lassen als bisher geplant: Der Betrag soll auf 270 Euro verdoppelt werden.

Effizienz Zudem setzt Habeck auf Energieeffizienz und Einsparungen – etwa eine Minderung des Verbrauchs beim Autofahren oder einen Austausch von Gasheizungen. Drittens hält er marktwirtschaftliche Impulse für nötig, damit gelte: „je effizienter, desto geringer die Kosten“. Der nächste Schritt soll die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli sein. Danach sollen die Stromkunden kein Geld mehr auf das EEG-Konto einzahlen, das übernimmt dann der Staat. Für die Grünen ist das, wie Katrin Uhlig am Donnerstag in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs (20/1025) sagte, ein erster Schritt. Weitere würden folgen, „auch für einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren und damit für eine kostengünstigere, klimafreundliche und souveräne Energieversorgung.“

Die Union unterstützt das Vorhaben. Gemeinsames Ziel müsse es sein, die preisdrückende Wirkung der Umlagesenkung zugunsten des Endverbrauchers zu gewährleisten. „Somit ist der Weg, den Sie mit Ihrem Gesetzentwurf einschlagen, durchaus unterstützenswert“, sagte Maria-Lena Weiss (CDU). Andreas Mehlretter (SPD) bezifferte die Entlastung durch die Abschaffung der Umlage auf 6,6 Milliarden Euro in diesem Jahr. „Notwendige Soforthilfen sind also auf dem Weg“, sagte er. Kritik kam aus der AfD. Marc Bernhard machte die „weldtümste Energiepolitik“ für die Preissteigerungen verantwortlich: „Der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle und Kernenergie hat zur völligen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen geführt, die die Menschen jetzt teuer bezahlen.“ Der FDP-Abgeordnete Olaf in der Beek hob hervor, die Absenkung helfe nicht nur den Menschen, sondern auch dem Mittelstand und der Industrie. „Gerade auch die energieintensive Industrie braucht diese Absenkung.“

Klaus Ernst (Die Linke) richtete den Fokus auf einen anderen Aspekt: Beim Benzin sei es momentan so, dass der Rohölpreis sinke, der Preis an den Tankstellen aber nicht,



Auf in den Preiskampf

STEIGENDE ENERGIEKOSTEN Mit der Abschaffung der EEG-Umlage und weiteren Maßnahmen will die Bundesregierung die Bürger entlasten

Schon zum 1. Juli soll die EEG-Umlage nicht mehr vom Stromverbraucher gezahlt werden.

© picture-alliance/CHROMORANGE/Matthias Stolt

„weil natürlich auch die Konzerne da derzeit absahnen“. Wenn man heute tanke, habe man den Eindruck, man hätte eine Beteiligung bei Aral oder Shell erworben. „Vielleicht müssten Sie mal darüber nachdenken, wie Sie da abschöpfen können“, sagte Ernst in Richtung Bundesregierung.

Debatte um Tankrabatt Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatte vergangene Woche stattdessen einen „Krisenrabatt Kraftstoffe“ ins Gespräch gebracht: „Der Staat darf die Bürger mit den steigenden Preisen nicht alleinlassen“, sagte Lindner. Der Liter Superbenzin kostete laut ADAC zuletzt im Schnitt 2,20 Euro, der Liter Diesel sogar 2,30 Euro. Nach Lindners Vorstellung könnte jedem Autofahrer beim Bezahlen an der Tankstelle ein Nachlass auf den Rechnungsbetrag ge-

währt werden. Kritik gibt es an der Verteilungs- und Anreizwirkung einer solchen Maßnahme: Sehr teuer – nicht zielgenau: Kabinettskollege Habeck nannte die offenbar ungestimmte Idee verbesserungsbedürftig. Ein Rabatt mindere den Anreiz, auf Benzin und Diesel zu verzichten. Es müssten auch marktwirtschaftliche Elemente und Anreize für Effizienteres enthalten sein: Energiesparen müsse sich lohnen, sagte Habeck.

Kritik kam auch von Ökonomen. Der Spritpreiskegel entlaste nicht nur Bedürftige, sondern auch Wohlhabende, nicht nur Pendler, sondern auch Ausflügler, und selbst wenn der Verbrauch etwas sinke, koste ein Rabatt von 20 Cent je Liter den Staat insgesamt 10 bis 13 Milliarden Euro. Berufspendler könnten wohl eher über die Pendlerpauschale entlastet werden. Die

würde aber erst bei der nächsten Steuererklärung – also in einem Jahr – greifen, und hilft daher nicht akut.

Die Union hält unterdessen an ihrem Vorschlag fest, die hohen Energiepreise über eine Senkung der Mehrwert- und der Mineralölsteuer abzufedern. Beim Tanken könnten die Tarife auf diese Weise um mindestens 40 Cent je Liter fallen.

Immer lauter fordern auch Wirtschaftsverbände Entlastungen für Unternehmen. In dem Zusammenhang weist das Wirtschaftsministerium auf die Möglichkeit für Unternehmen mit Liquiditätsgespinnen hin, Kredite der Staatsbank KfW zu beantragen. Ein spezielles Kreditprogramm für die von Russland-Sanktionen betroffenen Betriebe als auch für die Energiebranche werde gearbeitet, heißt es aus dem Hause Habeck. *Michael Schmidt*

»Wir müssen Putin-frei werden«

ENERGIEVERSORGUNG Die Union fordert ein Konzept für mehr Unabhängigkeit von russischen Energieimporten

Wenn die Regierung könnte, wie sie wollte, würde sie vermutlich eher früher als später auf alle Energieimporte aus Russland verzichten. Die Regierung kann aber nicht, wie sie will. Weil Deutschland abhängig ist. Abhängig von russischem Gas, Öl und Kohle. Und weil die Verwerfungen hierzulande verheerend sein könnten, verzichtet Deutschland auf ein Embargo gegen Russland. Der Moment der Einsicht deutscher Politik in die beschränkten eigenen Handlungsmöglichkeiten war der Moment, in dem hierzulande die Erkenntnis wuchs: Energiepolitik ist Sicherheits-, ist Geo-, ist Machtpolitik.

Und weil das so ist, stellte der Jens Spahn am Donnerstag in der Bundestagsaussprache zum Unions-Fraktions-Antrag (20/1016) unter dem Titel „Für eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung“ fest: „Wir müssen Putin-frei werden“ in der Energieversorgung. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine markiere eine außen- und sicherheitspolitische Zeitenwende, er bedeute aber auch eine große energiepolitische Herausforderung: „Sicherheit sowie Souveränität in der Versorgung, Klimaschutz und Kosteneindämmung bei extrem gestiegenen Energiepreisen.“ In dieser Situation müsse die Regierung schnell handeln, forderte Spahn: „Tun Sie was!“

Der Forderungskatalog der Unionsabgeordneten umfasste drei Komponenten, sagte Spahn: Die Zukunft der Gasversorgung, ein Sicherheitskonzept für die Stromversorgung und Maßnahmen zur Abfederung der Kostenexplosion bei den Energiepreisen. Konkret forderte Spahn einen schlüssigen Plan der Bundesregierung, was man tun könne, wenn Russland alle Lieferungen

einstelle; wie ein Ende von Gasimporten über die Pipeline Nord Stream 1 ermöglicht werden könne und wie man sich langfristig von Russlands Lieferungen unabhängig machen wolle.

Mit Blick auf die Stromversorgung macht sich die Union stark für eine ergebnisoffene und ideologiefreie Prüfung längerer Laufzeiten von Atom- und den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken. Dem erteilte Nina Scheer (SPD) eine Absage. Sie strich heraus, dass aus Sicht der Ampelkoalition die Zukunft nicht der Atom- oder Kohleenergie gehöre, sondern die Erneuerbaren den Weg wiesen in eine günstigere, sicherere und von Russland wie auch ossilen Energieträgern unabhängige Zukunft. „Sie haben in Ihrer Rede kein einziges Mal das Wort erneuerbare Energien in den Mund genommen“, warf sie Spahn vor.

Atom und Kohle als Dauerlösung? Karsten Hilde (AfD) erklärte, die AfD-Fraktion schließe sich zwar der Forderung nach längeren Laufzeiten für Atom- und Kohlekraftwerke an, aber nicht nur als vorübergehende, sondern als mögliche Dauer-Lösung. Dem vorgelegten Antrag werde man dennoch nicht zustimmen, weil er „jede Menge Klimagedöns“ enthalte.

Grünenpolitikerin Julia Verlinden hielt dem früheren Bundesgesundheitsminister Spahn vor, die Vorgängerregierung habe 16 Jahre, genauer: 5168 Tage Zeit gehabt, um Deutschland auf den Weg der Energie-sicherheit und -souveränität zu bringen: „Das haben Sie gründlich versemelt.“ Hohe Preise und starke Abhängigkeiten seien das Ergebnis der Politik der vorigen Koalition, die den Ausbau der Windenergie blockiert und die Photovoltaik-Industrie



Ein Blick in eine Gasspeicheranlage

aus dem Land getrieben habe. Gesine Löttsch (Linke) warf Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck vor, bei der Entlastung von Bürgern und Bürgerinnen zu wenig Spielräume Gebrauch zu machen, die das EU-Recht durchaus eröffne, wie das Abschöpfen über großer Unternehmensgewinne oder die Festlegung eines Strompreises in Krisensituationen.

Michael Kruse stellte für die FDP-Fraktion fest, „unsere Wirtschaftspolitik muss in diesen Zeiten Freiheitspolitik sein; unsere Energiepolitik muss Friedenspolitik sein.“ Mit Fragen der Energieversorgungssicherheit befasste sich der Bundestag in der vergangenen Woche mehrfach. Der Antrag (20/1021) der AfD-Fraktion, „Keine Abschaltung von Kernkraftwerken - Erst recht nicht

Rundumschlag gegen Agrarpolitik

LANDWIRTSCHAFT AfD-Anträge stoßen auf Kritik

Die Ukraine und Russland gelten als wichtige Produzenten von Getreide und Ölsaaten wie Weizen, Sonnenblumen und Raps. Wegen des russischen Angriffskriegs schießen die Preise für viele Agrarprodukte in die Höhe, in der Ukraine droht die nächste Ernte teilweise auszufallen. Die AfD-Fraktion hatte in der vergangenen Woche drei Anträge (20/1026), (20/1028) und (20/1030) zur Versorgung mit Lebensmitteln eingebracht, die der Bundestag erstmalig beriet und in Anschluss zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwies.

Stephan Protschka von der AfD-Fraktion startete angesichts der steigenden Preise für Nahrungsmittel einen Rundumschlag gegen die Agrarpolitik der vergangenen Jahre. „Deutschland ist viel zu abhängig von Nahrungsmittelimporten, die Ökologisierung der Landwirtschaft ist ein Fehler und das gleiche gilt für das meiste der Vorhaben in der GAP 2023“, kritisierte Protschka. Sollten die Vorhaben wie geplant umgesetzt werden, würden in den nächsten Jahren 100 Millionen Menschen weltweit von Hunger bedroht.

Heftiger Widerspruch kam von den Regierungsfractionen. Renate Künast (Bündnis 90 / Die Grünen) kritisierte die drei Anträge inhaltlich. „Sie wollen alles abschaffen, was in Zukunft Lebensmittelsicherheit sichern soll“, sagte sie. Es werde keine weltweite Lebensmittelsicherheit geben, wenn nicht auf das veränderte Klima mit seiner Zunahme an Trockenheit reagiert werde. Die Reduzierung der Tierbestände und eine veränderte Nutzung der Böden gelte nicht nur für Europa, sondern müsse ein weltweiter Trend werden, so Künast.

Rita Hagl-Kehl (SPD) wies auf „die vielen Widersprüche“ in den AfD-Anträgen hin.

Auf der einen Seite kritisiere die AfD die zunehmende Lebensmittelverschwendung, auf der anderen Seite trete sie gegen die Stilllegung von Ackerflächen ein. Die Lebensmittelverschwendung sei auch Ausdruck einer Massenproduktion, und da gelte es umzusteuern.

Dissens bei Flächenpolitik Gero Hocker (FDP) ist nicht nur in diesem Punkt anderer Ansicht. „Weltweiter Hunger und immer höhere Lebensmittelpreise lassen sich nur mit einer optimalen Nutzung von Böden und modernen Produktionsweisen gewährleisten“, mahnte er. Flächen aus der Produktion zu nehmen oder neue Technologien abzulehnen, seien „Denkverbote, die niemandem helfen“.

Das sah Max Straubinger (CDU/CSU) genauso. „Bereits vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine gab es eine Nahrungsmittelkrise, und zwar auch im Osten der Ukraine“, führte er weiter aus. Sollte im Zuge der Kampfhandlungen die nächste Ernte komplett oder teilweise ausfallen, wäre das für Staaten in Nordafrika und im Nahen Osten „eine Katastrophe“. 50 Prozent des Getreides, das die WHO an bedürftige Länder verteilt, stammten aus Russland und der Ukraine. Straubinger mahnt, dass Deutschland autarker in der Lebensmittelversorgung werden müsse, eine Stilllegung von Ackerflächen passe „nicht in die Zeit“.

Ina Latendorf (Die Linke) betonte ihrerseits, dass es bereits vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine „Hunger in der Welt und auch in unserem Land“ gegeben habe. Demnach standen im Januar 2022 rund 1,6 Millionen Menschen in Deutschland auf den Versorgungslisten der Hilfsorganisation „Die Tafel“. *Nina Jeglinski*

Heizkostenhilfe kommt

WOHNEN Entwurf der Regierungsfractionen verabschiedet

Der Bundestag hat das Gesetz zum Heizkostenzuschuss (20/689) verabschiedet, in dritter Lesung erhielt der veränderte Entwurf der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der vergangenen Woche eine Mehrheit.

Der Heizkostenzuschuss soll mit 270 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt doppelt so hoch ausfallen wie zunächst geplant. Zwei-Personen-Haushalte sollen 350 Euro bekommen, jedes weitere Familienmitglied erhält 70 Euro. Studierende und Auszubildende, die BafoG erhalten, haben demnach einen Anspruch auf einmalig 230 Euro. Zudem sollen alle Berechtigten den Zuschuss ohne Antragstellung erhalten. Mehr als zwei Millionen Menschen würden vom Zuschuss profitieren.

Die Linke votierte mit SPD, Grünen und FDP für die Erhöhung, die Union stimmte dagegen, die AfD enthielt sich. „Wir setzen mit dem Gesetz unsere Ankündigung um, Entlastungen herbeizuführen, und dieses

Gesetz ist erst der Anfang“, sagte Cansel Kiziltepe (SPD), die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Auch Hanna Steinmüller (Bündnis 90/Die Grünen) schloss sich dem an. „Dieses Gesetz hilft schnell und unbürokratisch, damit setzen wir Maßstäbe für unsere weitere Arbeit.“ Sandra Weiser (FDP) betonte den Gestaltungswillen der Regierung: „Wir helfen mit dem Zuschuss kurzfristig, langfristig müssen wir den Wohnungsbestand energieeffizienter machen.“ Für die CDU/CSU-Fraktion kritisierte Anne König, der Empfängerkreis sei „viel zu gering“, die steigenden Energiepreise seien „längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen“. Sebastian Münzenmaier (AfD) bemängelte: „Die Steuern auf Energie sind zu hoch.“ Für Gesine Löttsch (Die Linke) hingegen ist das Gesetz „der richtige Weg“, sie hoffe, dass die Bundesregierung „noch mehr soziale Wärme wagen wird“. *nki*

Union: Ceta ratifizieren

WIRTSCHAFT Koalition noch uneins über Tempo

Die Fraktion von CDU/CSU hat einen Gesetzentwurf (20/1008) zur Ratifizierung des Wirtschafts- und Handelsabkommens (Ceta) zwischen Kanada und der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten eingebracht, der am Freitag in erster Lesung im Bundestag debattiert wurde. Nach dem am vergangenen Dienstag veröffentlichten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts auswerteten und zeitnah durch das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einen Gesetz vorlegen.

Die AfD wolle Handelsschranken zwar auch grundsätzlich abbauen, sagte der Abgeordnete Malte Kaufmann für seine Fraktion. Er habe aber aus dem Gesetzentwurf der Union auch „den mühsam getarnten Versuch“ herausgelesen, das gescheiterte TTIP-Abkommen wiederzubeleben. Die Union dränge auf eine „überhastete Ratifizierung“, sagte Maik Außendorf (Bündnis 90/Die Grünen). Doch es habe sich gezeigt, dass Ceta bereits in seinem bislang bestehenden Rahmen erfolgreich sei. Das Verfassungsgericht habe sehr wohl kritische Anmerkungen gemacht, auch zu den Schiedsgerichten. Diese müssten geprüft werden, so Außendorf.

Für die Linke sagte der Abgeordnete Pascal Meiser, dass es bei Ceta um viel gehe, unter anderem auch darum, ob ausländische Konzerne Sonderklagerechte bekämen. Seine Fraktion lehne deshalb das Abkommen weiterhin ohne Wenn und Aber ab. Man habe nach Gerichtsentscheidung eine neue Lage, sagt der FDP-Abgeordnete Reinhard Houben. In der rechtsstaatlichen Logik hieße das nun, dass „wir das Ceta-Verfahren jetzt anschieben und den Vertrag ratifizieren“. Der Gesetzentwurf wurde ebenso wie ein ebenfalls von der Unionsfraktion vorgelegter Antrag (20/1010) zur Stärkung handelspolitischer Beziehungen im atlantischen Raum an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. *emu*



Der Tarnkappenjet F 35 steht auf der Einkaufsliste der Bundeswehr ganz oben. Finanziert werden sollen solche Vorhaben aus einem Sondervermögen.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/A1c Edgar Grimaldo/U.S. Air

Etat mit Fragezeichen

HAUSHALT Wegen der Ukraine-Krise will der Finanzminister den Entwurf für 2022 ergänzen

Mehr Fortschritt wagen“ hatten sich SPD, Grüne und FDP auf die Fahnen ihres Koalitionsvertrages geschrieben. Etwas mehr als 100 Tage später wirkt das zum Haushaltsentwurf 2022 (20/1000) herausgegebene Motto schon fast ermüdet: „Stabilität sichern, Gestaltungsspielraum bewahren“. Dass es finanz- und haushaltspolitisch für Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nicht einfach sein würde, einerseits die noch anhaltenden Folgen der Corona-Pandemie sowie die ambitionierten Wünsche seiner Ressortkolleginnen und -kollegen und andererseits das vor allem von seiner Partei ausgegebene Ziel, ab 2023 wieder im Rahmen der Schuldenbremse zu wirtschaften, zusammenzubringen, ist absehbar gewesen. Dass nun allerdings mit dem russischen Überfall auf die Ukraine eine weitere Krise auftritt, die Deutschland nicht nur humanitär und sicherheitspolitisch fordert, sondern auch entsprechende Auswirkungen auf die Etatplanung haben wird, das war in den ersten Tagen der Ampel so nicht abzusehen. Die finanziellen Folgen des Krieges, so betonte der Finanzminister vergangene Wo-

Ab 2023 will die Bundesregierung die Neuverschuldung drastisch reduzieren.

che, seien aktuell noch nicht abschätzbar. Das gilt etwa für die Kosten der Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine, wirtschaftliche Verwerfungen in Folge der Sanktionen und gestiegener Energiepreise, die wiederum weitere teure Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger bedeuten könnten (siehe Seite 4). Eingepreist ist das alles in dem vom Kabinett beschlossenen und von Lindner unter anderem im Haushaltsausschuss vorgestellten Haushaltsentwurf 2022 sowie den Eckwerten der nächsten Haushaltsjahre kaum.

Ergänzungshaushalt Hinter den Ansätzen steht also ein großes Fragezeichen, das weiß auch Lindner. Im Laufe der nun beginnenden Haushaltsberatungen will der Finanzminister daher noch einen sogenannten Ergänzungshaushalt einbringen. Wann genau, mit welchen Maßnahmen und in welcher Höhe ist noch offen.

Ein Signal war dem Finanzminister indes wichtig: Der Weg zu normaleren Zeiten in der Haushaltspolitik habe begonnen. Mit 99,7 Milliarden Euro liegt die nun vorgeschlagene Neuverschuldung im Kernhaushalt deutlich unter der des Vorjahres von 215,4 Milliarden Euro, auch wenn sie aufgrund der Ukraine-Krise noch steigen dürfte. Zudem liegt die Nettokreditaufnahme

ziemlich genau auf dem Level des 1. Regierungsentwurfes, den die vorherige Bundesregierung im vergangenen Sommer kurz vor der Bundestagswahl eingebracht hatte. Und das, obwohl die neue Bundesregierung höhere Ausgaben plant: Insgesamt 457,6 Milliarden Euro sind im aktuellen Entwurf vorgesehen, das sind 14,6 Milliarden Euro mehr als im 1. Regierungsentwurf. Gegenüber dem 1. Regierungsentwurf hat sich laut Bundesregierung allein bei den pandemiebedingten Ausgaben ein Mehrbedarf von 26,7 Milliarden Euro ergeben. Gegenüber dem vorläufigen Haushaltsabschluss für 2021 sollen die Ausgaben hingegen um rund 100 Milliarden Euro geringer ausfallen. Trotzdem wird der Bundestag wie auch in den beiden Vorjahren eine Ausnahme von der Schuldenregel verabschieden müssen, denn schon ohne Ukraine-Faktor liegt die geplante Neuverschuldung rund 81 Milliarden Euro über dem, was nach der Schuldenregel zulässig wäre.

Finanzplanung Ab 2023 soll – so sehen es die Eckwerte der Finanzplanung der Bundesregierung vor – die Schuldenregel wieder greifen, wenn auch keine Rückkehr zur sogenannten schwarzen Null der Vor-Corona-Jahre geplant ist. So rechnet die Bundesregierung 2023 bei Ausgaben von 412,7 Milliarden Euro mit einer Kreditaufnahme von nur noch 7,5 Milliarden Euro. Bis 2026 sollen die Ausgaben auf 423,1 Milliarden Euro steigen bei einer

Neuverschuldung von dann 13,7 Milliarden Euro. Dabei geht der Bund wieder von steigenden Steuereinnahmen aus. Waren es 2021 rund 314 Milliarden Euro, sollen in diesem Jahr Steuereinnahmen in Höhe von 332,5 Milliarden Euro erzielt werden – und damit das Volumen des Vor-Corona-Jahres 2019 erreicht und übertroffen werden. Die Schätzung ist allerdings aus Vor-Kriegs-Zeiten. Bis 2026 sollen die Einnahmen dann auf 390,8 Milliarden Euro steigen. Zwischen 2023 und 2025 soll zudem eine Rücklage von rund 48 Milliarden Euro aus Vor-Corona-Zeiten aufgelöst werden. Für das letzte Jahr der Finanzplanung positiv auswirken dürfte sich, dass die Bundesregierung dem Bundestag vorschlägt, die Tilgung der Corona-Kredite auf das Jahr 2028 zu verschieben. Dann sollen jährlich bis 2058 11,1 Milliarden Euro fließen, um die finanziellen Altlasten der Pandemie loszuwerden. Für Investitionen sind in den kommenden Haushaltsjahren jeweils rund 51 Milliarden Euro in der Planung ausgewiesen, was die Regierung als einen Rekordwert feiert. Bis 2026 sollen allein die Verkehrsinvestitionen auf 20,5 Milliarden Euro steigen. Dabei, so berichtete Lindner, soll mehr Geld in die Schiene als in die Straße fließen. Vorhaben des Energiewende und des Klimaschutzes sollen zu einem großen Teil über den Energie- und Klimafonds finanziert werden, der zum Klima- und Transformationsfonds weiterentwickelt werden soll. Zwischen 2022 und 2026 sind in dem

Fonds Programmausgaben von mehr als 200 Milliarden Euro eingeplant. Erst im Januar hatte die Bundesregierung dafür mittels eines Nachtragshaushaltes für 2021 60 Milliarden Euro nicht genutzte Kreditermächtigungen in die Rücklage des Sondervermögens verschoben.

Sondervermögen Und dann wäre da noch das Sondervermögen für die Bundeswehr, das Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Reaktion auf Russlands Aggressionen angekündigt hatte. 100 Milliarden Euro für langjährige Rüstungsprojekte will die Koalition so mobilisieren – außerhalb des Kernhaushaltes. Mit einer Grundgesetzänderung soll festgelegt werden, dass die so aufgenommenen Kredite nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werde. Dafür braucht die Koalition allerdings die Unterstützung der Union – und die zeigte sich vergangene Woche noch skeptisch gegenüber den Plänen. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) schreibt hingegen schon an der Einkaufsliste. Unter anderem soll der US-amerikanische Tarnkappenjet F-35 beschafft werden. Mit der parlamentarischen Überzeugungsarbeit werden die Koalitionsfraktionen in dieser Woche beginnen: Vier Sitzungstage widmet das Parlament dem Haushaltsentwurf. Danach sind die Fachausschüsse sowie der Haushaltsausschuss an der Reihe. Verabschiedet werden soll der dann ergänzte und parlamentarisch beratene Haushaltsentwurf dann Anfang Juni. *Sören Christian Reimer*

Auf dem Weg nach Brüssel Technologieoffenheit und Planungsbeschleunigung

DIGITALES EU-Pläne für Künstliche Intelligenz diskutiert

Die Europäische Union möchte Vorreiter im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) werden: Ob Antworten auf Kundenfragen per Chatbot, Sortieren von Mails nach Anliegen oder Bewertungen von Kreditwürdigkeit per KI – damit, wie ein guter Rechtsrahmen für die algorithmisierte Technologie aussehen soll und wie gleichzeitig das Recht auf Privatsphäre geschützt werden kann, beschäftigt sich die EU-Kommission bereits seit 2018. Im April 2021 legte sie eine Verordnung vor, in der unter anderem eine Risikoeinstufung für KI-Systeme hinsichtlich von Grundrechten, Sicherheit und Privatsphäre über die vier definierten Risikogruppen „unannehmbar“, „hoch“, „gering“ und „minimal“ vorgesehen ist.

Verhandlungsstand Die Stellungnahme der Bundesregierung dazu sollte zeitnah nach Brüssel übersandt werden, berichtete die Beauftragte für die Digitale Wirtschaft und Start-ups, Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen) vergangenen Mittwoch in einer teillöffentlichen Sitzung des Digitalausschusses. Christmann begrüßte die Zielsetzung der Verordnung, insbesondere, dass gemeinsame europäische Werte rechtssicher festgelegt werden und, dass der KI-Standort Europa gestärkt werde. Schlüssel zum Erfolg seien eine verlässliche Regu-

lierung und Vertrauen aufzubauen. Innovative Entwicklungsprozesse und Möglichkeiten zum Ausprobieren müssten bestärkt und Regulierungen übersichtlich gehalten werden, betonte Christmann. Gleichzeitig müssten klare rote Linien, wie etwa das „Social Scoring“, benannt werden. Der größte Regulierungsbedarf bei den definierten Risikogruppen liege in der zweiten Stufe – dazu gehörten etwa auch biometrische Identifikationssysteme, berichtete sie. Dass Deutschland den potenziell erlaubten Einsatz von Techniken zur Identifikation von Personen im öffentlichen Raum aus der Ferne etwa durch Videoüberwachung mit automatisierter Gesichtserkennung zur Strafverfolgung nicht zulassen werde, betonte Christian Meyer-Seitz (Bundesministerium der Justiz). Biometrische Fernidentifizierung könne für enge Zwecke zugelassen werden durch innerstaatliches Recht. Ein „Rausverhandeln“ der grundsätzlichen Option aus der Verordnung sehe er nicht. Generell bezeichnete Meyer-Seitz es als bemerkenswerte Leistung, die Verordnung über die gesamte KI-Anwendungsbreite entwickelt zu haben. Dennoch sehe das BMJ ein separates Kapitel für Sicherheitsbehörden in der Verordnung als sinnvoll an. Nachgebessert werden müsse noch beim Thema Rechtsschutz. *Ibr*

VERKEHR Anträge der Unionsfraktion abgelehnt. Fraktionsübergreifende Kritik an vorherigen CSU-Verkehrsministern

Die Forderungen nach einer technologieoffenen Förderung alternativer Antriebe und der schnelleren Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturprojekten sind nicht neu. Dass sie aktuell von der Unionsfraktion erhoben werden, sorgte aber während der Debatte zu den entsprechenden Anträgen in der vergangenen Woche für Verwunderung und Kritik. Tenor war: In den vergangenen drei Legislaturperioden mit CSU-Verkehrsministern habe die Union die jetzt beklagten Defizite entscheidend mit zu verantworten. Oder wie es Jürgen Lenders (FDP) mit Blick auf den Antrag zur Planungsbeschleunigung (20/1011) formulierte: „Die 33 aufgeschriebenen Punkte sind eine Aufzählung Ihrer eigenen Unzulänglichkeiten.“

Verbrennungsmotor Die FDP wiederum sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, im Wahlkampf noch davor gewarnt zu haben, sich allein auf Batterieantriebe zu konzentrieren und nun das Ende des Verbrennungsmotors einläuten zu wollen. Das sei falsch, befand Christoph Ploß (CDU). Es müssten, wie im Antrag (20/1009) seiner Fraktion gefordert, gleiche Rahmenbedingungen für alle klimafreundlichen Technologien in Deutschland gewährleistet werden – auch für Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe

(E-Fuels). Nur so könne Deutschland im Mobilitätsbereich unabhängig von russischen Öl- und Gasimporten werden. Nur so könne es gelingen, die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren. Verkehrsstaatssekretär Oliver Luksic (FDP) sagte, es gebe nicht eine Technologieflügelung, die alles kann – „vom Zweirad bis zum Flugzeug“. Deshalb fördere das Verkehrsministerium auch technologieoffene alternative Kraftstoffe. „Wir machen technologieoffene Klimaschutzpolitik“, sagte er. „Wir benutzen aber nicht das Wort Technologieoffenheit, um beim Klimaschutz nichts zu tun, wie in der Vergangenheit.“ Nyke Slawik (Grüne) warf der Union vor, in ihrer 16-jährigen Regierungszeit die Menschen vom Auto abhängig gemacht zu haben, „weil sie die Alternativen vernachlässigt haben“. Der Schienen- und ÖPNV-Ausbau sei vollkommen vergessen, Dienstwagen hingegen fett gefördert worden. „Dafür zahlen gerade hierzulande Millionen Menschen einen hohen Preis an der Zapfsäule“, sagte Slawik. Die Union predige das Märchen von

der Technologieoffenheit, „dabei haben wir alles, was wir brauchen schon heute“, Slawik weiter: „Die E-Autos kommen. Ob Sie wollen oder nicht.“ Thomas Lutze (Die Linke) hält die Forderung nach Technologieoffenheit für „Schnee von gestern“. Die Automobilhersteller hätten sich längst auf die Veränderungen eingestellt. Benötigt werde nun ein Wandel der Autoproduktion „zu anderen Industrieprodukten“. Ein Grundrezept dafür gebe es derzeit noch nicht, räumte der Linken-Abgeordnete ein. „Aber wir brauchen Industrieproduktion für Fahrräder, Batteriezellen, Straßenbahnen und Busse.“ Dirk Spaniel (AfD) glaubt nicht, dass dies gelingt. Die mittelständische Industrie, die heute Metallteile verarbeite, könne keine Batteriezellen herstellen. Das sei eine „komplett infantile Vorstellung“, befand der AfD-Abgeordnete und warnte: „Die Transformation führt zu massiven Arbeitsplatzverlusten.“ Die Produktion von E-Fuels hochfahren will FDP-Mann Lenders. Er geht davon aus,

KURZ NOTIERT

Verwaltungsrat der BaFin gewählt

Einstimmig sind vergangenen Donnerstag die von den Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD vorgeschlagenen Mitglieder des Verwaltungsrates bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (20/1049) gewählt worden. Der Verwaltungsrat der BaFin überwacht die Geschäftsführung der Bundesanstalt und unterstützt sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Außerdem entscheidet er über das Budget der BaFin, das ausschließlich von den beaufsichtigten Unternehmen finanziert wird und damit nicht zum Bundeshaushalt gehört. *eis*

Zinsanpassung an Urteil gefordert

Die AfD-Fraktion hat einen Antrag mit dem Titel „Zinsanpassung zur Wiederherstellung einer Steuergerechtigkeit“ (20/1027) vorgelegt, der im vereinfachten Verfahren überwiesen wurde. Die Fraktion fordert die Bundesregierung mit dem Antrag dazu auf, das geltende Recht an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen anzupassen. Der Finanzausschuss übernimmt dafür die Federführung. *scr*

Unions-Vorschlag für Beirat ohne Mehrheit

Der Bundestag hat vergangene Woche die Forderung der CDU/CSU-Fraktion nach Einsetzung eines Parlamentarischen Beirats für gleichwertige Lebensverhältnisse zurückgewiesen. Der Antrag der Fraktion (20/694) wurde mit der Mehrheit von SPD, Grünen, FDP, AfD und Die Linke gegen das Votum der Unionsfraktion abgelehnt. Ziel des Parlamentarischen Beirats für gleichwertige Lebensverhältnisse soll es laut Unionsfraktion sein, „das im Grundgesetz verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in geeigneter Weise fachübergreifend zu behandeln“. *hau*

Digitalisierungskosten bei Steuervorhaben

Bei steuergesetzlichen Vorhaben soll nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion künftig deren IT-Umsetzbarkeit im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung gesondert ausgewiesen werden. Damit sollen vor allem „Umsetzungsaufwände und Zeitschiene der gewählten Gesetzesformulierung transparent“ dargelegt werden, heißt es in ihrem überwiesenen Antrag (20/1015). Die Vorlage wird federführend im Finanzausschuss beraten. *scr*

Unions-Antrag auf Fristverlängerung abgelehnt

Der Bundestag hat am Donnerstag die Forderung der CDU/CSU-Fraktion nach einer Verlängerung der Fristen für die Abgabe von Steuererklärungen für den Besteuerungszeitraum 2020 abgelehnt. Bei Enthaltung der Linken und Zustimmung von Union und AfD stimmten die Koalitionsfraktionen gegen den entsprechenden Antrag (20/205). In dem Antrag wird darauf hingewiesen, dass die im Zusammenhang mit dem Corona-Virus durch Zusatzaufgaben anfallenden Belastungen gerade kleine und mittlere Steuerberatungskanzleien vor kaum lösbare Probleme stellen würden. Eine Verlängerung von Fristen könne für eine Entspannung der Lage sorgen. *hle*

Autobahnbrücken

Aus Sicht von Jürgen Berghahn (SPD) muss beim Thema Planungsbeschleunigung mehr Tempo gemacht werden. Genau dies tue die Bundesregierung auch, betonte er und verwies auf das in der vergangenen Woche vorgelegte „Zukunftspaket leistungsfähige Autobahnbrücken“. Mit dem darin enthaltenen Neun-Punkte-Plan werde eine Zeitenwende eingeleitet, befand Berghahn. „Wir haben einen sehr konkreten Fahrplan ausgearbeitet und setzen diesen auch um.“ Etwa bei der maroden und aktuell gesperrten Rahmedetalbrücke auf der Bundesautobahn A45. Dass nun die Union ein schnelleres Planungstempo verlangt, nannte der SPD-Abgeordnete interessant. Einige der Ideen in dem Antrag seien gut und würden auch berücksichtigt. Unter den vielen CSU-Bundesverkehrsministern in den letzten Jahren hätten diese aber längst umgesetzt sein können, sagte er. Die beiden Anträge, um deren sofortige Abstimmung die Union gebeten hatte, fanden keine Mehrheit. *Götz Hausding*

»Die Punkte sind eine Aufzählung Ihrer eigenen Unzulänglichkeiten.«

Jürgen Lenders (FDP)

Selten hatte der Jahresbericht einer Wehrbeauftragten eine solche Brisanz. Dabei gibt Eva Högl in ihrem aktuellen Bericht (20/900), den sie am vergangenen Dienstag an Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt und die Mitglieder des Verteidigungsausschusses übergab, wenig Überraschendes oder Neues zu Protokoll. Seit vielen Jahren mahnen Högl und ihre Amtsvorgänger, dass es der Bundeswehr in fast allen Bereichen an Personal, an modernen Waffensystemen, an Ersatzteilen oder an persönlicher Ausrüstung ihrer Soldaten in den Einsätzen und in der Ausbildung mangelt. Und es fehlt an Geld. So bringt es Högl auch in diesem Jahr auf den Punkt: „Um die Bundeswehr bei Material, Personal und Infrastruktur bestmöglich aufzustellen, braucht es Investitionen.“ Die Streitkräfte müssten modernisiert werden, damit sie insbesondere für ihren „Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung“ gerüstet seien. Die Dringlichkeit und Notwendigkeit habe der Angriff von Russlands Präsident Wladimir Putin auf die Ukraine „schonungslos“ offengelegt.

Angesichts dieser Aussage wundert es dann auch nicht, dass Högl die von der Bundesregierung angestrebten drastischen Erhöhungen der Verteidigungsausgaben ausdrücklich begrüßt: Die Einrichtung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und die Erhöhung des Verteidigungshaushalts seien „eine konsequente Entscheidung“, verkündete sie bei der Präsentation ihres Berichts vor der Bundespressekonferenz.

Ausrüstung In ihrem Bericht moniert Högl dezidiert die materiellen Defizite der Bundeswehr in ihren Einsätzen in Mali, Niger und in Litauen im Rahmen der Nato-Mission „Enhanced Forward Presence“. Die Einsatzbereitschaft von Großgerät habe „teilweise nur knapp 50 Prozent“ betragen. Alltägliche Ausrüstungsgegenstände wie Schutzwesten oder Winterjacken seien mitunter erst in das Einsatzgebiet nachgeschickt worden. „Das ist völlig inakzeptabel“, stellt Högl fest. „Im Ernstfall riskieren unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz ihr Leben. Dafür haben sie Anspruch auf bestmögliche und vollumfängliche Ausstattung.“ Högl mahnt bei der Beschaffung eine Vereinfachung des hochkomplexen Vergaberechts an. Der Truppe komme es vor allem auf eine funktionale Ausstattung an, „die häufig auf dem freien Markt lieferbar ist und damit schnell zu beschaffen wäre“.

Insgesamt sei der verfügbare Bestand aller Hauptwaffensysteme der Bundeswehr „immer noch weit davon entfernt, voll einsatzfähig zu sein“, stellt die Wehrbeauftragte fest. Im Durchschnitt habe der Klargrad zum Ende des vergangenen Jahres bei 77 Prozent gelegen. Als Beispiel benennt Högl den Hubschrauber CH-53, der seit rund 50 Jahren zum Inventar der Bundeswehr gehöre und der die „niedrigste Einsatzbereitschaft der fliegenden Systeme der Luftwaffe“ habe. Aufgrund seines Alters sei er besonders störanfällig, und es fehle wie bei vielen anderen Geräten an notwendigen Ersatzteilen. Daher sei es „misslich“, dass im vergangenen Jahr keine Entscheidung über das dringend notwendige Nachfolgemodell gefallen sei.

Unterkünfte Sorgen bereitet der Wehrbeauftragten zudem die bauliche Infrastruktur der Truppe. So sei der Zustand von Unterkünften, Sanitäreinrichtungen, Truppenküchen und Sportplätzen zum Teil „desolat“. Es bestehe ein „erheblicher Investitionsbedarf“. Die zuständigen Landesbauverwaltungen seien personell nicht ausreichend aufgestellt. Hinzu kämen einige rechtliche Vorgaben sowie das Zusammen-

»Schonungslos«

BUNDESWEHR Die Wehrbeauftragte mahnt einmal mehr Investitionen in modernes Gerät, Ausrüstung und Infrastruktur der Streitkräfte an



Die Wehrbeauftragte Eva Högl bei der Präsentation ihres Jahresberichts.

© picture-alliance/dpa/Christophe Gateau

spiel verschiedener Akteure, die Sanierungen und Neubauten erheblich verzögerten.

Auslandseinsätze Mit deutlichen Worten stellt die Wehrbeauftragte zudem den Mali-Einsatz in Frage. Dieser gestalte sich in der Praxis aufgrund der sich „stetig verschlechternden politischen Rahmenbedingungen“ immer schwieriger. „Ein erneuter Putsch in Mali und die undurchsichtigen Absichten der Militärjunta lassen viele Fragen offen – wie es in Mali, in der Region, mit dem internationalen und deutschen Engagement weitergeht“, schreibt Högl. Es sollte „sorgfältig und bedacht diskutiert werden“, ob oder wie der Einsatz fortgeführt werden soll. Högl verweist in diesem Zusammenhang auch auf den im vergangenen Jahr beendeten Einsatz in Afghanistan. Der 20-jährige Einsatz sei in vielerlei Hinsicht eine Zäsur gewesen. Der Afghanistan-Einsatz müsse „schonungslos und umfassend“ durch die noch einzurichtende Enquete-Kommission des Bundestages analysiert werden. Zudem

fordert sie für alle Auslandseinsätze eine Exit-Strategie, die auch die Ortskräfte der Bundeswehr umfasst. „Hier hätte in Afghanistan frühzeitiger und umfassender gehandelt werden müssen“, mahnt Högl. Ausdrücklich lobt Högl die Amtshilfe-Einsätze der Bundeswehr während der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr. In diesen Einsätzen habe die Bundeswehr ihre Einsatzfähigkeit bewiesen. Zum anderen seien aber auch „eklatante Defizite im Bereich des zivilen Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe offengelegt“ worden. Ausführlich geht die Wehrbeauftragte auch auf die Situation der Frauen in der Truppe ein. Seit der Öffnung der Streitkräfte für Frauen in allen Laufbahnen vor 20 Jahren habe sich die Zahl der Soldatinnen von 5.800 auf 23.606, erhöht, ihr Anteil liege aber noch immer unter der anvisierten Quote von 15 Prozent. Es seien deshalb weitere Anstrengungen für mehr Frauen in der Truppe und vor allem in Führungspositionen notwendig. *Alexander Weinlein* ■

> STICHWORT

Frauen in der Bundeswehr

> EuGH-Urteil Im Januar 2000 entschied der Europäische Gerichtshof, dass das Verbot eines Dienstes an der Waffe für Frauen gegen die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen verstößt. Ein Jahr später wurde das Grundgesetz geändert und die Bundeswehr für Frauen in allen Laufbahnen und Verwendungen geöffnet.

> Anteil Ende 2011 dienten 23.606 Frauen, einschließlich 1.605 Freiwillig Wehrdienst Leistende, in der Bundeswehr. Dies entspricht einem Anteil von rund 12,9 Prozent. Den höchsten Frauenanteil hat der Sanitätsdienst mit rund 41 Prozent. Angestrebt ist ein Frauenanteil von 15 Prozent in den Streitkräften insgesamt und von 50 Prozent im Sanitätsdienst.

»Tag der Mahnung«

GEDENKEN Mehr Mitgefühl für Terroropfer gefordert

Als einen „Tag der Erinnerung, des Mitgefühls, aber auch der Mahnung, mit aller Entschlossenheit gegen terroristische Bedrohungen in unserem Land vorzugehen“, beschrieb Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vergangene Woche im Bundestag den am 11. März erstmals begangenen Nationalen Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt. Dessen Einrichtung wurde von allen Fraktionen begrüßt. Er knüpft an den Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus an, der nach den Bombenanschlägen von Madrid vom 11. März 2004 eingeführt wurde. Faeser beklagte, dass nach terroristischen Gewalttaten viel zu oft die Täter und ihre Motive im Vordergrund stünden. Stattdessen müsse die Aufmerksamkeit auf das Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen gerichtet werden. Sie müssten mit viel mehr Empathie und Sensibilität vor allem von staatlichen Stellen unterstützt werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Anliegen der Opfer und Hinterbliebenen terroristischer Straftaten, Pascal Kober (FDP), befand, auf den Gedenktag hätten viele Betroffene lange gewartet. Die Koalitionsfraktionen hätten ihn gefordert. Er ermöglichte es, innezuhalten und Worte des Trostes und der Solidarität zu finden. Unter Beteiligung der Betroffenen solle er weiterentwickelt werden. Michael Breilmann (CDU) hob hervor, für die Opfer gelte, dass sie „stellvertretend für uns alle“ getroffen worden seien. Es sei gut, am Gedenktag Flaggen bundesweit auf Halbmast zu senken. Wenn sich die Blicke zusätzlich nach oben richteten und alle im Alltag Gesicht zeigten gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus, sei

Deutschland auf einem guten Weg, den Kampf gegen Terror zu gewinnen. Irene Mihalic (Grüne) mahnte, Empathie und sensibler Umgang mit Opfern und Hinterbliebenen dürfe nicht nur in Beileidsbekundungen zum Ausdruck kommen, sondern sei bei jedem behördlichen Akt notwendig – von der Ermittlungsarbeit bis zum Standesamt. Im Umgang mit den Opfern terroristischer Gewalt zeige sich der Reifegrad des Rechtsstaats. Beatrix von Storch (AfD) verwies darauf, dass „17 lange Jahre nach den Anschlägen von Madrid endlich auch in Deutschland“ der Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt eingeführt wurde. Die mit Abstand größte terroristische Bedrohung weltweit gehe vom Islamismus aus. Der Gedenktag erinnere daran, dass es oberstes Ziel des Staats sein müsse, Menschen zu schützen. Martina Renner (Linke) befand, Erinnerung sei keine Selbstverständlichkeit, sondern ein aktiver Akt der Aneignung und des Weiterzählens der Geschichte der Opfer. Sie warnte vor passivem oder ritualisiertem Gedenken durch Institutionen oder Offizielle. Es komme darauf an, gemeinsam mit den Betroffenen eine würdige Form zu finden, die deren Trauer und Anliegen Raum gebe. Uli Grötsch (SPD) sagte, mit dem Gedenktag solle erreicht werden, dass die Terroropfer nicht „nur eine Zahl sind“ und über die Täter nicht mehr gesprochen werde als über die Opfer und ihre Angehörigen. Den Demokratiefreunden werde gezeigt, dass „wir solidarisch sind und unsere Werte verteidigen“. Mit dem Gedenktag werde das kollektive Gedächtnis regelmäßig aufgerufen. *Franz Ludwig Averdunk* ■

Opfer des Kommunismus

SED-DIKTATUR Bundestag bekennt sich zu Mahnmahl

Erneut hat sich der Bundestag ausdrücklich für die Errichtung eines Mahnmahls für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland bekannt. Mit den Stimmen der Ampelkoalition verabschiedete der Bundestag am Donnerstag einen entsprechenden Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (20/1022) gegen das Votum der CDU/CSU, der AfD- und der Linksfraktion. Auch wenn Union und AfD gegen den Koalitionsantrag stimmten, so dringen auch sie auf die Realisierung des Mahnmahls, für dessen Errichtung in Berlin sich der Bundestag bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Dezember 2019 (19/15778) ausgesprochen hatte. Die von der Union und der AfD vorgelegten Anträge (20/691, 20/1031) wurden jedoch mehrheitlich abgelehnt. Die Linke hingegen tut sich seit Jahren schwer mit dem Mahnmahl, stört sich vor allem am Begriff „Gewaltherrschaft“, der eine zu große Nähe zur nationalsozialistischen Diktatur habe. Trotz des Bundestagsbeschlusses von 2019 und eines im Auftrag der Bundesregierung durch die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) erarbeiteten Konzeptes für das Mahnmahl, das der Kulturausschuss mehrheitlich begrüßte, lässt die Realisierung des Mahnmahls auf sich warten. Bislang konnten sich der Bund und das Land Berlin nicht auf einen Standort einigen. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung nun aufgefordert, „die Suche nach einem

Standort für das Mahnmahl in zentraler Lage in Berlin weiter voranzubringen“.

Enquete-Kommission Ebenfalls am Donnerstag erinnerte der Bundestag in einer vereinbarten Debatte an die Arbeit und die Ergebnisse der zwei Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der Bundestag hatte am 12. März 1992 einstimmig beschlossen, eine Enquete-Kommission „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ einzusetzen. Als sich nach zwei Jahren zeigte, dass die Arbeit noch nicht beendet werden konnte, beschloss der Bundestag die zweite Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995–1998) einzurichten, die 1998 ihren Abschlussbericht vorlegte. Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) und Redner aller Fraktionen würdigten die Arbeit der beiden Enqueten. Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte sei nie abgeschlossen, betonte Roth. Jede Generation stelle eigene Fragen an die Geschichte. Die deutsche Gesellschaft sei in der Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte offener und stärker geworden. Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine fügte sie an: „Eine wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung der SED-Diktatur, wie die beiden Enquete-Kommissionen sie angestoßen haben, wird Antworten auf Fragen geben können, die mit Blick auf unser künftiges Verhältnis zu autokratischen Staaten wie Russland aktueller sind, als uns lieb sein kann.“ *aw* ■

Streit über Telegram

RECHT AfD gegen Regulierung des Messenger-Dienstes

Auf heftige Kritik der anderen Fraktionen stößt ein AfD-Antrag gegen eine Regulierung des Messenger-Dienstes Telegram. In der ersten Lesung im Plenum am vergangenen Donnerstag warfen die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP sowie Linke und CDU/CSU der AfD-Fraktion vor, ihren Einsatz für Meinungsfreiheit nur vorzutäuschen und verhindern zu wollen, dass strafrechtlich relevante Kanäle gelöscht werden. Die AfD-Abgeordnete Joana Cotar kritisierte, dass sich die Bundesrepublik in dem Kontext wie autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran verhalte, sei eine „Schande für unser Land“. Telegram sei in der Ukraine zu einem der wichtigsten Kommunikationskanäle geworden. Das werde auch in Deutschland gelobt. Aber sobald sich die außerparlamentarische Opposition in Deutschland über Telegram organisieren, werde der Dienst zum Problem für die Politik. Zanda Martens (SPD) entgegnete, auch auf digitalen Plattformen wie Telegram gälten die Menschen- und Grundrechte, aber auch das Recht auf freie Meinungsäußerung. Wer jedoch Faschismus und Gewaltfantasien verbreite, missbrauche dies. Es sei grotesk, sagte Carsten Müller (CDU), dass sich ausgerechnet eine Fraktion, deren Ge-

schaftsmodell auf Hetze, Hass und Falschinformationen basiere, zum Thema Meinungsfreiheit äußere. Und Tabea Rößler (Grüne) befand: „Man möchte vor Scham in den Boden versinken, wenn Sie sich mit den Verfolgten in autoritären Regimen auf eine Stufe stellen und wenn Sie die Regulierung von sozialen Netzwerken als Schritt in die Diktatur anprangern.“ Thorsten Lieb (FDP) warf der AfD vor, sie träume immer noch vom Internet als rechtsfreiem Raum. Das sei abwegig. Petra Sitte (Linke) sagte, das Verständnis der AfD von Meinungsfreiheit begünstige Mordanschläge. In ihrem Antrag mit dem Titel „Meinungsfreiheit schützen – Keine Zensur von Telegram“ (20/1029) lehnt die AfD-Fraktion eine Regulierung des Dienstes, der von der Bundesregierung wie ein soziales Netzwerk behandelt wird, ab. Die Bundesregierung solle von jeglichen Aktivitäten Abstand nehmen, die das Ziel hätten, Telegram in Deutschland zu verbieten beziehungsweise den Dienst mit einer Netzsperrung für deutsche Nutzer unerschließbar zu machen. Telegram dürfe nicht über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) reguliert werden, da der Dienst die wesentlichen Kriterien zu dessen Anwendung nicht erfülle. *Michael Wojtek* ■

Harte Kritik an Spiegel

AHR-HOCHWASSER Eignung als Ministerin hinterfragt

Heftige Kritik für ihre Rolle während des Ahr-Hochwassers im Juli 2021 hat Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) in einer aktuellen Stunde vergangenen Freitag zu hören bekommen. Sie hatte damals als rheinland-pfälzische Umweltministerin Verantwortung getragen. Am 11. März war Spiegel dazu bereits vor einen Untersuchungsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags geladen. Bei den durch Starkregen verursachten Überschwemmungen waren allein an der Ahr 134 Menschen ums Leben gekommen. Sebastian Münzenmaier (AfD), dessen Fraktion die Aktuelle Stunde beantragt hatte, warf Spiegel vor, an dem Morgen, als die Ahr die anliegenden Ortschaften verwüstete, „zuerst an sich selbst gedacht“ zu haben. Er bezog sich dabei auf einen öffentlich gewordenen Nachrichtenaustausch mit Mitarbeitern, in dem es um ihr persönliches Image ging. Am Abend zuvor habe Spiegel eine Pressemeldung freigegeben, derzufolge kein Extremhochwasser drohe, und sich dann zu einem privaten Essen begeben, kritisierte Münzenmaier. Angesichts dieses Verhaltens sei Spiegel heute als Bundesministerin „völlig untragbar“. Sie sei „unmoralisch und in höchstem Maße unfähig“. Kaum weniger scharf ging Mechthild Heil (CDU), in deren Wahlkreis das Katastro-

phengebiet liegt, mit Spiegel ins Gericht. Ihre ganze Karriere sei „durchzogen von Selbstbezogenheit“. Spiegels größte Angst während des Hochwassers sei gewesen, dass man ihr etwas vorwerfen könnte. Julia Klöckner (CDU) stellte die Frage, ob „eine Ministerin, die ihren Job in Mainz nicht im Griff hatte“, als Bundesministerin geeignet ist. „Darüber müssen wir hier heute sprechen“, betonte Klöckner. Genau das stellten Rednerinnen und Redner der Koalition in Frage. Die Aufklärung möglicher Versäumnisse finde im Landtag in Mainz statt, und da gehöre sie auch hin, sagten übereinstimmend Daniel Baldy (SPD), Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen) und Manuel Höferlin (FDP). Was der dortige Untersuchungsausschuss „nicht braucht, sind Hilfsherrien wie Sie“, rief Baldy an Münzenmaier gewandt. Höferlin sprach von einem unwürdigen Schauspiel. Und Polat nannte es „wirklich beschämend, dass die Union hier einstimmt“. André Hahn (Linke) nannte es „ebenso durchschaubar wie schäbig“, dass sich „die AfD als moralische Instanz aufzuspielen versucht“. Auch er verwies auf den Untersuchungsausschuss in Mainz als zuständige Instanz. Gleichwohl appellierte Hahn an Spiegel: „Sie haben Fehler gemacht und sollten dazu auch stehen.“ *pst* ■

Ein Bericht als »Weckruf«

MEDIEN Stärkerer Einsatz für Journalismus gefordert

Zensur und Propaganda des Kreml beeinflussen massiv die Haltung der Menschen in Russland zum Ukraine-Krieg. Unabhängige Meinungen sind für die Bevölkerung dort kaum noch zugänglich. Doch Medien- und Meinungsvielfalt geraten nicht nur dort und durch staatliche Eingriffe unter Druck, sondern auch durch die wachsende Bedeutung digitaler Plattformen. Darin waren sich die meisten Abgeordneten in einer Debatte am vergangenen Donnerstag über den „Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung 2021“ (19/31165) einig. Die Vorlage wurde im Anschluss in den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen. Fast alle Rednerinnen und Redner drangen auf ein stärkeres Engagement zur Sicherung der Meinungs- und Medienvielfalt und des Qualitätsjournalismus in Deutschland.

Gefahr der Desinformation Denn dieser stehe auch hierzulande vor „schwierigen Zeiten“, sagte Awet Tesfaius (Grüne). Die Mediennutzung verschiebe sich zunehmend hin zu kommerziellen Internetplattformen, die Informationen durch algorithmusgesteuerte Auswahlprozesse zur Verfügung stellen. Deren Maxime, mehr Klicks zu generieren und Daten zu sammeln, sei ein Risiko für die Demokratie, warnte die

Abgeordnete. Der vorliegende Medienbericht stehe insofern „ein Weckruf“: Guter Journalismus brauche Rechtssicherheit und gezielte Förderung. Dafür sprachen sich auch Helge Lindh (SPD) und Petra Sitte (Linke) aus, die dafür warben, „kooperative Plattformmedien“ als „Gegentwurf“ zu unterstützen. Ob es solche neuen Angebote brauche, erörtere Christiane Schenderlein (CDU) mit einem Fragezeichen. Doch auch sie forderte, Hassrede, Cybermobbing und mediale Manipulation zum Anlass für eine „vertiefte Debatte über journalistische Standards“ auch auf Onlineplattformen zu nehmen. Die Notwendigkeit, den digitalen Raum sicherer zu gestalten, betonte Thomas Hacker (FDP): Dass viele Nutzer sozialer Medien nicht zwischen „Desinformation und Information“ unterscheiden könnten, zeige den Handlungsbedarf, so der Liberale und kündigte eine Überarbeitung der Mediengesetze an. Martin Erwin Renner (AfD) hielt den übrigen Fraktionen vor, das „Big-Data-Oligopol“ mittels des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erst recht befördert zu haben. Die AfD wolle keine „Meinungsdominanz globalistischer Plattformbetreiber“, aber auch keine „ideologische Gleichaktung von Politik und Medien“. *Sandra Schmid* ■



Innerhalb kürzester Zeit suchen Millionen Ukrainer Zuflucht in den Nachbarländern. Es ist die größte Fluchtbewegung, die Europa seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt.

© picture-alliance/dpa/Michael Hanschke

KURZ NOTIERT

Höhere Mindestrücklage in der Rentenversicherung

Die Linksfraktion fordert eine Anhebung der Mindestrücklage in der gesetzlichen Rentenversicherung von 0,2 auf 0,4 Monatsausgaben ab Januar 2023. Die aktuelle Untergrenze der Nachhaltigkeitsrücklage sei zu niedrig und werde in der Zukunft regelmäßig dazu führen, dass unterjährig besondere Maßnahmen zur Liquiditätssicherung der Rentenversicherung ergriffen werden müssten, heißt es in einem Gesetzentwurf (20/398) der Fraktion. Der Bundestag hat den Entwurf zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *che*

Unionsfraktion fordert inklusive Arbeitswelt

Die CDU/CSU-Fraktion fordert in einem Antrag (20/1013), die inklusive Arbeitswelt zu stärken und die Potenziale von Menschen mit Behinderungen besser zu nutzen. Der Antrag wurde in der vergangenen Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Unionsfraktion verlangt unter anderem eine bessere Beratung für Arbeitgeber, höhere Lohnkostenzuschüsse beim Budget für Arbeit und eine bessere Absicherung von Inklusionsbetrieben. *che*

Schritte gegen Islamismus-Finanzierung gefordert

Um Maßnahmen gegen die Finanzierung des Islamismus geht es in Anträgen der Fraktionen von CDU/CSU (20/1012) und AfD (20/1020), die der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwiesen hat. Die Unionsfraktion plädiert unter anderem für eine Pflicht zur Offenlegung ausländischer Finanzierungsquellen in erheblichem Umfang für Körperschaften und Vereine gegenüber den zuständigen Finanzbehörden. Die AfD-Fraktion fordert in ihrer Vorlage unter anderem, Finanzierungen islamistischer Vereinigungen aus Steuermitteln und mittels ausländischer Zuwendungen, soweit es sich bei diesen um eine Form politischer Einflussnahme handelt, möglichst zu unterbinden. *sto*

Neue Zuständigkeit für Normenkontrollrat

Die Zuständigkeit für die Geschäftsstelle für Bürokratieabbau, für bessere Rechtsetzung und für den Nationalen Normenkontrollrat (NKR) soll künftig beim Bundesjustizministerium statt beim Bundeskanzleramt liegen. Zur Umsetzung eines entsprechenden Organisationserlasses des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 im Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKR) hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt (20/737), der zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen wurde. Neben der geänderten Zuständigkeit soll damit auch die Karenzzeitregelung modifiziert werden. So soll die einjährige Karenzzeit für eine Mitgliedschaft im NKR künftig nicht mehr für Personen gelten, die in gesetzgebenden Körperschaften tätig waren. Zudem soll laut Entwurf künftig die Amtszeit des Vorsitzes des NKR begrenzt werden. Demnach soll ein Mitglied nur einmal erneut zum Vorsitz des Rates bestimmt werden können. *scr*

Improvisieren und planen

UKRAINE-FLÜCHTLINGE Die Fraktionen diskutieren über die Rolle des Bundes

Im Berliner Hauptbahnhof können sich Reisende schon zu „normalen“ Zeiten verloren vorkommen. Wer möchte, kann aufgrund der transparenten, gläsernen Bauweise dort das Gewusel hunderter Menschen auf mehreren Etagen gleichzeitig beobachten. Wer damit überfordert ist, sollte den Hauptbahnhof derzeit meiden. Denn was sich dort seit Beginn des Ukraine-Krieges abspielt, ist die permanente Überforderung und der Versuch, sie in geordnete Bahnen zu lenken. Tausende Ukrainer, vor allem Frauen und Kinder, kommen derzeit täglich mit Sonderzügen aus Polen am Hauptbahnhof an. Auch wenn viele von ihnen weiterreisen: All dies muss, zusammen mit einer Erstversorgung, koordiniert werden. Das stellt vor allem Berlin, aber dann auch die anderen Bundesländer aufgrund der knappen Zeit bis zu Ankunft neuer Flüchtlinge vor große logistische Herausforderungen. Laut Vereinten Nationen haben in den rund drei Kriegs-Wochen schon mehr als drei Millionen Menschen die Ukraine verlassen, die Mehrheit wurde bisher von Polen aufgenommen, rund 200.000 sind nach Deutschland weitergereist. Berlins So-

zialsenatorin Katja Kipping (Die Linke) sagte in der vergangenen Woche: „Das ist erst der Anfang.“ Tatsächlich ist Polen mittlerweile an seiner Kapazitätsgrenze angekommen. Während in Berlin nun der stillgelegte Flughafen Tegel als Anknüpfungspunkt genutzt wird, in dem täglich 10.000 Flüchtlinge registriert und auf andere Bundesländer verteilt werden sollen, stampfen die Verantwortlichen auch dort hektisch Unterkünfte aus dem Boden. Immerhin ist der rechtliche Status der Ukrainer und Ukrainerinnen auf EU-Ebene schnell geklärt worden: Die EU hat am 3. März 2022 die „Massenzustrom-Richtlinie“ aktiviert. Ukrainische Flüchtlinge müssen also kein langwieriges Asylverfahren durchlaufen. Sie bekommen automatisch einen Aufenthaltsstatus, der ein Jahr gilt, aber verlängert werden kann. Im Unterschied zu Asylbewerbern aus anderen Ländern erhalten sie sofort eine Arbeitserlaubnis, haben Zugang zu Sozialleistungen und Bildung. Am vergangenen Donnerstag befasste sich der Bundestag auf Verlangen der Unionsfraktion in einer aktuellen Stunde mit der Situation der Geflüchteten. Fast alle Redner würdigten das außerordentliche Engage-

ment der vielen Freiwilligen. Darauf dürfe sich der Staat aber nicht verlassen, so der einhellige Tenor. Vertreter der Ampel-Koalition betonten, der Bund stehe zu seiner Verantwortung. **Auf Hochtouren** So verwies Reem Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, auf die parallel stattfindende Ministerpräsidentenkonferenz: Die gemeinsame Koordination laufe auf Hochtouren. „Die Länder können sich auf den Bund verlassen.“ Wie Abgeordnete von Grünen, Linken und SPD betonte auch sie, es dürfe keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben. Stephan Thomae (FDP) verwies auf die Aktivierung des Königsteiner Schlüssels zur Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer einen Tag zuvor. Nötig sei aber auch eine gerechte Verteilung in der EU insgesamt, so der Liberale. Gülistan Yüksel (SPD) fügte hinzu, was jetzt zähle, sei schnelle, unbürokratische Hilfe. „Es dürfen keine Schutzlücken für gefährdete Menschen entstehen.“ Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen) lobte die schnelle Aktivierung der „Massenzustrom-Richtlinie“ durch die EU. Es müsse nun sichergestellt werden, dass alle Flüchtlinge aus der Ukraine, auch bisher dort lebende Drittstaatsangehörige, jenen Zugang zu Unterstützungsleistungen erhalten, die die EU-Richtlinie vorsehe.

Für die Oppositionsfraktionen lässt das Engagement des Bundes derzeit zu wünschen übrig. Andrea Lindholz (CDU) kritisierte: „Bisher hat die Regierung ihre Schutzpflichten noch nicht erfüllt.“ Ihre Fraktion fordere eine „sofortige Schutzstrategie“ mit einer systematischen Registrierung und Schutzzonen für Frauen und Kinder. Gottfried Curio (AfD) sagte: „Den wirklich vor Krieg Fliehenden muss geholfen werden.“ Doch die „Altlasten illegaler Migration verstopfen jetzt das System“. Er fordere deshalb eine Abschiebeoffensive. Clara Bünger (Die Linke) kritisierte eine rassistisch be-

gründete „Doppelmentalität in der Flüchtlingspolitik“. Der enormen Hilfsbereitschaft stünde eine Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen gegenüber, wenn es sich um Menschen aus Drittstaaten handele. Nach der Ministerpräsidentenkonferenz betonten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) zwar, es handle sich um eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern ist aber weiter offen. Dies soll nun eine Arbeitsgruppe bis zum 7. April klären. *Claudia Heine*

»Bisher hat die Bundesregierung ihre Schutzpflichten noch nicht erfüllt.«

Andrea Lindholz (CDU)

STICHWORT

Ukrainische Flüchtlinge in Deutschland

> **Flucht** Seit Kriegsbeginn sind mehr als 200.000 Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen. Insgesamt haben bereits mehr als drei Millionen Menschen die Ukraine verlassen.

> **Status** Die EU hat am 3. März 2022 die „Massenzustrom-Richtlinie“ aktiviert. Ukrainische Flüchtlinge müssen also kein langwieriges Asylverfahren durchlaufen. Sie bekommen automatisch einen Aufenthaltsstatus, der zunächst ein Jahr gilt, aber verlängert werden kann.

> **Arbeit** Im Unterschied zu Asylbewerbern aus anderen Ländern erhalten Ukrainer sofort eine Arbeitserlaubnis, haben Anspruch auf Sozialleistungen und eine angemessene Wohnung.



© picture-alliance/dpa

Neuer Anlauf, alte Streitfragen

WAHLRECHT Der Bundestag setzt erneut eine Reformkommission zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl ein

Als CDU/CSU und SPD im Oktober 2020 im Bundestag ihren damaligen Koalitionskompromiss für eine neuerliche Wahlrechts-Reform durchsetzten, sollte dies laut ihrem dazu verabschiedeten Gesetzentwurf der „Verminderung der Bundestagsvergrößerung“ dienen. Zu diesem Zeitpunkt zählte das Parlament 709 Abgeordnete; das waren 96 mehr als in der vorherigen Legislaturperiode. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Herbst stieg die Zahl der Parlamentarier nochmals um 27 auf nunmehr 736, womit sich konstatieren ließe, dass die Vergrößerung tatsächlich vermindert wurde. Von der ursprünglichen Sollstärke von 598 Abgeordneten freilich hat sich das Hohe Haus noch weiter entfernt, weshalb das Parlament vergangene Woche einen erneuten Anlauf zur Begrenzung der Mandatszahl startete: Gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD beschloss der Bundestag die Einsetzung einer „Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit“ und folgte damit einem Antrag der Ampel-Koalition (20/1023).

Auftrag Danach soll sich das Gremium „auf der Grundlage der Prinzipien der personalisierten Verhältniswahl mit Vorschlägen befassen, die eine effektive Verkleine-

rung des Bundestages in Richtung der gesetzlichen Regelgröße bewirken und nachhaltig das Anwachsen des Bundestages verhindern“ soll. Empfehlungen dazu soll die Kommission bis Ende August in einem Zwischenbericht vorlegen. Zudem soll sie bis Mitte nächsten Jahres „verfassungskonforme Vorschläge erarbeiten, wie eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern“ im Bundestag erreicht werden kann. Ferner umfasst ihr Auftrag dem Beschluss zufolge, sich mit einer Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre, einer etwaigen Verlängerung der Dauer der Legislaturperiode, der Begrenzung von Amts- und Mandatszeiten und der Bündelung von Wahlterminen in Bund und Ländern sowie der Erleichterung der Ausübung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche zu befassen. Angehören sollen dem Gremium 13 Sachverständige und 13 Abgeordnete – vier von der SPD-Fraktion, drei von CDU/CSU, je zwei von Grünen und FDP sowie je ein Mitglied von AfD und Linken.

In der Debatte kritisierte Ansgar Heveling (CDU), dass die Kommission ihren Abschlussbericht nicht wie bei dem in der vergangenen Wahlperiode beschlossenen Vorlaufgremium vorgesehen mit einer Zweidrittel-Mehrheit, sondern nur noch mit einfacher Mehrheit beschließen kann. Projekte wie eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ließen sich aber nur mit einer Grundgesetzänderung realisieren, die eine Zweidrittelmehrheit erfordere, fügte Heveling hinzu und mahnte, bei der Reform einen Konsens mit der Union zu suchen. Stephan Brandner (AfD) sagte, zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl müsse man nur dem seit Jahren vorliegenden AfD-Vorschlag folgen und brauche dazu keine Kommission. Zugleich wandte er sich gegen Quotenregelungen zur Erhöhung des Frauenanteils im Parlament. Sebastian Hartmann (SPD) erinnerte daran, dass der Reformbeschluss von 2020 vorgesehen hatte, die Zahl der Wahlkreise von 299 zum 1. Januar 2024 auf 280 zu reduzieren. Die Sozialdemokraten würden

nun nicht „nonchalant auf 250 Wahlkreise gehen“, wie dies Grüne, FDP und Linke in der vergangenen Wahlperiode vorgeschlagen hätten. Till Steffen (Grüne) betonte demgegenüber, dass dieser Vorschlag weiter auf dem Tisch liege. Durch die Verringerung der Zahl der Wahlkreise auf 250 würden die sogenannten Überhangmandate, die zusammen mit den daraus resultierenden „Ausgleichsmandaten“ das Überschreiten der Sollgröße des Bundestages bewirken, effektiv vermieden. Mit Blick auf den Frauenanteil sagte Steffen, seine Fraktion werde sich dafür einsetzen, „einen Weg aufzuzeigen, der zu Parität im Bundestag führt“. Konstantin Kuhle (FDP) lehnte eine „verpflichtende Paritätsregelung“ klar ab. Er forderte zugleich eine Wahlrechtsreform, „bei der man sich über mehrere Legislaturperioden darauf verlassen kann, dass der Bundestag nahe an der Regelgröße von 598 Abgeordneten ist“. Auch müsse die Reform allen Seiten „wehtun“. Amira Mohamed Ali (Linke) forderte ebenfalls, dass keine Partei durch die Reform begünstigt werden dürfe. Die Reduzierung der Mandate müsse vielmehr von allen getragen werden. Eine „Entwertung von Zweitstimmen“ werde ihre Fraktion nicht mitmachen. *Helmut Stoltenberg*

»Eine wirksame Wahlrechtsreform muss allen wehtun.«

Konstantin Kuhle (FDP)

Anzeige

Europäische Bewältigung der COVID-19-Krise

The European Council as a Crisis Manager
The EU's Fiscal Response to the COVID-19 Pandemic
Von Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Dr. Tobias Kunstein und Lucas Schramm
2022, ca. 165 S., brosch., ca. 21,- €
ISBN 978-3-8487-8437-0
E-Book 978-3-7489-2812-6
(Studies on the European Union, Bd. 19)
Erscheint ca. Mai 2022
In englischer Sprache

Der Europäische Rat rückte bei der Bewältigung der COVID-19-Krise in den Mittelpunkt. Er war zentraler Akteur bei der Schaffung des Wiederaufbaufonds. Seine Aktivitäten, ebenso wie die wirtschaftliche Erholung von der Pandemie, werden die Transformation der EU in den nächsten Jahren bestimmen.

Portofreie Buch-Bestellungen unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Masken auf dem Rückzug

GESUNDHEIT Trotz heftiger Kritik innerhalb und außerhalb des Parlaments beschließt der Bundestag weitreichende Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen

Vor einem Jahr diskutierten Lokalpolitiker darüber, ob ihre Gesundheitsämter bei 50 Corona-Infektionen pro 100.000 Einwohner noch in der Lage sind, Kontakte nachzuverfolgen. Angesichts immer neuer Rekorde bei dieser Inzidenz von rund 1.700 positiven Tests auf 100.000 Einwohner in der vergangenen Woche wirkt die Debatte vom Februar 2021 wie eine aus grauer Vorzeit.

Heute gibt es flächendeckend genug Impfstoff, ausreichende Testmöglichkeiten. Wir sind mit einer Mutation des Corona-Virus konfrontiert, die nicht zu einer Überlastung der Intensivstationen führt wie sie vor allem mildere Krankheitsverläufe verursacht. Täglich mehrere Hunderttausend Neuinfektionen mit der Omikron-Variante lösen also keine Schockwellen mehr aus. Aber für einen „Freedom Day“, wie ihn die FDP einst vorgeschlagen hatte, gibt es aus Sicht der meisten Experten auch keinen Grund.

Die Bundesregierung vermied vor vier Wochen zwar tunlichst, von einem „Freedom Day“ zu sprechen, als sie ankündigte, dass ab 20. März fast alle Corona-Schutzmaßnahmen wegfallen sollten. Dennoch war, auch an der öffentlichen Debatte, unsicher zu erkennen, dass sich vor allem die FDP mit ihren Forderungen durchgesetzt hatte. Nicht wenige SPD- und Grünen-Politiker ließen erkennen, dass sie sich

weitergehende Regelungen gewünscht hätten. Unzufrieden reagierte auch die Opposition im Bundestag sowie alle 16 Ministerpräsidenten auf das, was am Freitag vom Bundestag und anschließend auch vom Bundesrat beschlossen wurde. Die Länder hatten nach der Ministerpräsidentenkonferenz, einen Tag vor der Bundestagsdebatte, in einer Protokollnotiz ihren Unmut festgehalten: Die Länder könnten mit der veränderten Rechtsgrundlage nicht schnell genug auf neue Situationen reagieren, das Gesetz enthalte zu viele Unklarheiten. Griffige Formulierungen wie „Basisschutz“ und „Hotspot-Regelung“ im neuen Infektionsschutzgesetz (IfSG) (20/958) konnten auch die Sachverständigen in der Anhörung des Gesundheitsausschusses am Montag nicht überzeugen: Sie forderten, zumindest an einer bundesweiten Maskenpflicht in öffentlichen Innenräumen festzuhalten, und befürchteten einen Flickenteppich an Regelungen in den Ländern. Bei aller Kritik setzte die Ampel-Koalition das neue IfSG in namentlicher Abstimmung mit 364 Ja-Stimmen bei 277 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen durch.

Basisschutz und Hotspot Konkret sieht das Gesetz vor, dass die Bundesländer künftig nur noch einige niedrigschwellige Auflagen (Basisschutz) anordnen können. Dazu zählen die Maskenpflicht in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbrin-

gung von Asylbewerbern und dem Öffentlichen Personennahverkehr sowie Testpflichten zum Schutz vulnerabler Gruppen, etwa in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Schulen. In Restaurants und Geschäften können die Länder eine Maskenpflicht aber nicht mehr anordnen. Die Maskenpflicht im Luft- und Personenfernverkehr soll bestehen bleiben, kann jedoch von der Bundesregierung ausgesetzt werden. Möglich bleiben ferner Vorkehrungen in einem Betrieb oder einer Einrichtung sowie gegenüber Kranken und bei Verdacht auf Krankheit oder Ansteckung.

> KOMPAKT

Lockerung der Corona-Maßnahmen

> **Gesetz** Durch die Änderungen am Infektionsschutzgesetz sind die Bundesländer künftig nur noch in bestimmten Bereichen befugt, niedrigschwellige Auflagen anzuordnen.

> **Übergangsfrist** Bis zum 2. April haben die Länder die Möglichkeit, bisherige Regelungen weiter gelten zu lassen. Einige Länder haben das bereits angekündigt.

> **Neubewertung** Am 23. September treten die Änderungen außer Kraft. Dann soll die Situation neu bewertet werden.

gung von Asylbewerbern und dem Öffentlichen Personennahverkehr sowie Testpflichten zum Schutz vulnerabler Gruppen, etwa in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Schulen. In Restaurants und Geschäften können die Länder eine Maskenpflicht aber nicht mehr anordnen. Die Maskenpflicht im Luft- und Personenfernverkehr soll bestehen bleiben, kann jedoch von der Bundesregierung ausgesetzt werden. Möglich bleiben ferner Vorkehrungen in einem Betrieb oder einer Einrichtung sowie gegenüber Kranken und bei Verdacht auf Krankheit oder Ansteckung.

Bei einer lokal begrenzten, bedrohlichen Infektionslage (Hotspot-Regelung) können erweiterte Schutzvorkehrungen beschlossen werden, etwa Maskenpflicht oder Hygienekonzepte. Dafür ist jedoch ein Beschluss des Landesparlaments nötig. Aus Sicht der Ministerpräsidenten ist das viel zu umständlich.

Unklare Rechtsbegriffe Timo Sorge (CDU) widmete sich in seiner Rede am Freitag ausführlich dieser Kritik aus den Bundesländern und nannte es ein Novum, dass alle 16 Länderchefs in einer Protokollnotiz geschlossen ihr Veto gegen ein Gesetz einlegten. In der Tat sei überhaupt nicht klar, was ein Hotspot genau sei oder was die Formulierung „besonders hohe Neuinfektionen“ konkret bedeuten solle. „Es ist ein einziger unklarer Rechtsbegriff. Wir werden über das Gesetz bald wieder diskutieren müssen“, sagte er voraus.

Susanne Fersch (Die Linke) konnte der Hotspot-Regelung ebenfalls nichts Positives abgewinnen. Dies schaffe einen Flickenteppich aus unterschiedlichen Regelungen, sagte sie. Sie fragte sich, was daran fortschrittlich sein solle, Gesetze im „Schweinsgalopp“ durchzusetzen, die handwerklich und inhaltlich so schlecht gemacht seien. Für das Beschließen eines Bonus für Pflegekräfte brauche die Regierung dagegen Monate, kritisierte Fersch. „Sie schaffen die Maskenpflicht ab, aber diskutieren über eine allgemeine Impf-

pflicht, die weitaus freiheitseinschränken-der ist als Maskentragen.“ Das sei nicht nachvollziehbar.

Christina Baum (AfD) nannte das Gesetz „nichts weiter als eine Beruhigungsspielle, denn die dort geregelten Maßnahmen können jederzeit nach Lust und Laune aufgehoben werden“. Sie nutzte ihre Rede für eine Grundsatzkritik an der Corona-Politik der vergangenen zwei Jahre. Es habe nie eine Überlastung der Intensivstationen gegeben, es gebe auch keine evidenzbasierten Studien zur Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen. Die negativen Auswirkungen auf Kinder wie auf die gesamte Gesellschaft seien dagegen nicht zu übersehen.

Schwerer Kompromiss Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) betonte: „Die Pandemie ist leider nicht vorbei. Wir brauchen weitere Schutzmaßnahmen und sind nicht an dem Punkt, über einen Freedom Day sprechen zu können.“ Dass auch der Gesundheitsminister sich mehr gewünscht hätte, war unsicher zu erkennen: „Wir sprechen heute über einen schweren Kompromiss, darüber, was wir den Menschen noch zumuten können, die seit langem die Schutzregeln beachten. Wir sprechen aber nicht über einen Kompromiss zwischen dem Team Vorsicht und dem Team Freiheit“, sagte Lauterbach. Das Gesetz trage der Tatsache Rechnung, dass derzeit keine Überlastung der Kliniken zu befürchten sei, sagte der Minister.

Für Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) ist der Gesetzentwurf ebenfalls ein Kompromiss. „Aus meiner Sicht als Ärztin und aus Sicht meiner Fraktion braucht es für einen guten Infektionsschutz mehr als das, was wir hier heute debattieren“, betonte sie. So wäre eine weitergehende bundesweite Regelung zum Tragen einer Maske in bestimmten Bereichen gut gewesen. Auf die Länder komme nun eine große Herausforderung zu.

Lukas Köhler (FDP) betonte, es dürften nur solche Freiheitsbeschränkungen beschlossen werden, die „absolut notwendig“ seien. Einzig und allein die Überlastung der Krankenhäuser sei das Kriterium dafür, nicht mehr nur die Inzidenzen. Das sei zum Anfang der Pandemie anders gewesen und zeige, es sei ein andauernder Lernprozess für alle Beteiligten. Das Gesetz solle für den nötigen Schutz über die Hotspot-Regelung und es ermögliche andererseits den Menschen, wieder in den normalen Alltag zurückzukehren, sagte Köhler.

Ohne den Gesetzentwurf würden die bisherigen Rechtsgrundlagen ersatzlos wegfallen, dann gäbe es überhaupt keine Schutzmaßnahmen mehr, verteidigte Dirk Wiese (SPD) das Vorhaben. Der Entwurf sei ein „vertretbarer Kompromiss“, der verantwortungsvoll mit der aktuellen Lage umgehe und vulnerable Gruppen schütze. Für den Herbst und Winter müsse man vorsorgen, indem man zügig die allgemeine Impfpflicht beschleife. *Claudia Heine*

Ohne den Gesetzentwurf würden die bisherigen Rechtsgrundlagen ersatzlos wegfallen, dann gäbe es überhaupt keine Schutzmaßnahmen mehr, verteidigte Dirk Wiese (SPD) das Vorhaben. Der Entwurf sei ein „vertretbarer Kompromiss“, der verantwortungsvoll mit der aktuellen Lage umgehe und vulnerable Gruppen schütze. Für den Herbst und Winter müsse man vorsorgen, indem man zügig die allgemeine Impfpflicht beschleife. *Claudia Heine*

Ohne den Gesetzentwurf würden die bisherigen Rechtsgrundlagen ersatzlos wegfallen, dann gäbe es überhaupt keine Schutzmaßnahmen mehr, verteidigte Dirk Wiese (SPD) das Vorhaben. Der Entwurf sei ein „vertretbarer Kompromiss“, der verantwortungsvoll mit der aktuellen Lage umgehe und vulnerable Gruppen schütze. Für den Herbst und Winter müsse man vorsorgen, indem man zügig die allgemeine Impfpflicht beschleife. *Claudia Heine*

Heftiger Streit über allgemeine Impfpflicht

CORONA-PANDEMIE Abgeordnete sollen sich unter fünf Vorlagen entscheiden. Mögliche Mehrheiten sind noch nicht in Sicht

Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ist alles andere als ein Selbstläufer. Das zeigte sich schon in der Orientierungsdebatte Ende Januar, als die Abgeordneten über erste Konzeptskizzen stritten. In der vergangenen Woche lagen zur ersten Beratung konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Es geht um fünf konkurrierende Konzepte, darunter drei fraktionsübergreifende Gruppenanträge und zwei Fraktionsvorlagen – eine von der Union und eine der AfD. Ob sich am Ende eine der Vorlagen durchsetzt oder zwei kombiniert werden können, um die erforderliche relative Mehrheit zu erreichen, ist ungewiss. Die Schlussabstimmung wird voraussichtlich Anfang April stattfinden, vorher ist eine Expertenanhörung eingeplant.

Fünf Konzepte Der am weitesten gehende Gruppenantrag betrifft die Einführung einer Corona-Impfpflicht ab 18 Jahren, die ab dem 1. Oktober 2022 gelten soll. Die Abgeordneten schlagen in dem Gesetzentwurf (20/899) vor, zunächst die Impfkampagne zu erweitern und über Impfmöglichkeiten zu informieren. Die Impfung soll vierteljährlich evaluiert und bis Jahresende 2023 befristet werden.

Eine andere Gruppe will eine verpflichtende Impfung für Erwachsene und eine altersbezogene Impfpflicht ab 50 Jahren ermöglichen. Dem Gesetzentwurf (20/954) zufolge sollen bis zum 15. September 2022 alle Personen ab 18 Jahren entweder

über einen Impf- oder Genesenennachweis verfügen oder über den Nachweis einer ärztlichen Impfberatung. Zugleich sollen Voraussetzungen für eine Impfpflicht ab 50 Jahren geschaffen werden.

Die Unionsfraktion schlägt ein Impfvorsorgegesetz vor. Die Abgeordneten fordern in ihrem Antrag (20/978) ein Impfregister, eine verstärkte Impfkampagne und einen Impfmechanismus, der im Notfall vom Bundestag aktiviert werden soll. Demnach kommen Personen ab 60 oder 50 Jahren sowie bestimmte Berufsgruppen für den Mechanismus und auch eine Impfpflicht in Betracht. In einem dritten Gruppenantrag (20/680) wird auf eine Impfpflicht verzichtet. Der Antrag zielt darauf ab, die Impfbereitschaft in der Bevölkerung zu erhöhen und auf die Eigenverantwortung der Bürger zu setzen. Auch die AfD-Fraktion positioniert sich mit einem Antrag (20/516) gegen eine allgemeine wie auch gegen die unlängst in Kraft getretene sektorale Impfpflicht.

Hitzige Debatte Die Debatte war von den gegensätzlichen Vorstellungen sowie von gegenseitigen Vorwürfen geprägt. Heike Bahrens (SPD) warb für eine Impfpflicht ab 18 Jahren und begründete dies unter ande-

rem mit der großen Impflücke. Bahrens betonte: „Das Virus ist nicht berechenbar.“ Daher müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, um nicht von einer weiteren Infektionswelle überrollt zu werden. Je mehr Menschen geimpft seien, umso eher seien auch wieder mehr Freiheiten möglich, sagte sie. Sie warb für einen „Weg der Vernunft“.

Sepp Müller (CDU) sagte hingegen: „Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Impfpflicht tot. Es gibt keine Mehrheit in diesem Haus für eine allgemeine Impfpflicht ab 18.“ Er warb für den Vorschlag der Union, der eine einigende Wirkung entfalten könne und mehrheitsfähig sei. Alice Weidel (AfD) wertete die Vorlagen zur Einführung einer Impfpflicht als das „Produkt von verborbener Besessenheit und ignoranter Tatsachenverweigerung“. Sie sagte: „Es gibt keine verfassungsrechtlich zulässige Rechtfertigung für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht.“ Weidel rief den Befürwortern der Impfpflicht zu: „Sie reiten ein totes Pferd. Bitte steigen Sie ab.“

Manuel Höferlin (FDP), der zur Gruppe der Impfpflicht-Gegner gehört, gab zu bedenken, die Impfung schütze nicht verlässlich vor einer Ansteckung oder der Ansteckung anderer Menschen. Allerdings schüt-

ze die Corona-Impfung vor schweren Verläufen und sei daher unbedingt zu empfehlen. Daraus resultiere aber keine Impfpflicht. Die Entscheidung sollte den Bürgern überlassen werden, statt auf staatliche Bevormundung zu setzen.

Andrew Ullmann (FDP) warb für sein Konzept einer verpflichtenden Beratung und einer späteren möglichen Impfpflicht ab 50 Jahren. Eine gute, verpflichtende Aufklärung sei erforderlich, um Ängsten und Unsicherheiten zu begegnen. Er betonte zugleich: „Wir wollen die Impflücke bis zum Herbst schließen.“ Mit dem vorliegenden Konzept würden Brücken gebaut zu anderen Anträgen.

Lösung finden Robert Habeck (Grüne), der für eine Impfpflicht ab 18 Jahren eintritt, mahnte, Gruppenanträge könnten die Abgeordneten nicht von ihrer Pflicht entbinden, eine Lösung zu finden, und fügte hinzu: „Am Ende wäre es das Schlimmste, wenn es keine Lösung geben würde.“ Das Corona-Virus sei viel variantenreicher als angenommen. Zu viele Menschen wollten sich nicht mit einer Impfung schützen. Die Freiheitsforderungen von Wenigen dürften jedoch nicht zu Einschränkungen für Viele führen, sagte Habeck. Die Bevölkerung ha-

be es satt. „Bringen wir diese Pandemie endlich hinter uns.“

Tino Sorge (CDU) hielt der neuen Bundesregierung schwere Fehler im Corona-Management vor. Kanzler Olaf Scholz und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (beide SPD) hätten nicht die Kraft gehabt, einen kompromissfähigen Antrag einzuführen. Daher gebe es nun die Situation mit Gruppenanträgen, ohne sichere Mehrheiten. Daher habe die Union einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Es gehe angesichts der neuen Rahmenbedingungen mit der Omikron-Variante nicht um pauschale Lösungen, sondern um Differenzierung.

Kranke Geimpfte Martin Sichert (AfD) schilderte die aus seiner Sicht absurden Kontaktbeschränkungen im Fall einer Corona-Infektion auch für Kinder. Die Corona-Impfungen entfalteten weder einen wirksamen Fremdschutz noch einen Eigenschutz. Eine allgemeine Impfpflicht ohne ausreichende Wirksamkeit und Sicherheit sei jedoch verfassungswidrig. Sichert fügte hinzu, es sei „Realsatire“, wenn im Bundestagspräsidium alle geimpft seien, vier von sechs Mitgliedern nun aber an Corona erkrankt seien und der Bundestag „trotz dieser offen-

sichtlichen Unwirksamkeit über eine Impfpflicht diskutiert“.

Tabea Rößner (Grüne) hält eine allgemeine Impfpflicht ebenfalls für das falsche Mittel. Die Bedenken bezüglich möglicher Impfschäden müssten ernstgenommen werden, sagte sie, zumal sich die Ausgangslage mit der Omikron-Variante verändert habe. Eine sogenannte sterile Immunität könne mit einer Impfung nicht erreicht werden. Diese Erwartung dürfe auch nicht geweckt werden. Eine allgemeine Impfpflicht wäre aus ihrer Sicht schwierig zu rechtfertigen. Sie forderte mehr Beratung und fügte hinzu: „Wir brauchen weniger Alarmismus und mehr Sachlichkeit.“

Maskenschutz Andrea Lindholz (CSU) ging auf die geplante Änderung des Infektionsschutzgesetzes ein, mit der künftig alle tiefgreifenden Corona-Auflagen fallen sollen. Sie rügte, die Maskenpflicht solle quasi abgeschafft werden, während die Inzidenz neue Höchststände markiere und viele Corona-Tote zu beklagen seien. Sie mahnte: „Die Maske schützt direkt und unmittelbar.“ Das sei kein großer Eingriff, sondern das mildeste und geeignetste Mittel zum Schutz vor dem Coronavirus. Auf die Maskenpflicht jetzt zu verzichten, sei verantwortungslos und stehe im Widerspruch zur geplanten allgemeinen Impfpflicht. Sie warf der Ampel-Koalition vor: „In Ihrer Gesundheitspolitik herrscht wirklich Chaos.“ *Claus Peter Kosfeld*



Die Maskenpflicht wird nicht gänzlich abgeschafft, aber auf einige ausgewählte Orte, vor allem im Gesundheitswesen, beschränkt.

© picture-alliance/dpa/Peter Kneffel

Es war ein Paukenschlag, für den Angela Merkel am 26. Juni 2017 im Passant im Berliner Maxim-Gorki-Theater sorgte. Dort absolvierte die Regierungschefin, CDU-Vorsitzende und -Kanzlerkandidatin im anlaufenden Bundestagswahlkampf eine öffentliche Politalk-Veranstaltung, als sie ein junger Mann aus dem Publikum fragte, wann er seinen Freund denn als seinen Ehemann bezeichnen dürfe. Merkel antwortete, dass sie sich – wie CDU und CSU insgesamt – mit einer Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare schwertue, in der Diskussion aber „eher in Richtung einer Gewissensentscheidung“ wolle.

„Gewissensentscheidung“ – das war das Schlüsselwort. „Im Klartext: die ParlamentarierInnen sollen ohne Fraktionszwang über die Ehe für alle entscheiden“, war am nächsten Tag in der „taz“ zu lesen. Einen „Fraktionszwang“ freilich gibt es nicht, wie zu sehen sein wird, wohl aber eine „Fraktionsdisziplin“, nach der die Abgeordneten bei Abstimmungen der Mehrheitsmeinung ihrer Fraktion folgen. Das gilt nicht, wenn das jeweilige Thema zur „Gewissensfrage“ erhoben und das Abstimmungsverhalten daher „freigegeben“ wird, wie es im üblichen Parlamentsdeutsch heißt.

»Sternstunden« Meist passiert das bei schwierigen ethischen Fragen, in denen es etwa um Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch geht, zur Sterbehilfe oder zur Embryonenforschung, zuletzt Anfang 2020 zur Organspende. In der Berichterstattung ist dann oft von »Sternstunden des Parlamentarismus« zu lesen. Es können aber auch Entscheidungen freigegeben werden wie bei der legendären Bonn/Berlin-Debatte des Bundestages vom Juni 1991 über den künftigen Sitz des Parlaments. Die Meinungen gehen dabei oft quer durch die einzelnen Fraktionen und die gegensätzlichen Beschlussvorlagen werden meist von interfraktionellen Abgeordnetengruppen eingebracht. Solche „Gruppenanträge“ gab es auch vergangene Woche bei der ersten Lesung unterschiedlicher Vorlagen zu einer Impfpflicht gegen das Corona-Virus (siehe Seite 8).

Das Bundestagsabstimmungen indes mit Talkshow-Einlassungen der Kanzlerin auf einer Theaterbühne freigegeben werden wie bei der „Ehe für alle“, darf als Einzelfall vermerkt werden. Nur vier Tage nach Merks Auftritt im Gorki-Theater kam es in der letzten Plenarsitzung des Bundestages vor der Sommerpause zur Abstimmung: Mit 393 Ja gegen 226 Nein-Stimmen votierte das Parlament bei vier Enthaltungen für den bereits 2015 vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf „zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“. Ein Streitthema, das Jahrzehnte hindurch für erbitterte Auseinandersetzungen gesorgt hatte, war abgeräumt. Dabei zeigt die Diskussion um die Gleichstellung von homo- mit heterosexuellen Paaren exemplarisch das Spannungsverhältnis zwischen dem von der Verfassung garantierten „freien Mandat“ der Bundestagsabgeordneten und den nicht gesetzlich fixierten, für die Parlaments- und Regierungspraxis aber elementaren Grundsätzen der Fraktionsdisziplin und Koalitionsstreu. Vor allem die CDU/CSU lehnte die „Ehe für alle“ mehrheitlich ab. Zwar konnte Rot-Grün im Jahr 2000 durchsetzen, dass Frauen mit Frauen und Männer mit Männern eine „eingetragene Lebenspartnerschaft“ eingehen können, aber im Bundesrat verweigerte die Union dem weiter gehenden Ergänzungsgesetz damals die erforderliche Zustimmung.

Im Bundestag sollten nach dem Regierungswechsel von 2005 sowohl die FDP- wie auch die SPD-Fraktion als abwechselnde Koalitionspartner der Union Oppositions-Initiativen zur weiteren Gleichstellung die Unterstützung lange Zeit versagen. Während die Freidemokraten in der Wahlperiode von 2009 bis 2013 mit Verweis auf die Koalitionsstreu gegen die Vorlagen stimmten, ließen Union und Sozialdemokraten in der folgenden Legislaturperiode entsprechende Gesetzentwürfe angesichts ihrer Uneinigkeit in dieser Frage jahrelang nicht zur Abstimmung kommen. Dabei spielt eine Klausel in den damaligen Koalitionsverträgen der beteiligten Parteien eine Rolle, die sich wortgleich auch im aktuellen „Ampel“-Vertrag von SPD, Grünen und FDP findet: „Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. (...) Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen“, heißt es darin. Diese Vereinbarung wird schon so manchen Koalitionsabgeordneten bei Abstimmungen Bauchgrimmen verursacht haben; sie zu brechen kann indes den Bruch der Koalition und eine Regierungskrise nach sich ziehen. Am Ende kann es um die Regierungsfähigkeit des Landes gehen.

Vor Merks Theaterauftritt von 2017 hatte indes die SPD ebenso wie die FDP und die Grünen die Öffnung der Ehe für alle zur Bedingung für ihre Unterschrift unter einen künftigen Koalitionsvertrag erhoben. Die Rechtsprechung ging ebenso wie die gesellschaftliche Entwicklung längst in diese Richtung; auch die Unions-Fraktion war von diesem Wandel nicht unberührt geblieben. Von ihr votierten schließlich immerhin 75 Abgeordnete für die „Ehe für alle“ und 225 – da-

Mandat mit Spagat

PARLAMENTARISMUS Abstimmungen im Bundestag werden nur selten »freigegeben«. Nur ihrem Gewissen unterworfen, haben Abgeordnete auch die Fraktionsdisziplin zu achten: ein Spannungsfeld



Entscheidung nach mehr als elf Stunden Debatte über den künftigen Sitz des Parlaments: Abgeordnete unterhalten sich am 20. Juni 1991 im provisorischen Plenarsaal im ehemaligen Wasserwerk in Bonn über das gerade verkündete Abstimmungsergebnis zugunsten des Umzugs nach Berlin. Beide Städte hatten Befürworter in allen Fraktionen und Gruppen.

runter die Kanzlerin – dagegen. Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass es im Bundestag spätestens seit dessen Wahl 2013 eine große Mehrheit für die Neuregelung gab, die aber erst zum Tragen kommen konnte, als die Kanzlerin den Abgeordneten ihr Abstimmungsverhalten quasi freistellte. „Quasi“ – denn die Parlamentarier sind in ihrem Abstimmungsverhalten eigentlich immer frei. Sie sind, heißt es im Grundgesetz-Artikel 38, „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Das unterscheidet ihr „freies“ von einem „imperativen Mandat“, mit dem sie etwa verpflichtet werden könnten, Parteitagebeschlüsse umzusetzen. Die Abgeordneten müssen weder Instruktionen ihrer Partei noch sonstiger Gruppierungen oder gar Einzelpersonen folgen.

Ein „Fraktionszwang“, von dem nicht nur an Stammtischen häufig geredet wird, ist verfassungswidrig. Ein solcher Zwang bestünde etwa, wenn ein von der Partei- oder Fraktionslinie abweichendes Abstimmungsverhalten mit dem Verlust des Mandats geahndet würde. Zu solchen Fällen kam es in den Anfangsjahren des Bundestages durchaus. So verlangte etwa, wie der Historiker Michael Feldkamp schreibt, neben anderen Kleinparteien die KPD 1949 von ihren Abgeordneten eine Blankoverzichtserklärung, mit deren Hilfe ihr Parlamentarier Robert Leibbrand 1950 zum Mandatsverzicht gezwungen wurde. Der Bundes-

tag erklärte die Blankoerklärungen damals für ungültig und verweigerte das Nachrücken eines Ersatzkandidaten. Anders sieht es aus bei der „Fraktionsdisziplin“, denn die „politische Einbindung des Abgeordneten“ in Parteien und Fraktionen, urteilte das Bundesverfassungsgericht 2013, ist „verfassungsrechtlich erlaubt und gewollt“. Die Karlsruher Richter verwiesen damals darauf, dass der Grundgesetz-Artikel 21 den Parteien eine besondere Rolle im Prozess der politischen Willensbildung zuweist, und sahen in den von Abgeordneten gebildeten Fraktionen „notwendige Einrichtungen des Verfassungslebens“. Um den Fraktionen die Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben zu ermöglichen, heißt es dazu in einer Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, werde ihnen zugestanden, „ein möglichst geschlossenes Auftreten im Parlament durch Verfahrens- und Verhaltensregeln herbeizuführen“. Ein einheitliches Abstimmungsverhalten einer Fraktion dient nicht nur dem Erhalt ihrer Handlungsfähigkeit, sondern gegebenenfalls auch dem der Regierungsmehrheit.

Fraktionsrechte Natürlich können Abgeordnete gegebenenfalls aus ihrer Fraktion austreten. Aus Sicht der wohl allermeisten ist jedoch ihre Einbindung in eine Fraktion unerlässlich, die deutlich mehr Rechte als ein einzelner Parlamentarier hat. Gestützt auf mindestens fünf Prozent der Abgeordneten, kann nur ein solcher Zusammenschluss etwa Anträge und Gesetzentwürfe einbringen. Abgeordnete mit Aussicht auf Effizienz könne nur sein, wer eingebunden ist in eine Fraktion, sagte Wolfgang Schäuble (CDU),

dienstältester Volksvertreter der deutschen Parlamentsgeschichte, vor einigen Monaten dieser Zeitung. Das entspreche auch dem repräsentativen Prinzip der parlamentarischen Demokratie: „Man findet sich in Fraktionen zusammen und bildet in diesen eine gemeinsame Position. Anders geht es auch nicht, weil stabile Mehrheiten sonst schwer zu erreichen wären.“

Abgeordnete könnten für ihre Position kämpfen und um Mehrheiten ringen, müssten aber genau überlegen, ob sie nicht akzeptieren, wenn die Fachleute und die Mehrheit ihrer Fraktion nach intensiven Diskussionen anders entscheiden, argumentierte der damalige Bundestagspräsident. Und wer es nicht akzeptiert? Schäuble erinnerte an Wolfgang Bosbach, einst CDU/CSU-Fraktionsvize und später Kritiker des Euro-Rettungskurses der Regierung, der als Innenausschuss-Vorsitzender 2015 seinen Verzicht auf eine erneute Bundestagskandidatur damit begründete, dass er nicht immer „die Kuh sein wolle, die quer im Stall steht“. Das „gehört auch zu den Gewissensentscheidungen“, fügte Schäuble hinzu, der den Parlamentsbetrieb sowohl als „einfacher“ Abgeordneter kennengelernt hat als auch als Fraktionschef.

Wer entgegen der Fraktionslinie votieren will, kann letztlich davon nicht abgehalten werden, soll sich aber an Regeln halten. So beschloss etwa die SPD-Fraktion 1981, dass ihr die Absicht, von ihren Beschlüssen bei

einer Abstimmung abzuweichen, „spätestens in der der Abstimmung vorausgehenden Fraktionssitzung mitzuteilen“ ist. Und die Unions-Fraktion verpflichtet in ihrer „Arbeitsordnung“ ihre Mitglieder, ein geplantes abweichendes Stimmverhalten der Fraktionsführung oder -versammlung am Vortag der Abstimmung bis 17 Uhr anzuzeigen. Und dann? Die Konsequenzen können gegebenenfalls weit reichen: Vorbei mit einflussreichen Posten wie Ausschussvorsitzende oder fachpolitischer Sprecher etwa.

Schluss mit Redezeiten im Parlamentsplenum beispielsweise, und schließlich: das Aus bei der Kandidatenaufstellung zur nächsten Bundestagswahl.

Josef Klein ist einer, dessen Politikerkarriere ein solches Ende nahm. Der spätere Sprachwissenschaftler zog zeitgleich mit Schäuble 1972 in den Bundestag ein, in dem er ein Jahr später für den Grundlagenvertrag der sozialliberalen Bundesregierung unter Willy Brandt (SPD) mit der DDR stimmte – als einer von vier CDU-Abgeordneten, entgegen der Fraktionslinie. Der Druck seitens mancher Fraktionskollegen sei vor der Abstimmung damals „sehr, sehr stark“ gewesen, erinnert sich der 81-Jährige noch heute. Schließlich seien die Abweichter in Einzelgesprächen vom damaligen Fraktionschef Rainer Barzel (CDU) ins Gebet genommen worden, erzählt Klein. Letztlich habe Barzel ihn dabei indes sachlich auf mögliche Folgen eines abweichenden Votums hingewiesen – „nicht in der Fraktion“, sondern bei der Kandidatenaufstellung für die nächste Bundestagswahl.

Klein verstand das als „Warnung, nicht als Drohung“, und blieb bei seiner Position. Für die Wahl 1976 fand er keinen aussichtsreichen Listenplatz mehr und unterlag auch bei der Bewerbung um ein Direktmandat. Ein „wesentlicher Grund“ dafür sei sein Abstimmungsverhalten insbesondere beim Grundlagenvertrag gewesen, sagt er. Dennoch scheint er nicht im Zorn zurückzublicken. Dass es damals um eine Gewissensentscheidung gegangen sei – ohne dass die Abstimmung von seiner Fraktion freigegeben war –, habe niemand bestritten. Fraktionsdisziplin findet der einstige Abweichter gleichwohl unverzichtbar. Auch für ihn ist der Normalfall, dass man in einer Fraktion geschlossen abstimmt: „Sonst würde eine Fraktion als Gemeinschaft ja überhaupt nicht existieren können.“

Gleichwohl votieren Abgeordnete nicht so selten anders als ihre Fraktion, wie es in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird. Die Aufmerksamkeit steigt, je gewichtiger das Thema und je knapper die Mehr-

heitsverhältnisse sind. Dass über die aktuelle Frage der Impfpflicht nach den Worten von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) „ohne Fraktionszwänge“ und ohne Regierungsvorlage entschieden werden soll, mag auch der Uneinigkeit seiner Koalition in dieser Frage geschuldet sein. Anders reagierte sein SPD-Vorgänger Gerhard Schröder 2001, als es nach den Terroranschlägen vom 11. September erstmals um die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen in Afghanistan ging. Zwar unterstützten damals auch die Oppositionsfraktionen von Union und FDP den Regierungsantrag zum „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte“ bei der „Operation Enduring Freedom“, doch gab es Widerstand bei SPD und Grünen; acht Grünen-Abgeordnete kündigten öffentlich an, mit „Nein“ zu stimmen.

Vertrauensfrage Damit hätte Rot-Grün den Antrag nicht mit eigener Mehrheit durchführen können, doch Schröder verband daraufhin die Abstimmung erstmals in der Geschichte mit einer Vertrauensfrage. Für den Bundeswehr-Antrag hätte die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gereicht; um dem Kanzler das Vertrauen auszusprechen und so das Ende von Rot-Grün abzuwenden, brauchte es die Mehrheit aller Abgeordneten. Union und FDP kündigten an, trotz ihrer Unterstützung des Bundeswehreinsetzes die Vertrauensfrage mit Nein zu beantworten, und Schröders Koalition durchlebte ihre größte Zerreißprobe. Die SPD-Frau Christa Lörcher, eine Gegnerin des Einsatzes, verließ ihre Fraktion; bei mehr als sechs Nein-Stimmen aus dem eigenen Lager wäre Rot-Grün Geschichte gewesen.

Aber gegen die eigene Überzeugung Soldaten in einen Kampfeinsatz schicken? Für eine Entscheidung von solcher Tragweite sei es unabdingbar, dass sich die Regierung auf eine eigene Mehrheit stützen könne, argumentierte der Kanzler in der Schlussdebatte. Fast im letzten Moment verständigten sich die acht Grünen-Abweichter, dass nur vier von ihnen gegen die eigene Regierung stimmen: „Wir beantworten eine Machtfrage strategisch, indem wir Ja zum Fortbestand der Koalition und Nein zur Legitimation des Bundeswehrmandats sagen“, begründete die heutige Bundesumweltministerin Steffi Lemke, die dann mit Ja stimmte, das Splitting. Eine Reihe weiterer Koalitionsabgeordneter machte in Erklärungen deutlich, trotz grundsätzlicher Bedenken gegen den Einsatz für den Erhalt von Rot-Grün zu stimmen.

An Ende votierte die Koalition bis auf die vier Grünen geschlossen für die Regierungsvorlagen. Die Entscheidung für den Bundeswehr-Einsatz war gefallen, Rot-Grün gerettet. So dramatisch freilich ist der Spagat zwischen der Freiheit des Mandats und der Fraktionsdisziplin im Bundestag selten durchgeführt worden. Helmut Stoltenberg



Wahlkampf-Geplauder mit Folgen: Angela Merkel am 26. Juni 2017 im Berliner Maxim-Gorki-Theater © picture-alliance/dpa/lörg Carstensen



In Serbien wird offen mit Putin sympathisiert, wie hier auf einer Demonstration Anfang März in Belgrad. In der EU beobachtet man die pro-russische Stimmung auf dem Balkan mit Sorge. © picture-alliance/dpa/TASS/Pavel Bushuyev

Ja zu Mandat für VN-Mission

SÜDSUDAN Die Bundeswehr bleibt ein weiteres Jahr im Südsudan, um dort den Friedensprozess zu unterstützen. Der Bundestag hat eine Verlängerung der Beteiligung an der von den Vereinten Nationen geführten Mission im Südsudan (UNMISS) bis Ende März 2023 mit großer Mehrheit zugestimmt. In namentlicher Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung (20/631) votierten 584 Abgeordnete für eine Mandatsverlängerung, 43 stimmten gegen eine Fortsetzung des Bundeswehreininsatzes in dem ostafrikanischen Bürgerkriegsland. Fünf Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das Mandat für die Friedensmission, an der sich Deutschland seit 2011 beteiligt, bleibt unverändert: Weiterhin können bis zu 50 Soldaten zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Sicherung humanitärer Hilfe im Einsatz sein. Derzeit sind etwa ein Dutzend deutsche Soldaten unter anderem als Militärbeobachter Teil der Mission. Mehrere Redner, darunter Sara Nanni (Grüne) und Jürgen Hardt (CDU), verwiesen auf die zu erwartenden steigende Getreidepreise infolge des Kriegs in der Ukraine: Südsudan sei eines der davon am stärksten betroffenen Ländern. Sevim Dagdelen (Die Linke) forderte mehr Anstrengungen gegen Hunger, statt „kostspielige militärische Symbolpolitik“. Bettina Lugk (SPD) verwies auf „die größte Flüchtlingskatastrophe innerhalb Afrikas“ im Südsudan und den Nachbarländern. Lars Lindemann (FDP) betonte, dass der Aufbau staatlicher Strukturen ohne internationale Hilfe nicht möglich sei. Gerold Otten (AfD) sagte, das UNMISS vor allem dabei helfe, die Bevölkerung vor ihren Machthabern zu beschützen. *sas/ah*

Spiel mit dem Feuer

WESTBALKAN Angeheizt durch russische Propaganda drohen alte Konflikte neu zu entflammen

Die Serben halten eine ausbalancierte Position in der Ukraine-Frage und schließen sich nicht der antirussischen Hysterie der USA und Europas an“, lobte der russische Spitzendiplomat Juri Pilipton in der vergangenen Woche. „Diese unabhängige und vernünftige Politik basiert auf der großen Unterstützung durch die Bürger Serbiens“, so der Direktor der Europaabteilung im russischen Außenministerium weiter. Serbien als treuer Partner Moskaus und gleichzeitig EU-Beitrittskandidat – wie passt das zusammen? Belgrad hat sich bisher standhaft geweigert, Sanktionen gegen seinen engen Verbündeten zu verhängen. Stattdessen stockte die nationale Fluggesellschaft Air Serbia ihre Verbindungen nach Moskau kräftig auf. Im Europäischen Parlament wurde dieses unsolidarische Verhalten als „Kriegsgewinn“ gebrandmarkt und die EU-Kommission aufgefordert, Sanktionen gegen das widerspenstige Serbien zu erlassen. Serbiens alles beherrschender Präsident Aleksandar Vucic konnte sich über viele Jahre der Unterstützung durch die frühere

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sicher sein – ganz gleich wie er die Medien kontrollierte, die Justiz dominierte und die Opposition drangsalierte.

Neue Töne Doch der Wind hat sich gedreht. Die neue deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) sprach bei ihrem ersten Besuch in Serbien Klartext: Belgrad müsse sich der außenpolitischen Linie Brüssels anschließen und Russland für seine Aggression gegen die Ukraine verurteilen. Außerdem erwarte sie Kompromisse im Konflikt um die frühere serbische Provinz Kosovo. Die ist heute ein unabhängiger Staat, wird fast nur noch von Albanern bewohnt, aber von Serbien international blockiert. Ebenso schwer wie Serbien tut sich in der Ukraine-Frage das benachbarte Bosnien-Herzegowina. In beiden Ländern wurde die heimische Erdölindustrie an russische Großfirmen wie Gazprom sprichwörtlich für „Peanuts“ ohne Ausschreibung verschenkt, das räumten beteiligte Minister später ein. Russland berührt zudem seit vielen Jahren die Herzen der Serben etwa durch die Finanzierung von orthodoxen Kirchen wie etwa in

Belgrad oder im bosnischen Banja Luka, aber vor allem durch die Unterstützung heimischer Medien. Die russische Staatsagentur Sputnik spendiert Nachrichtenportalen in der Region Tag für Tag Meldungen und Berichte in Serbisch. Russophile und antiwestliche Positionen werden so transportiert und salonfähig gemacht für die breite Öffentlichkeit. Der Krieg in der Ukraine hinterlässt gerade hier Spuren: Er treibt Serben-Führer Milorad Dodik bereits seit Monaten eine Abspaltung der Republika Srpska.

In Putins Hand Auch EU-Mitglied Kroatien ist fest im Griff Russlands. Die Hauptstadt Zagreb etwa deckt 60 Prozent ihres Gasbedarfs durch Gazprom über den privaten kroatischen Quasi-Monopolisten PPD. Die Firma soll nach Medieninformationen zudem der großzügigste Geldgeber der Regierungspartei HDZ sein. Ähnlich ist die Lage in Montenegro: In dem kleinen Nato-Land mit seinen 620.000 Einwohnern leben rund 30.000 Russen. Große Teile der Adriaküsten haben sie in den vergangenen 25 Jahren oft unter Marktwert aufgekauft und Millionen in

den Tourismus investiert. Montenegro ist für reiche Russen attraktiv, weil das Land mit Euro zahlt, ohne die Kriterien für dessen Einführung 2002 zu erfüllen.

Tief gespalten Vor diesem Datum hatte der Ministerrat schon über drei Jahre die Deutsche Mark als Zahlungsmittel genutzt. Das hatte politische Gründe: Der Westen wollte Montenegro vom serbischen Kriegsherrn und Autokraten Slobodan Milosevic trennen. Heute ist das Land tief gespalten zwischen Anhängern Russlands und der EU. All das zeigt, wie groß der Einfluss Russland auf dem gesamten Balkan ist und wie geschickt es versteht, ihn zu nutzen: Mit Berichten russischer Staatsmedien in serbischer Sprache befeuert Moskau die vielen nationalen Streitigkeiten, um dort je nach Interesse als Vermittler oder Schiedsrichter aufzutreten – wobei es sich vor allem als Schutzmacht der Serben versteht. Dass Russland seinen Einfluss nun auch instrumentalisieren könnte, um mit neuen Konflikten von der Ukraine abzulenken, befürchten nicht wenige heimische Kommentatoren. Aber auch in der EU wächst die Sorge vor einer Destabilisierung der Region. Um der entgegenzuwirken, bedürfte es einer einheitlichen Beitrittspolitik. Doch dazu ist die EU kaum in der Lage, da einige Mitgliedstaaten auf dem Balkan Sonderinteressen verfolgen. Eine mediale Reaktion auf die russische Propaganda wäre in den sechs Ländern des westlichen Balkans durchaus möglich. Wiederholt hat das Europaparlament die EU-Kommission aufgefordert, die Desinformation russischer Medien in der Region mit Gegenangeboten zu bekämpfen. Doch wenig ist passiert, um das Blatt zu wenden. Durch das mediale Dauerfeuer Russlands glaubt die überwältigende Mehrheit der Menschen auf dem Westbalkan, dass Moskau ihr engster Partner sei. Die Realität sieht anders aus: Die Balkanländer sind ökonomisch und kulturell auf den Westen ausgerichtet – nur will das niemand wahrhaben. Knapp 70 Prozent aller ausländischen Investitionen kommen aus dem Westen, zwei Drittel des Handels werden damit abgewickelt. Niemand käme auf die Idee, in Russland Arbeit zu suchen oder zu studieren. Seit Jahren leiden die Nachbarstaaten des auseinandergebrochenen Jugoslawiens unter einem regelrechten Massenexodus. Und praktisch alle wollen nach Westen, vorwiegend nach Deutschland und Österreich. *Thomas Brey*

Die EU hat der Desinformation russischer Medien in der Region lange nichts entgegengesetzt. Der Autor war langjähriger dpa-Korrespondent für Südeuropa.

Der Einfluss Russlands ist groß auf dem Balkan. Und es versteht geschickt, ihn zu nutzen.

Sea Guardian geht weiter

MITTELMEER Die Bundeswehr beteiligt sich weiterhin an der Nato-geführten Seeüberwachungsmission „Sea Guardian“ im Mittelmeer. Der Bundestag hat das Mandat um ein weiteres Jahr, bis Ende März 2023 verlängert. Für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (20/630) votierten in der namentlichen Abstimmung am vergangenen Freitag 507 Abgeordnete, während 100 die Mandatsverlängerung ablehnten. Ein Parlamentarier enthielt sich der Stimme. Allerdings wird das Mandat nun angepasst: Das Einsatzgebiet beschränkt sich auf den Mittelmeerraum außerhalb der Küsten. Zudem dürfen ab sofort statt bislang 650 nur noch 550 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Weiterhin zu ihren Aufgaben gehören die Seeraumüberwachung und Lagebildstellung, um Terrorismus und Waffenschmuggel zu bekämpfen. Tobias Bacherle (Grüne) betonte, dass das Mandat mit den Anpassungen bei Obergrenze und Einsatzgebiet Klarheit schaffe. Roderich Kiesewetter (CDU) sah den Mehrwert in „strategischer Gleichzeitigkeit“ – es gelte Auswirkungen „ungelöster heißer Konflikte“ wie in Libyen und Syrien im Blick zu behalten. Auch Frank Schwabe (SPD) sagte, der Einsatz helfe dabei, „zu wissen, was los ist“ im Mittelmeer. Jan Ralf Nolte (AfD) stellte sich gegen den Einsatz: „Wir jagen einen Feind, den es gar nicht gibt.“ Rainer Semet (FDP) nannte Sea Guardian angesichts einer neuen Realität mit einem Krieg in Europa „wichtiger denn je“. Zasklin Nastic (Die Linke) bezeichnete die Gefährdungsbegründungen im Antrag als „nebulös“ und „fadenscheinig“. *sas/ah*

Anzeige

Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2022

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2022 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 31. März 2022
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/medienpreis>

**Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin**

E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38629

»Russland tritt die Menschenrechte mit Füßen«

EUROPA Europarat schließt Russland aus. G7-Parlamentspräsidenten setzen sich für Friedenskonferenz ein

Es ist ein absolutes Novum: Erstmals in seiner Geschichte hat der Europarat mit Russland einen Mitgliedstaat ausgeschlossen. Bereits zuvor hatte die Parlamentarische Versammlung des Europarats (Europarat PV) in einer Entschließung einstimmig den schnellstmöglichen Ausschluss des Landes empfohlen. Russland selbst – bislang immerhin der größte Mitgliedstaat – hatte am Vortag seinen Austritt erklärt, nachdem der Europarat entsprechende Schritte eingeleitet hatte. „Der Europarat ist die europäische Organisation für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat. Putins Russland tritt all das mit Füßen“, erklärte der Leiter der Delegation der Bundestagsabgeordneten zum Europarat PV, Frank Schwabe (SPD), im Interview mit bundestag.de. „Mit dem brutalen Angriffskrieg hat Russland jedes Recht verwirkt, Teil einer europäischen Gemeinschaft der Menschenrechte zu bleiben.“ Für die Russinnen und Russen sei es „bitter“, dass sie nicht mehr unter den Schutz der Europäischen Menschenrechtskonvention stünden, meint Schwabe. Aber dieser Schutz sei ohnehin nur noch theoretisch gewesen. „Wir werden den Kontakt zur Zivilgesellschaft in Russland auf allen Ebenen intensivieren“, versichert er.

Die Spitzen des Europarats hatten den russischen Einmarsch in die Ukraine am 15. März erneut verurteilt und in einer Erklärung auch der russischen Bevölkerung ihre Solidarität ausgedrückt. Diese gehöre weiter zur europäischen Familie und teile ihre Werte. Der Ukraine werde man im Kampf gegen den Aggressor weiter zur Seite stehen. Inzwischen hat der Europarat wegen der Beteiligung an der russischen Invasion in der Ukraine auch seine Beziehungen zu Belarus ausgesetzt. Belarus ist anders als Russland kein Vollmitglied des Europarats, da es die Europäische Menschenrechtskonvention nicht unterzeichnet hat. Russland gehörte dem Europarat seit 1996 an. **Appell der G7-Parlamente** Zum russischen Angriff auf die Ukraine haben sich in der vergangenen Woche auch die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der G7-Staaten und des Europäischen Parlaments klar positioniert. Auf Einladung des Deutschen Bundestages hatten sie sich am 16. März zu einer außerordentlichen virtuellen Konferenz getroffen und eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Darin verurteilen sie den „Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste“ und zeigen sich „fest ent-

schlossen“ dazu beizutragen, „den Frieden in Europa wieder herzustellen und auf diplomatischen Wegen für nachhaltige Stabilität auf dem Kontinent zu sorgen“. Unter anderem fordern sie, die Möglichkeit einer künftigen Friedenskonferenz „auf der Grundlage der vollumfänglichen Bestätigung der Rechte des ukrainischen Volkes zu prüfen“. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) dankte sich nach dem Videotreffen „dankbar, dass unsere Parlamente heute ein eindrucksvolles Zeichen des Zusammenhaltes und der Solidarität mit der Ukraine gesetzt haben“. Das ukrainische Volk und die demokratisch gewählte Regierung fänden volle Unterstützung. Außerdem hätten sich die Parlamente der G7-Staaten zu ihrer Verantwortung bekannt, Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, zu helfen und sie aufzunehmen. „Dieser Krieg muss aufhören. Darauf zielen alle unsere Bemühungen“, betonte Göring-Eckardt. Zu den G7 zählen Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Deutschland hat am 1. Januar 2022 die G7-Präsidentschaft übernommen, der Bundestag hat zeitgleich den Vorsitz der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten

der G7-Parlamente inne. Am Donnerstag lädt die deutsche Präsidentschaft zu einem G7-Gipfel in Brüssel ein. Am selben Tag finden dort auch ein Nato- und EU-Gipfel statt, bei denen es auch um den Krieg in der Ukraine gehen wird. **»Neue Bedrohung«** Ein besonderes Zeichen der Solidarität haben vergangene Woche die Regierungschefs Polens, Tschechiens und Sloweniens, Mateusz Morawiecki, Petr Fiala und Janez Jansa, gesetzt. Sie reisten während der Kämpfe mit dem Zug nach Kiew und trafen sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Regierungschef Denys Schmyhal. Ziel sei es gewesen, die „eindeutige Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine und ihre Freiheit und Unabhängigkeit zum Ausdruck zu bringen“, schrieb Fiala bei Twitter. Morawiecki berichtete: „In Kiew sahen wir verlassene Straßen, Wohnblöcke in Trümmern, zerborst von russischen Panzern. Schrecklich.“ In Absprache mit der EU-Führung überbrachten die Regierungschefs ein Hilfspaket der EU, das humanitäre Hilfe und Defensivwaffen umfasst. Auf dem Nato-Gipfel will Polen diese Woche seinen Vorschlag für eine Friedensmission in der Ukraine offiziell einbringen. *Johanna Metz*

»Es ist Putins Krieg«

RUSSLAND Der Schriftsteller Dmitry Glukhovsky inszenierte die Zukunft seiner Heimat in düsteren Dystopien. Jetzt wurden sie zur grausamen Wirklichkeit.

Herr Glukhovsky, wie bewerten Sie die Situation nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine?
Für die Menschen im Bombenhagel handelt es sich um eine große Tragödie. In Russland beobachten wir die Entstehung einer totalitären Diktatur, die auf Angst und Lügen basiert. Das beste Beispiel hierfür ist der russische Außenminister Lawrow. Er sagte erst vor kurzem, Russland habe die Ukraine nicht überfallen.

Der russische Journalist Igor Jakowenko verweist auf die Opferrolle, die man in Moskau zelebriert.
Die Propaganda knüpft an die allgemeine Stimmung des Beleidigt- und Erniedrigt-Seins in Russland an. Sie fordert Revanche, indem sie erfolgreich unsere nostalgischen Gefühle an die russische Großmachtstellung und damit den düsteren imperialen Chauvinismus bedient. Nicht zum ersten Mal beginnt eine Nation einen Krieg in Europa, die sich von der Geschichte erniedrigt fühlt.

Meinen Sie Nazi-Deutschland? Der Philosoph Alexander Zipko wurde stark kritisiert, weil er den stalinistischen mit dem nationalsozialistischen Totalitarismus verglichen hat.
Ich lege mich hier nicht fest. Aber es gibt einige Parallelen zur NS-Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Größere Gemeinsamkeiten gibt es in Bezug auf die Begründung, um den Krieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Hierbei handelt es sich in Wirklichkeit um eine fundamentalistische, ultrakonservative „Blut und Boden“-Ideologie, die der Politik Hitlers sehr ähnelt. Als Vorwand dienen vermeintliche Provokationen; tatsächlich gibt es keine ernsthaften Gründe für den Angriff. Das Regime versteckt sich hinter lügenerischen Rechtfertigungen. Deshalb konstruierte es das emotionale und dem Volk bekannte Narrativ: „Wir bekämpfen den Nazismus. Bei den Anderen handelt es sich um Nazis und wir werden jetzt eine Denazifizierung durchführen.“

Glaubt jemand in Russland diese Erzählung?
Die Propaganda des Revanchismus und des Neo-Imperialismus aus dem russischen Fernsehen haben die Gehirnzellen der Menschen seit Jahrzehnten geschädigt. Die Menschen werden mit Ressentiments gefüttert, gleichzeitig machen sie tagtäglich Erfahrungen mit Erniedrigung, Ohnmacht und Unrecht. Die einfachen Leute haben keinen Ausweg, sie sind Opfer der antiwestlichen Propaganda. Das korrupte Regime lenkt die Aufmerksamkeit der Menschen nach draußen und von eigenem Fehlverhalten weg.

Gibt es eine kritisch denkende Zivilgesellschaft?
Die Menschen, die um die Ursachen der Aggression wissen, dass Putin zuerst die Ukraine angegriffen hat und erst danach die westlichen Sanktionen folgten, haben keinen Zugang zu den Informationskanälen. Sie werden mit drakonischen Gesetzen massiv bedroht, vergleichbar nur mit stalinistischen Maßstäben. Wer sich kritisch äußert, muss 15 Jahre ins Gefängnis. Selbst „Nein zum Krieg“-Parolen in den sozialen Medien sind verboten. Wer kritisch denkt, wird blockiert, isoliert und sieht sich Repressionen ausgesetzt. Nach meinen Schätzungen haben ungefähr 200.000 Menschen Russland in den ersten anderthalb Wochen des Kriegs verlassen.

Könnte sich die Intelligenzia gegen den Krieg stellen?

Praktisch die ganze Intelligenzia hat in den ersten Tagen Appelle gegen den Krieg unterzeichnet. Nur eine sehr geringe Zahl von Kulturschaffenden, die finanziell vom Regime abhängig sind, hat den Krieg unterstützt. Wer hinter dem neuen Eisernen Vorhang bleiben muss und Angst hat, hat ebenfalls geschwiegen. In unserer Bevölkerung gibt es keinen nationalen Konsens für den Krieg.

Ist das der Grund, warum der Kreml keine Unterstützungsdemos organisiert hat wie nach Krim-Annexion?
Die erste Reaktion der Russen auf den russischen Angriff auf die Ukraine war Schockstarre und Erschrecken. Ich schätze, dass nur bis zu zehn Prozent der unter der staatlichen TV-Propaganda stehenden Menschen patriotische Neigungen verspürten. Die Elite wurde vom Beginn des Krieges genauso überrascht wie das ganze Volk. Es handelt sich nicht um einen Krieg Russ-

lands, des russischen Volkes oder der politischen Klasse Russlands. Alle werden durch den Krieg in Haftung genommen und Schaden nehmen.

Mit Ihren Äußerungen haben Sie sich nach den neuen Gesetzen strafbar gemacht. Haben Sie keine Angst?
Ich liebe Russland, es ist meine Heimat. Ich bin viel gereist und immer zurückgekehrt. Russisch ist meine Sprache, meine Luft. Meine Freunde leben in Russland. Aber wie es scheint, werde ich lange Zeit nicht nach Russland zurückkehren können. Ob ich Angst habe? Jedes Mal ist man gezwungen, sich seiner Schwächen bewusst zu werden und sich zu überwinden. Selbstverständlich wissen wir, dass die russischen Geheimdienste die Gegner und Kritiker des Regimes liquidieren.

Haben Sie Kontakte in die Ukraine?
Ich habe sehr viele Bekannte und Freunde in der Ukraine, in Kiew, Familien mit Kindern. Daher ist dieser Krieg für mich auch sehr persönlich. Es belastet mich sehr zu sehen, wie sich meine Heimat Russland innerhalb der letzten Wochen verändert hat.

Wer ist für den Krieg verantwortlich?
Putin persönlich. Putin schlachtet nicht nur das ukrainische Volk ab, sondern auch das russische. Er weckt die niedrigsten Gefühle des Volkes, er schneidet ihnen den Zugang zum Westen und zum Rest der Welt ab. Es ist Putins Krieg, er hat den Angriffsbefehl erteilt.

Warum hat Putin die berühmte Sitzung des Sicherheitsrates im Fernsehen übertragen lassen?
Die Verantwortung für den Krieg von sich abschieben und auf mehr Schultern verteilen. Nach dem Motto: Diese Entscheidung habe nicht ich persönlich getroffen, alle waren daran beteiligt. Damit wollte er



Dmitry Glukhovsky

© Jörg Schulz

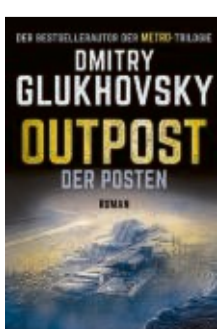
„Selbstverständlich wissen wir, dass die russischen Geheimdienste die Gegner und Kritiker des Regimes liquidieren.“

Dmitry Glukhovsky

wohl auch verhindern, dass Teile der politischen Klasse hinter seinem Rücken separate Vereinbarungen treffen. Denn alle sind Mittäter. Zuerst wurde Putins engster Kreis involviert, danach wurden die Abgeordneten und die Senatoren der Staatsduma aufgefordert, seine Politik einstimmig zu unterstützen. Damit hat Putin auch alle Parlamentarier zu Mittätern gemacht.

Schließen Sie aus, dass sich der Machtapparat aus dem Inneren heraus reformieren kann? In Ihrem Roman „Der Posten“ ist der nächste Messias eine einfache Frau.
Der Reformator kommt nicht aus dem Kreml. In Russland gibt es nur einen Menschen, der nach den Maßstäben der antiken Mythologie handelt: Alexej Nawalny. Er hat wortwörtlich den Drachen herausgefordert. Er wurde getötet, ist wiederauferstanden, zurückgekehrt, setzte sich der Rache des Drachen aus und wurde festgenommen.

Was hat Sie inspiriert, in ihren Romanen die Zukunft Russlands in so düstere Farben zu skizzieren?



Dmitry Glukhovsky:
Outpost. Der Posten Roman.
Heyne Verlag, München 2021; 416 S., 20 €

Ich überspitze die reale Entwicklung, schildere das Groteske und zeige den Menschen, was auf sie zukommt, wenn sich nichts ändert. Natürlich glaube ich nicht daran, dass dieses Drehbuch Wirklichkeit wird, denn ich treibe die Erzählung absichtlich bis zum Absurden. Allerdings musste ich feststellen, dass viel zu viel aus meinen Settings und Ideen mit erstaunlicher Genauigkeit eingetreten ist, obwohl die Geschichten metaphorisch und übertrieben waren. Unabhängig davon, ob es sich dabei um die künftige Entwicklung Russlands handelt oder um den Krieg gegen die Ukraine.

Die „Novaja gazeta“ titelte bei Kriegsausbruch mit „Metro-2022“ in Anspielung auf einen ihrer Romane und zeigte Menschen in der Kiewer U-Bahn.
In meinem Roman „Metro-2033“ überleben die Menschen den nuklearen Weltkrieg in den U-Bahn-Stationen und den Tunneln der Moskauer Metro. Heute schicken mir meine Leser aus der Ukraine Postings und Fotos, wie sie in Charkiw durch die U-Bahn-Tunnel zu einem Bahnhof gehen, um so den Bombardierungen zu entgehen. Sie wohnen in U-Bahn-Waggons, die in Wohnungen umgebaut werden, wie in meinem Roman. Es ist schrecklich und ich bin nicht begeistert, dass ich diese Entwicklung vorhergesehen habe. Ich wollte ja das Gegenteil erreichen, dass die Menschen meine Bücher lesen und eine solche Zukunft auf keinen Fall zulassen.

In ihrem Roman „Outpost. Der Posten“ wird die russische Sprache als Mas-

senvernichtungswaffe eingesetzt. Wie haben Sie dazu?
Die Idee ist doch naheliegend. Nach der Krim-Eroberung wurde mir die Verwundbarkeit des Volkes durch die giftigen Worte der Propaganda besonders bewusst. Es war so klar, wie die Sprache instrumentalisiert wurde. Bei diesem Roman handelte es sich nicht um eine Prognose, sondern um die Beschreibung der Wirklichkeit. In „Der Posten“ setzen die Machthaber die Sprache als Waffe ein, aber am Ende wendet sich die ausgelöste Seuche gegen diejenigen, die sie eingesetzt haben..

Gibt es im heutigen Russland noch die traditionell starke Bindung zwischen Volk und Literatur?
Heute ist die Literatur viel weniger einflussreich als früher. Das liegt auch daran, dass die Sowjetunion die Literatur propagandistisch instrumentalisiert hat. Heute dominieren Kino und Fernsehen die Meinungsbildung der Menschen, die Literatur wird an den Rand gedrängt. Die Literatur kann einige hunderttausend Menschen erreichen, nicht aber Millionen, wie die täglichen Propaganda-Shows im Fernsehen.

Neben ihren Zukunftsromanen haben Sie auch ein Theaterstück über den Holocaust geschrieben. Warum?
Der Holocaust hat mich immer interessiert, mein Vater ist Jude und ich habe an der Jerusalemer Universität studiert. Und das, obwohl man mir ziemlich spät gesagt hat, dass ich Jude bin und ich mich in der Sowjetunion nicht als Jude gefühlt habe. Ich wollte meine Wurzeln erforschen. Mein Theaterstück ist noch nicht veröffentlicht;

ZUR PERSON

Der Schriftsteller Dmitry Glukhovsky wurde 1979 in Moskau geboren. An der Hebräischen Universität in Jerusalem studierte er Internationale Politik und Journalistik. Danach arbeitete er für verschiedene Zeitungen und TV-Sender, darunter für EuroNews, SkyNews, Russia Today und die Deutsche Welle. Als 17-Jähriger begann er, seinen Roman „Metro-2033“ zu verfassen. Das Buch wurde zu einem Welt-Bestseller und in 40 Sprachen übersetzt. Neben Russisch spricht Glukhovsky fünf Sprachen. Für seine Romane, Dreh- und Hörbücher erhielt er zahlreiche Preise und Auszeichnungen.

es heißt „Eine Nacht von Josef K.“ und handelt von der Tragödie des Lodzer Ghettos während des Holocaust.

In Ihrem Weihnachtsmärchen „Reforma“ aus dem Jahr 2021 sammelt der russische Staat die Uhren der Bevölkerung ein und verbietet die Zeitangaben.
Die russische politische Elite und Putin erwähnen sehr oft die Vergangenheit, insbesondere das 19. Jahrhundert und Zar Nikolaus, dessen Epoche sie zu ihrem Ideal erklären. Damals gab es den Adel und die Monarchie als Herrschaftssystem mit seinen ultra-konservativen Werten, insbesondere Religion und Patriarchat. Dieses Bündnis von Thron und Altar will Putin der russischen Gesellschaft aufzwingen. Dabei wollen die Menschen ein ganz anderes Leben führen. Mit meiner Novelle will ich darauf hinweisen, dass der Kreml versucht, die Zeit anzuhalten und die Entwicklung zurückzudrehen. Die wahre, moderne, lebendige russische Kultur hat nichts mit dem staubigen, düsteren und erstickenden offiziellen Image zu tun. Wir erleben gerade eine Tragödie: Meine Heimat wird gewaltsam in die Isolation getrieben, von der Entwicklung der Welt abgeschnitten. Putin will Russland ins Archaische zwingen und einsperren. Er führt das Land in eine düstere Vergangenheit mit massenhafter Armut und Unfreiheit.

Am 8. März zitierte Präsident Putin Katharina II.: „Ich werde meine Heimat mit dem Schwert und der Sprache verteidigen, solange ich lebe.“
Die Machthaber selbst sind überhaupt nicht bereit, für Russland zu sterben. Die Reaktionen klammern sich an die Macht, dafür treiben sie die Jungen in den Fleischwolf des Krieges, um ihre Herrschaft mit deren Blutzoll zu sichern. Vergleichen Sie Putin und Selenskyj – Putin hält sich von den Menschen fern, er lebt weit von den Gefahren wie der unsterbliche Kaschej, der Bösewicht aus den russischen Märchen. Dagegen ist Selenskyj in Kiew, er versucht den Menschen nahe zu sein. Gejagt wird er von Tschetschenen und der privaten Söldnertruppe „Wagner“.

Wie bewerten Sie die Kursänderung der deutschen Außenpolitik gegenüber Russland?
Amerika ist weit weg. Europa musste sich zusammenschließen. Ich hoffe, dass die Deutschen ihr historisches Gedächtnis besser hüten und bewahren als wir in Russland. Europa muss angesichts der russischen Bedrohung zusammenrücken. Schwäche kann sich Europa heute nicht mehr leisten. Aber noch einmal – Putin ist nicht Russland.

Ist das Ende des Putin-Regimes absehbar?
Ich bin da pessimistisch. Solange Putin diese Welt nicht ins Jenseits verlässt, werden wir keine Veränderungen in Russland erleben.

Das Interview führte Aschot Manutscharjan II



Dmitry Glukhovsky:
Metro. Die Trilogie. Roman.
Heyne Verlag, München 2019; 1.616 S., 35 €

AUFGEKEHRT

Modisch wird abgerüstet

Den Claim „Pullis gegen Putin“ (eigentlich auf unser Heizverhalten bezogen) nimmt so mancher Spitzenpolitiker gerade sehr wörtlich. Das prominenteste Beispiel ist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Der ehemalige Schauspieler ist sich der Macht des Auftritts bewusst und trägt seit dem Angriff auf sein Land nur noch T-Shirts und Pullover in militärischen Farben. Als oberster Befehlshaber verteidigt er sein Volk im schlammgrünen Zipper vom Präsidentenschreibtisch aus. Ebenfalls leger gekleidet und mit Dreitagebart ließ sich nun der sonst in makellosen Anzügen auftretende französische Präsident ablichten. In seinem prunkvollen Büro im Elysee-Palast saß Emmanuel Macron in Jeans und Kapuzenpullover am Telefon. Am anderen Ende der Leitung soll US-Präsident Joe Biden gewesen sein. Macron setzte bei diesem Auftritt sogar noch einen drauf: Auf dem schwarzen Hoodie prangte das Wappen der französischen Fallschirmjäger-Spezialeinheit „CPA 10“.

Eine solche Hemdsärmeligkeit wird immer dann zur Schau gestellt, wenn Politiker zeigen wollen, dass sie anpacken können, dass sie bereit sind, sich die Hände schmutzig zu machen. Das klappt nicht immer wie gewünscht, oft ist die Inszenierung hinter dem Outfit zu deutlich sichtbar – man erinnere sich an Christian Lindners Wahlkampf 2017: Der Liberale, mal im Unterhemd im Video oder ärmelkrepelnd auf dem Plakat – der Wahlkampf war zwar erfolgreich, aber es wurde auch viel über die Selbstdarstellung geschmunzelt. Und dennoch: Auch wenn ein Kleidungsstück keinen Krieg beenden kann, so ist es zumindest ein Signal, dass kein Platz mehr ist für Eitelkeit und Oberflächlichkeit. Wenn also Pullover jetzt politisch werden, sollte in jedem Staatspalast gelten: „Pullis gegen Putin“. *emu*

VOR 30 JAHREN...

Leiser Besuch und laute Kritik

27.3.1992: Kohl trifft Waldheim. Staatsbesuche laufen ja in der Regel mit einigem offiziellen Zeremoniell ab. Von Begrüßung vor Journalisten bis hin zum Empfang mit militärischen Ehren. Das erste Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) mit dem österreichischen



Laute Kritik: Österreichs Präsidenten Waldheim zu Besuch in Deutschland.

Bundespräsidenten Kurt Waldheim auf deutschem Boden sollte jedoch leise über die Bühne gehen. Allerdings sorgte der Besuch am 27. März 1992 in München für laute Kritik: Der Jüdische Weltkongress (WJC) nannte das Treffen „moralische Dickfeiligkeit“ gegenüber jüdischen Empfindlichkeiten. Von der SPD hieß es, Kohl nehme „wieder einmal außenpolitischen Schaden in Kauf“.

Hintergrund der Kritik war Waldheims Rolle während des Zweiten Weltkriegs. Unter anderem der WJC hatte dem einstigen UNO-Generalsekretär vorgeworfen, als Wehrmachtsoffizier an Kriegsverbrechen in Jugoslawien und Griechenland beteiligt gewesen zu sein, etwa an der Deportation von Juden. Waldheim bestritt die Vorwürfe und erklärte, sich „nicht mehr an Einzelheiten erinnern“ zu können. Dennoch hatte er seit seinem Amtsantritt 1986 nur Einladungen aus islamischen Ländern und dem Vatikan erhalten. 1987 erteilten ihm die USA gar ein Einreiseverbot.

Auch Waldheims Deutschland-Visite war kein offizieller Staatsbesuch: Das Peutingger-Collegium, eine konservative „Gesellschaft zur Förderung des konstitutionellen Staatsgedankens“, ehrte ihn für sein „außerordentliches Lebenswerk“. Ein gemeinsames Essen mit Kohl, von dessen Planung die Öffentlichkeit erst einen Tag zuvor erfahren hatte, wurde als „inoffizieller Arbeitsbesuch“ eingestuft. Kohl wehrte sich gegen Kritik: Er als Kanzler brauche keinen Ratschlag, mit wem er sich treffe. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG »WAS HEISST HIER MINDERHEIT«



Über die vier nationalen Minderheiten in Deutschland informiert seit vergangener Mittwoch eine interaktive Wanderausstellung im Bundestag. Zur Eröffnung der Ausstellung führte Kurator Robert Lorenz die Bundestagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) durch die Ausstellung. © Deutscher Bundestag/Werner Schüring

»Unsere Sprachenvielfalt ist ein Reichtum«

Sie leben seit Jahrhunderten in unserer Mitte, und doch sind ihre Kulturen, Geschichten und Sprachen viele hierzulande unbekannt. Die Rede ist von den autochthonen, also alteingesessenen, nationalen Minderheiten Deutschlands – den Lausitzer Sorben, der dänischen Minderheit, den deutschen Sinti und Roma und der friesischen Volksgruppe – sowie der Sprechergruppe Niederdeutsch. „Welche Geschichte und Geschichten, Sprachen und Lebenswirklichkeiten verbergen sich tatsächlich hinter dem Begriff Minderheit?“, fragt die Vorsitzende des Minderheitenrates Gitte Hougaard-Werner. Und inwiefern könne man Deutsche oder Deutscher sein, aber gleichzeitig auch Dänin, Sinto, Romni, Sorbe oder Friesin? Antworten will die Wanderausstellung „Was heißt hier Minderheit?“ geben, die seit vergangener Woche im Bundestag zu sehen ist. Eine Premiere, denn zum ersten Mal präsentieren sich die fünf Gruppen gemeinsam. Eine Asterix-Ausgabe auf Plattdeutsch und ein ostfriesisches Teeservice. Ein Geburtstagskuchen in Dannebrog-Optik, wie die

dänische Nationalflagge genannt wird, neben neu interpretierter sorbischer Tracht. Es ist eine Entdeckungstour durch die Vielfalt dieses Landes, zu der die interaktive Schau des Minderheitenrates und des Bundesrat für Niederdeutsch einlädt. Für die Augen, die Hände und vor allem für die Ohren. Fünf Stationen geben Einblick in die Lebenswirklichkeiten der Minderheiten und der Sprechergruppe Niederdeutsch. Jede auf ihre ganz eigene Art. Mit eigener Sprache und eigener Form, abgeleitet aus den Kulturen der fünf Gruppen. So etwa das große, gelb-weiße Element in der Mitte der Ausstellung, auf dem in Großbuchstaben „Sinti und Roma“ geschrieben steht und das in seiner Form an eine Mischung aus überdimensioniertem Grammophon und Megafon erinnert. Was zum einen für den Einfluss der Minderheit auf die europäische Klassik steht, zum anderen Sinnbild ist für die politische Rolle der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma nach 1945. Zu jeder Insel gehört eine Audiostation mit Sprachbeiträgen wie der plattdeutschen Bundestagsrede des Abgeordneten Johann Saathoff. „Unsere Sprachenvielfalt ist ein Reichtum“, so Bundestagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen), die die Ausstellung mit einem Video-Grußwort eröffnete. Sie ist überzeugt: „Viele Regionen sind zunehmend stolz auf die lokalen Minderheiten.“ Trotzdem bleibe es eine Herausforderung, ihre Sprachen im Alltag lebendig zu halten. Deshalb sei es wichtig, die Minderheitensprachen in den Schulen zu fördern und an die junge Generation weiterzugeben. „Haben Sie den Mut, auch Plattdeutsch zu sprechen“, wirbt Saathoff – natürlich auf „Platt“. Schließlich sei die Pflege der Sprache auch Pflege der Kultur und Tradition. Deshalb sei die Ausstellung so wichtig, sagt Saathoff: Sie solle Verständnis schaffen und Respekt fördern. Und, sie zeige, dass es die Gesellschaft bereichere, mehr als eine Sprache zu haben. *Irina Steinhauer*

Die Ausstellung kann noch bis zum 8. April nach vorheriger Anmeldung unter bundestag.de von montags bis freitags besucht werden.

LESERPOST

Zur Ausgabe 5-7 vom 31. Januar 2022, „Viele schwierige Fragen“ auf Seite 1: Was haben der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, die Gesundheitsämter, das Robert Koch-Institut und viele der Ministerpräsidenten im Lande eigentlich vor der Pandemie gemacht? Wir Bürger, soviel mir noch bekannt ist, waren jedenfalls für unsere Gesundheit selbst zuständig. Niemand hat uns in dieser Angelegenheit in irgendetwas hineingeredet. Wenn wir krank waren oder uns krank gefühlt haben, so gingen wir zum Arzt (soweit möglich), wir kamen ins Krankenhaus, oder kurierten uns selbst aus. Übrigens wurde auch schon vor der Pandemie gestorben, ohne dass wir jeden Tag von den Medien zu hören bekamen, wie viele Menschen in Deutschland an „irgendetwas“ gestorben sind. Dänemark

und andere Länder machen uns jetzt gerade vor, wie wir diese unsägliche Wartezeit auf die nächste Welle mit einer anschließenden „Wellenreiterei“ sofort beenden könnten! Was macht jedoch unsere „Pandemieverwaltung“? Ja genau das, was sie seit fast zwei Jahren macht. Sie verwaltet diese „anti-Pandemie namens Omikron“ mit allen Mitteln und unter allen Umständen einfach weiter! *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

Zur Ausgabe 8-9 vom 21. Februar 2022, „Grenzen der Solidarität“ auf Seite 6: Als Beleg für den von Clara Bünger (Die Linke) in der Debatte erwähnten Pull-Faktor von Rettungsmissionen vor der nordafrikanischen Küste reicht aus, dass es eine intensive indirekte Kommunikati-

on zwischen Schleppern und Hilfsorganisationen gibt. Dadurch wird die Überfahrt deutlich leichter und die Migranten werden bereits wenige Kilometer vor der nordafrikanischen Küste von europäischen Hilfsorganisationen gerettet. Dadurch sinken die Kosten und steigen die Erfolge sowohl für die Schlepper als auch für die Migranten. Dieser Aspekt stellt unter anderem marktwirtschaftlich betrachtet selbstverständlich einen Pull-Faktor dar. *Sebastian Richter, Berlin*

Zur selben Ausgabe, „Widerspruch gehört dazu“ auf Seite und 5: Die Philosophie von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier führt noch nicht weit genug. Schließlich besteht eine ent-

scheidende Achillesferse beim Umgang mit einer Pandemie ebenfalls darin, was schon die Spanische Grippe 1918 gezeigt hat. Dass sie nämlich gerade die ärmeren Bevölkerungsschichten häufig im besonderen Maße sowohl bei den Infektionszahlen als auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht trifft. Deshalb bedarf es hier in jedem Fall politischer Antworten, die weit über medizinische Aspekte sowie dem Anhören von Meinungen Andersdenkender hinausgehen müssen, wenn das solidarische Gemeinwesen gestärkt und nicht geschwächt aus dieser Krise gehen soll! *Rasmus Helt, Hamburg*

Zur Ausgabe 10-11 vom 7. März 2022, „Anständig zu sein, heißt Angst zu haben“ auf Seite 3: Solange die Soldaten des russischen Präsidenten Wladimir Putin das machen, was er von ihnen abverlangt, solange kann und wird es keinen Frieden in der Ukraine geben können. Ich denke sogar, dass es mit Putin an der Macht überhaupt nie einen Friedensvertrag mit dem Nachbarland geben wird. Ohne Putin könnte ich mir das eher vorstellen. Friedensverhandlungen mit diesem Präsidenten sind daher für mich unvorstellbar. Wer sollte denn mit so einem Menschen verhandeln wollen, und was sollte dabei eigentlich ausgehandelt werden? *Riggi Schwarz, Büchenbach*

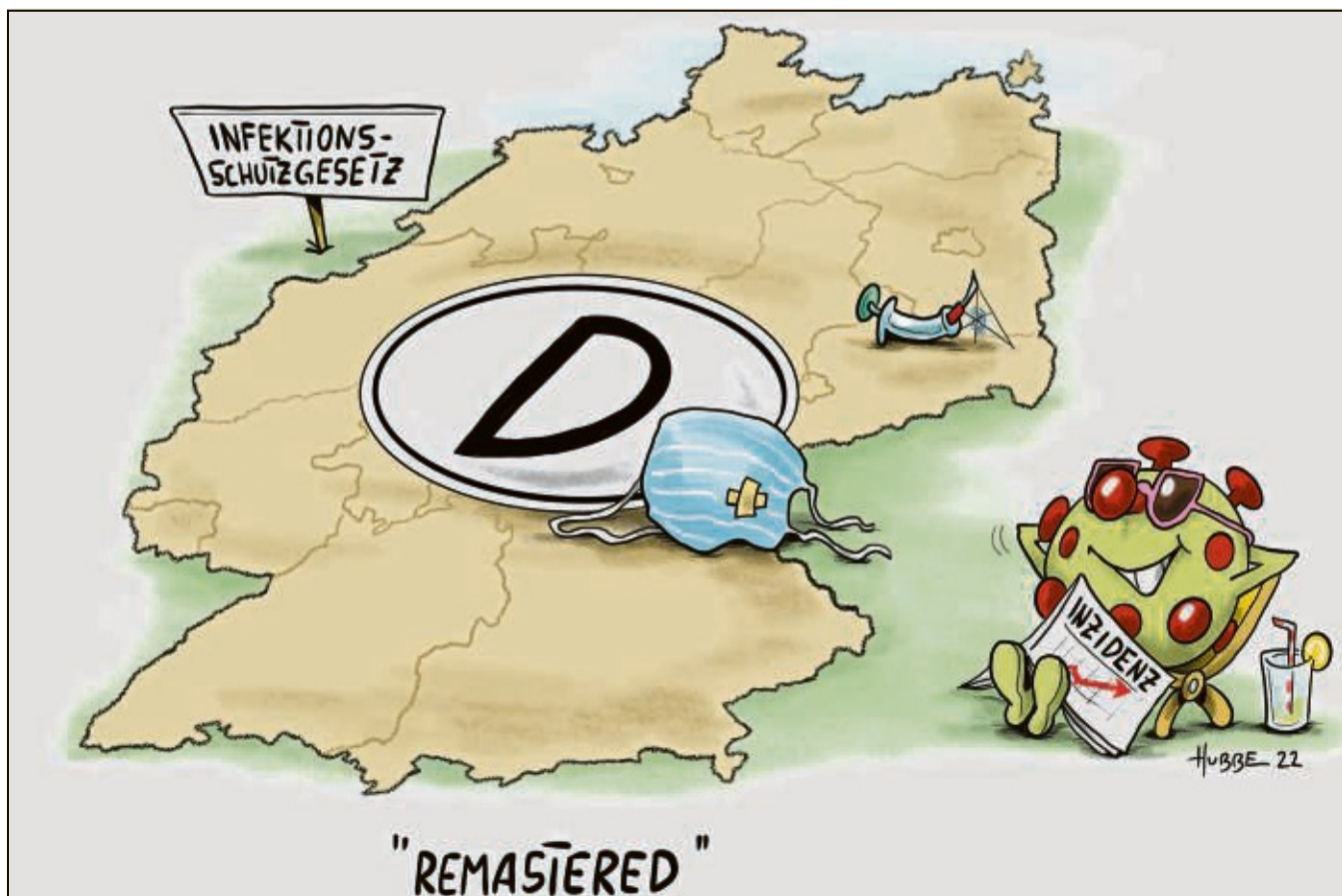
Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 28. März.

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Jelena Hoffmann
Bundestagsabgeordnete 1994-2005, SPD

Am 22. März wird Jelena Hoffmann 75 Jahre alt. Die Diplom-Ingenieurin aus Chemnitz schloss sich 1991 der SPD an und war stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbstständige (AGS) ihrer Partei. Im Bundestag engagierte sich Hoffmann, die 2004/05 dem Vorstand ihrer Fraktion angehörte, im Wirtschaftsausschuss, im Tourismusausschuss und zuletzt im Auswärtigen Ausschuss. Von 2003 bis 2005 war sie Vorsitzende der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe. Im Juli 2005 hatte sie im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auflösung des Bundestags Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Diese wurde jedoch als unbegründet abgewiesen. 2008 trat sie aus der SPD aus.

>Johannes Nitsch
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Am 24. März vollendet Johannes Nitsch sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Ingenieur aus Dresden trat 1989 der CDU in der DDR bei und gehörte 1989/90 dem dortigen Parteivorstand an. 1990 war Nitsch Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und stellvertretender Vorsitzender der CDU/DA-Fraktion. Der Direktkandidat des Wahlkreises Dresden II war von 1991 bis 1994 stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion. Von 1994 bis 1998 fungierte der Jubilar als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr.

>Hermann Oetting
Bundestagsabgeordneter 1971-1976, SPD

Hermann Oetting begeht am 27. März seinen 85. Geburtstag. Der promovierter Ingenieur aus Braunschweig schloss sich 1960 der SPD an. Er amtierte als Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Braunschweig und gehörte dem SPD-Landesvorstand in Niedersachsen an. Von 1968 bis 1971 war der Jubilar Ratsherr in Braunschweig. Im Bundestag arbeitete Oetting im Verkehrs- sowie im Finanzausschuss mit.

>Detlev von Larcher
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Detlev von Larcher vollendet am 30. März sein 85. Lebensjahr. Der Dipl.-Sozialwirt aus Weyhe/Kreis Diepholz trat 1969 der SPD bei und stand längere Zeit an der Spitze des Unterbezirks Diepholz. Zudem gehörte er dem SPD-Parteirat an und war Vorsitzender der Arbeitsgruppe innerparteiliche Bildungsarbeit beim Parteivorstand. Von Larcher, Sprecher des linken SPD-Flügels, wirkte im Bundestag im Finanzausschuss mit. Seit 2000 engagierte er sich in der globalisierungskritischen Bewegung Attac. Nach einem Aufruf zur Wahl der „Linken“ 2007 wurde er im Jahr darauf aus der SPD ausgeschlossen.

>Marita Wagner
Bundestagsabgeordnete 1985-1987, Die Grünen

Am 31. März wird Marita Wagner 70 Jahre alt. Die Physiotherapeutin aus Gronau/Westf. engagierte sich seit 1978 in der Anti-Atom-Bewegung. 1979 zählte Wagner zu den Mitbegründern der „Grünen“ im Kreis Borken und gehörte bis 1982 dem dortigen Kreisvorstand an. 2006 trat die Jubilarin dann der „Linken“ bei und ist aktuell Mitglied des Kreisvorstands. Von 1989 von 1994 war Wagner Ratsfrau in Gronau. Im Stadtrat sitzt sie wieder seit 2010 und amtiert als Fraktionsvorsitzende. Im Bundestag wirkte sie im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit mit. *bmh*

Übersicht zum Ukraine-Krieg

INFORMATION Der Onlinedienst des Bundestages hat eine Übersichtsseite zum Krieg in der Ukraine erstellt. Auf bundestag.de finden Interessierte die gebündelte Berichterstattung des Deutschen Bundestages zum Konflikt.

Neben der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Olaf Scholz, sind dort die Videoaufzeichnungen relevanter Plenardebatten und Interviews zu finden, sowie alle Meldungen aus dem Newsletter „heute im bundestag“, die sich mit dem Krieg und seinen Folgen befassen. Zusätzlich bietet die Seite auch Hintergrundinformationen und Archivmaterialien an, wie die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom dem Deutschen Bundestag aus dem Jahr 2001. Die Übersichtsseite wird fortlaufend aktualisiert. *des*

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 22. – 25.03.2022

Haushaltswoche (Di-Fr), Allgemeine Finanzdebatte (Di)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Heike Baehrens, SPD:

Gehen Sie mit uns den Weg der Vernunft und der Vorsorge



Heike Baehrens (*1955)
Landesliste Baden-Württemberg

Stellen Sie sich vor, wir hätten heute bereits eine Impfquote von 90 Prozent! Dann steckten wir nicht fest in der größten Infektionswelle seit Beginn der Pandemie. Deutschland hat europaweit die höchste

Inzidenz. Einzelne Krankenhäuser müssen wieder Operationen verschieben – höchste Anspannung und Belastung für das Personal. Was für ein Trauerspiel! Wieder und wieder müssen wir erkennen: Das Virus ist nicht berechenbar. Es reicht eben nicht aus, nur auf die aktuelle Situation zu reagieren. Wir müssen grundlegend die Voraussetzung dafür schaffen, dass wir nicht noch einmal von einer weiteren Infektionswelle überrollt werden.

Darum setze ich mich gemeinsam mit 236 Kolleginnen und Kollegen aus vier Fraktionen für eine allgemeine Impfpflicht für alle Erwachsenen in Deutschland ein. Wir wollen unsere Gesellschaft und unser Gesundheitswesen vor Überlastung

schützen. Dazu müssen wir eine hohe Grundimmunisierung aufbauen. Wir wissen seit Langem und können dies in anderen Ländern sehen: Je mehr Menschen durch Impfung vor einer Coronainfektion geschützt sind, umso weniger Menschen erkranken schwer, umso schneller können wir zu einem gesellschaftlichen Leben ohne Freiheitseinschränkende Schutzmaßnahmen zurückkehren. Danach sehnen wir uns alle. Das ist dringend nötig für unsere Kinder und Jugendlichen, für unsere Wirtschaft, für alle, die Tag und Nacht um das Leben von schwer

Um vor die Welle zu kommen, müssen wir eine hohe Impfquote bis zum Herbst erreicht haben.

erkrankten Menschen ringen und sich auch um Pflegebedürftige kümmern. Um vor die Welle zu kommen, müssen wir eine hohe Impfquote bis zum Herbst erreicht haben: durch Information, Aufklärung, Beratung und eben auch eine Impfnachweispflicht, die auch kontrolliert wird.

Unser Gesetzentwurf ist gut begründet und solide ausgestaltet. Mit ihm werden wir hier und heute dafür, gemeinsam diesen echten Weg der Vorsorge zu beschreiten. Ich wende mich an alle verantwortungsbewussten Demokratinnen und Demokraten im Deutschen Bundestag, an die Nachdenklichen und die Unentschlossenen, an die, denen es wichtig ist, die Impfskeptiker noch besser zu beraten, zu informieren und zu überzeugen, an die, die ernsthaft für den Herbst vorsorgen wollen, weil sie das

Gemeinwohl im Blick haben: Lassen Sie uns gemeinsam den Konsens suchen für einen nachhaltigen Weg, diese Pandemie unter Kontrolle zu bringen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wenn Sie Ihren Antrag zur Impfvorsorge nicht heute, sondern vor vier Monaten eingebracht hätten, dann müssten Sie heute im Angesicht der aktuellen dramatischen Infektionslage zu der Erkenntnis kommen: Es braucht den Impfmehrwert, wie Sie es nennen, jetzt. Denn nur dann werden diejenigen, die heute noch nicht geimpft sind, die notwendige Grundimmunität bis zum Herbst erreicht haben. Darum warten Sie bitte nicht länger ab. Sehen Sie der Realität ins Auge. Gehen Sie mit uns den Weg der Vernunft und der Vorsorge, die unserem Gemeinwohl dienen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und der Abg. Kathrin Vogler (DIE LINKE))

Sepp Müller, CDU:

Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Impfpflicht tot



Sepp Müller (*1989)
Wahlkreis Dessau – Wittenberg

Wir stehen noch alle unter dem tiefen Eindruck der heutigen Rede des Staatspräsidenten Selenskyj aus der Ukraine. Er sprach von einer Mauer. Liebe Ampelparteien, anscheinend haben Sie eine Mauer im Kopf, wenn wir nach dieser Rede im Bundestag eine Debatte über die Impfpflicht in Deutschland füh-

ren. Das geht gar nicht. Menschen sterben, Bomben fliegen auf Theater, wo Kinder Schutz suchen, und wir führen in diesem Haus eine Debatte zur Impfpflicht. Es wäre das Mindeste gewesen, wenn der Bundeskanzler, der Gott sei Dank heute da ist, dazu eine Regierungserklärung abgegeben hätte. Ohne Anstand, ohne Würde und ohne Respekt dem Staatspräsidenten gegenüber das von ihm Gesagte stehen zu lassen, ohne eine Antwort zu geben, das ist diesem Parlament, geschätzte Frau Präsidentin, unwürdig.

Wenn wir uns die Situation in der Ukraine anschauen, dann ist das nicht nur bedrückend, sondern für uns alle auch schwer in

Worte zu fassen. Vielleicht gibt es auch diese Sprachlosigkeit der Ampel, weil Sie in vielen Punkten keine Mehrheit haben. Ein Kollege sprach es an: Wie wird denn die Ausgestaltung des Sondervermögens von 100 Milliarden Euro aussehen? Wie ist Ihre Meinung? Die Kollegin von den Grünen sprach von Parteipolitik. Wenn ich lese, dass die Grüne Jugend in Berlin in sozialen Medien schreibt, für 100 Milliarden Euro könnte man 20 Milliarden Hamster kaufen, dann ist das unwürdig und Parteipolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Schauen wir uns diese Ampel an: Sie hat nicht nur bei diesen großen staatspolitischen Herausforderungen keine Mehrheit,

Es gibt keine Mehrheit in diesem Haus für eine allgemeine Impfpflicht ab 18.

sondern auch bei der Debatte, die der Bundeskanzler gewünscht hat, nämlich zum Thema Impfpflicht. Man muss doch ganz deutlich sagen: Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Impfpflicht tot. Es gibt keine Mehrheit in diesem Haus für eine allgemeine Impfpflicht ab 18.

Wir als Unionsfraktion, die während der Orientierungsdebatte, von Gesundheitsminister Professor Lauterbach per Tweet beschimpft wurden, während unsere Redner hier vorne standen, – wir würden das parteipolitisch ausschlagen –, wir haben uns Gedanken gemacht, mit Expertinnen und Experten gesprochen und einen Vorschlag gemacht, der eint und nicht, wie Ihre Vorschläge, dieses Parlament trennt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben mit 197 Abgeordneten einen Antrag eingebracht, der mehrheitsfähig ist. Bitte schließen Sie sich dem an. Wir wollen drei Dinge: erstens ein Impfgister, damit wir überhaupt wissen, wer geimpft ist, und so eine Impfkampagne auf den Weg bringen können, zweitens einen 14-tägigen Bericht der Bundesregierung, insbesondere des Gesundheitsministers, damit er das

nicht immer bei „Anne Will“ erklären muss, sondern auch mal dem Parlament erklären kann, und drittens einen Vorsorgemechanismus. Danach würden wir, wenn man in einem dieser Papiere zu dem Entschluss kommt, dass eine tödliche Variante da ist, so tödlich wie Delta und so ansteckend wie Omikron, mit einem Mechanismus eine Impfpflicht nach Alterskohorten scharfschalten. Das ist ein einigender Vorschlag; er liegt auf dem Tisch. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Dürr (FDP): Was ist jetzt genau die Meinung der Union?)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehen als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Dr. Alice Weidel, AfD:

Eine allgemeine Impfpflicht verletzt zentrale Grundrechte



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Die vorliegenden Vorschläge für eine Impfpflicht in verschiedenen Spielarten sind das Produkt von verborbener Besessenheit und ignoranter Tatsachenverweigerung. Deutschland steht mit dieser absurden und anachronistischen Debatte wieder einmal als europäischer Sonderling da. Selbst unsere Nachbarn in Österreich haben das Vorhaben „Impfpflicht“ vorerst ausgesetzt.

Die Impfpflicht ist auf falschen Tatsachenbehauptungen aufgebaut. Dass eine Impfung andere wirksam vor Ansteckung schützt und die Ausbreitung des Virus dämpft, sind Fake News. Sie sind falsch. Das muss sogar das Robert-Koch-Institut zugeben. Der versprochene Schutz vor schweren

Verläufen ist ebenfalls fragwürdig angesichts des wachsenden Anteils von Geimpften und Geboosterten auf den Intensivstationen. Eine das Gesundheitssystem gefährdende Überlastung der Krankenhäuser gab es nie, gibt es nicht, und sie droht auch nicht. Das hat im Übrigen der Gesundheitsminister unfreiwillig zugeben müssen.

Eine Impfpflicht ist auch nicht erforderlich, um Lockdowns im Herbst zu verhindern. Lockdowns verhindert man, indem die Regierung keine verhängt. So einfach ist das. Die Nutzlosigkeit und Schädlichkeit von Lockdowns sollte sich inzwischen herumgesprochen haben. Dagegen aber sind die potenziellen Nebenwirkungen der mRNA- und Vektorimpfstoffen weitaus schwerer und weiter verbreitet als ursprünglich behauptet. Wann wird darüber eigentlich mal in diesem Hause gesprochen?

Die Argumente für eine Impfpflicht waren von Anfang an schwach, und sie sind inzwischen auch wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Es gibt keine

legitime und verfassungsrechtlich zulässige Rechtfertigung für die Einführung einer Impfpflicht gegen Covid-19, egal ob als Impfpflicht ab 18, ab 50, als Impfpflicht auf Vorrat oder einrichtungsbezogen. Eine allgemeine Impfpflicht verletzt zentrale Grundrechte: die Menschenwürde, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und das Recht auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Verhältnismäßigkeit, die einen derart schweren Grundrechtseingriff legitimieren würde, ist nicht gegeben. Die Impfpflicht ist nicht geeignet, um

die angestrebten Ziele zu erreichen. Sie ist auch nicht erforderlich, da es andere und viel mildere Therapien und Maßnahmen gibt, und sie ist nicht angemessen. Dem Staat ist nicht erlaubt, Leben und Gesundheit einiger Bürger zu gefährden, um andere Bürger zu schützen.

Die Begründung, eine Impfpflicht sei notwendig, um eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern, ist nicht nur falsch; sie ist gefährlich. Nach dieser Pseudologik könnte man

Die Impfpflicht ist auf falschen Tatsachenbehauptungen aufgebaut.



Der Plenarsaal während der Debatte

©picture alliance / photothek | Felix Zahn

Menschen künftig alle möglichen Behandlungen aufnötigen, von der Pflichtmedikation von Bluthochdruckgefährdeten bis hin zur Zwangsdiät für Übergewichtige. Zur Begründung reicht ein politisch selbst hergestellter Kapazitätsengpass. – Ich hoffe, Sie merken selbst, wie absurd das ist.

Die Impfpflicht ist ein Akt der Entrechtung. Sie erniedrigt Millionen Menschen von souveränen, mit Freiheits- und Abwehrrechten ausgestatteten Individuen zu Befehlsempfängern und Objekten staatlicher Willkür. Sie treibt Millionen Menschen in Gewissenskonflikte und existenzielle Nöte.

Sehr geehrten Kollegen von Regierungsfractionen und Union,

die Sie einen der vorliegenden Impfpflichtvorschläge unterstützen: Sie reiten ein totes Pferd. Bitte steigen Sie ab. Ziehen Sie diese Vorlagen zurück, und lassen Sie uns gemeinsam den Irrweg der einrichtungsbezogenen Pflegeimpfpflicht so schnell wie möglich beenden. So schnell wie möglich! Wir können es uns in diesen schweren Zeiten nicht leisten, aus Starrsinn und Rechthaberei die Gesellschaft mit einer Impfpflicht noch weiter zu spalten, – für die es weder medizinisch noch rechtlich eine Begründung gibt.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Manuel Höferlin, FDP:

Es gibt keinen rechtlichen Raum für staatliche Bevormundung



Manuel Höferlin (*1973)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Wer eine Impfpflicht einführen will, der muss erklären, wozu diese genau führen soll. Die Fragen, die sich mir stellen, sind: Schaffen wir mit der Impfung eine Herdenim-

munität? – Die Antwort ist Nein. Schützt die Impfung sicher vor Ansteckung? – Nein. Schützt die Impfung vor Ansteckung anderer? – Nein. Verhindern wir mit der Impfpflicht eine Infektionswelle im kommenden Herbst? – Die Antwort ist Nein.

Keine Frage, meine Damen und Herren: Die Impfung schützt mich wahrscheinlich vor einem schweren Verlauf und ziemlich sicher vor dem Tod. Deswegen habe ich mich auch impfen und boostern lassen. Meine Familie hat das gemacht, und ich empfehle jedem mit Nachdruck, das zu machen und dafür zu werben. Daraus resultiert aber nicht die Pflicht zu einer Impfung. Diese Pflicht einzuführen, ohne eine Antwort auf die Frage zu finden, ob nicht die mil-

dere Omikron-Variante dazu führt, andere Bewertungsmaßstäbe anzulegen, halte ich für problematisch.

Mittlerweile haben sich die Infektionszahlen auch von der Zahl der Krankenhausbehandlungen, der Belegung auf den Intensivstationen abgekoppelt. Und die Prognosen mancher, dass die Intensivstationen nun volllaufen bzw. dass sie es nicht tun, wenn wir jetzt eine Impfpflicht einführen, entbehren jeder Grundlage. Keine europäische Demokratie hat aktuell die Pflicht zur Impfung. Selbst Österreich hat sie gerade wieder außer Vollzug gesetzt mit der nachvollziehbaren Begründung, unter der Omikron-Variante ergebe sie keinen Sinn mehr.

Ja, wir müssen die vulnerablen

Gruppen schützen, aber nicht vor sich selbst. Die Behauptung, für deren Schutz brauche es eine Impfpflicht, trägt nicht. Diejenigen, die bis jetzt nicht geimpft sind, wollen sich wahrscheinlich nicht impfen lassen. Vielleicht tragen sie auch lieber eine Maske, um sich zu schützen. Das ist ihre Entscheidung, und übrigens ist es auch ihr gutes Recht, das zu tun.

Nach zwei Jahren Pandemie sollten wir den Menschen wieder eigene Entscheidungen zutrauen. Für staatliche Bevormundung ist weder Zeit noch rechtlicher Raum, und unsere Verfassung, meine Damen und Herren, sieht das schlicht nicht vor. Statt Zwang wäre Einsicht das Gebot der Stunde. Die angekündigten Impfkampagnen wurden mit viel Geld finanziert und sind entweder verpufft oder warten noch auf ihre Umsetzung. Dazu machen wir in unserem Antrag kon-

krete Vorschläge.

Lassen Sie mich noch einmal klarstellen: Die Entscheidung über die eigene Gesundheit und das eigene Leben liegt am Ende immer noch bei jedem selbst. In der Verantwortung von uns im Deutschen Bundestag liegt es hingegen, bei anderen Erkenntnissen auch

andere Wege zu gehen. Was im letzten Herbst noch gegolten hat, ist nach der heutigen Erkenntnislage vielleicht anders. Deshalb lassen Sie uns heute und im weiteren Verlauf offen und ehrlich diskutieren, nicht nur darüber,

was als nötig empfunden wird, sondern auch über das, was Bürgerinnen und Bürgern wirklich hilft und was rechtlich möglich ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ja, wir müssen die vulnerablen Gruppen schützen, aber nicht vor sich selbst.

Dr. Robert Habeck, Bündnis 90/Die Grünen:

Bringen wir diese Pandemie endlich hinter uns



Robert Habeck (*1969)
Wahlkreis Flensburg – Schleswig

Ich rede also zur allgemeinen Impfpflicht ab 18, und ich will dies auch gleich begründen. Zuvor würde ich gerne eine Anmerkung machen. Dass wir hier diskutieren und uns dafür entschieden haben, den Weg der Gruppenanträge zu gehen, ent-

bindet uns natürlich nicht von der Pflicht, eine Lösung zu finden. Am Ende wäre es das Schlimmste, wenn es keine Lösung geben würde. Ja, es ist eine moralisch komplexe Abwägung, die wir jetzt alle vornehmen müssen. Aber ich will ausdrücklich sagen: Die individuelle Gewissensentscheidung kann nicht dazu führen, dass wir der Verantwortung zum Wohle der Menschen in diesem Lande nicht gerecht werden.

Es wurde sich eben kurz darüber ausgetauscht, ob man eine Debatte zur Ukraine hätte führen sollen oder nicht. Hätte man diese Debatte geführt, hätte man überhaupt Debatten über Krisen geführt, gäbe es einen Übergang zu dieser Debatte, nämlich die Frage – und das ist die Frage, die beantwortet werden muss -: Tun

wir alles, um Vorsorge zu treffen? Die Vorsorgefrage ist die Frage, wie wir mit Krisen umgehen, und Vorsorge bedeutet Denken in Eventualitäten: Was kann alles noch passieren? Nicht der Status quo, nicht die Omikron-Variante stehen im Mittelpunkt der Debatte, sondern die Frage: Tun wir alles dafür, dieses Land und seine Menschen vor weiteren großen Freiheitseinschränkungen zu schützen?

Wenn man sich klarmacht, worum es eigentlich geht, dann muss man Folgendes feststellen:

Erstens. Das Virus ist tückischer, fieser und mutantereicher, als wir es uns vor zwei oder drei Jahren überhaupt haben träumen lassen.

Zweitens. Menschen sind aus guten oder schlechten Gründen widerwilliger, sich vor diesem

Virus zu schützen, und damit bekommen wir keinen Grundschutz in der Gesellschaft.

Drittens. Die Freiheitsabwägung bzw. Freiheitsinterpretation der wenigen darf nicht zur permanenten Freiheitseinschränkung der vielen führen. Das kann nicht der Deal sein.

Wir stimmen also darüber ab, ob wir am Ende wieder in ein Regime einkehren wollen, das das kulturelle Leben zum Erlahmen bringt, das Kinder und Menschen, die es nicht so dicke haben, in die Isolation zwingt. Wir stimmen darüber ab, ob am Ende wieder massive Freiheitseinsbußen und Untersagung des öffentlichen Lebens bzw. des wirtschaftlichen Lebens einkehren. Das müssen wir doch mal durchbrechen, das müssen wir verhindern. Darum geht es doch im Kern.

Ich würde gerne an dieser Stelle sagen: Wir haben es satt. Die Menschen in diesem Land ha-

ben es satt. Bringen wir diese Pandemie endlich hinter uns! Erledigen wir das Virus, und kehren wir dann zur Freiheit zurück. – Ja, es wäre besser gewesen, die Menschen hätten sich freiwillig in großer Zahl impfen lassen. Das wäre natürlich die bessere Lösung gewesen. Aber

das sie es nicht getan haben, entbindet dieses Haus und uns alle nicht von der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass wir wieder ein freies Leben in Deutschland führen können und nicht nur mit Einschränkungen leben. Stimmen Sie deswegen für einen Antrag, der die Herdenimmunität in Deutschland hoch hält, damit wir das Virus besiegen können.

Danke schön.

Am Ende wäre es das Schlimmste, wenn es keine Lösung geben würde.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Prof. Dr. Andrew Ullmann, FDP:

Eine Impfpflicht darf nur eine Ultima Ratio sein



Andrew Ullmann (*1963)
Landesliste Bayern

Mehrheitlich sind wir uns in diesem Parlament ja einig: Wir wollen das Gesundheitssystem vor Überlastung schützen. Vor dieser Überlastung können wir nur schützen, indem wir die Krankheitslast reduzieren, und eine Krankheitslast wird nur dann reduziert, wenn wir eine gewisse Grundimmunisierung in unserer Bevölkerung haben. Sie ist das Fundament, das wir brauchen.

Unser Weg ist aber ein anderer. Ein Ziel ist relativ klar ausgesprochen; aber unser Weg des Gesetzentwurfes sagt klar: Wir trauen den Menschen zu, eine

richtige Entscheidung zu treffen. Doch um diese richtige Entscheidung zu treffen, bedarf es einer professionellen, guten Aufklärung. Deshalb setzen wir uns hier auch dafür ein, eine verpflichtende Aufklärung auf den Weg zu bringen, damit die Menschen eine gute Entscheidung treffen können, damit sie weniger Ängste und Unsicherheiten haben. Diese verpflichtende Beratung, meine Damen und Herren, ist ein milderes Mittel im Vergleich zu einer Impfpflicht. Eine Impfpflicht darf nur eine Ultima Ratio sein; es geht nicht um ihre sofortige Umsetzung in dieser Situation.

Wir wollen die Impflücken schließen, vor allem die Impflücke der vulnerablen Personen, und das bis zum Herbst. Denn ein Ziel sollte uns einen: Wir müssen die vulnerablen Menschen vor Krankenhausaufenthalten durch Covid-19, wie wir sie letztes und vorletztes Jahr erlebt haben, schützen.

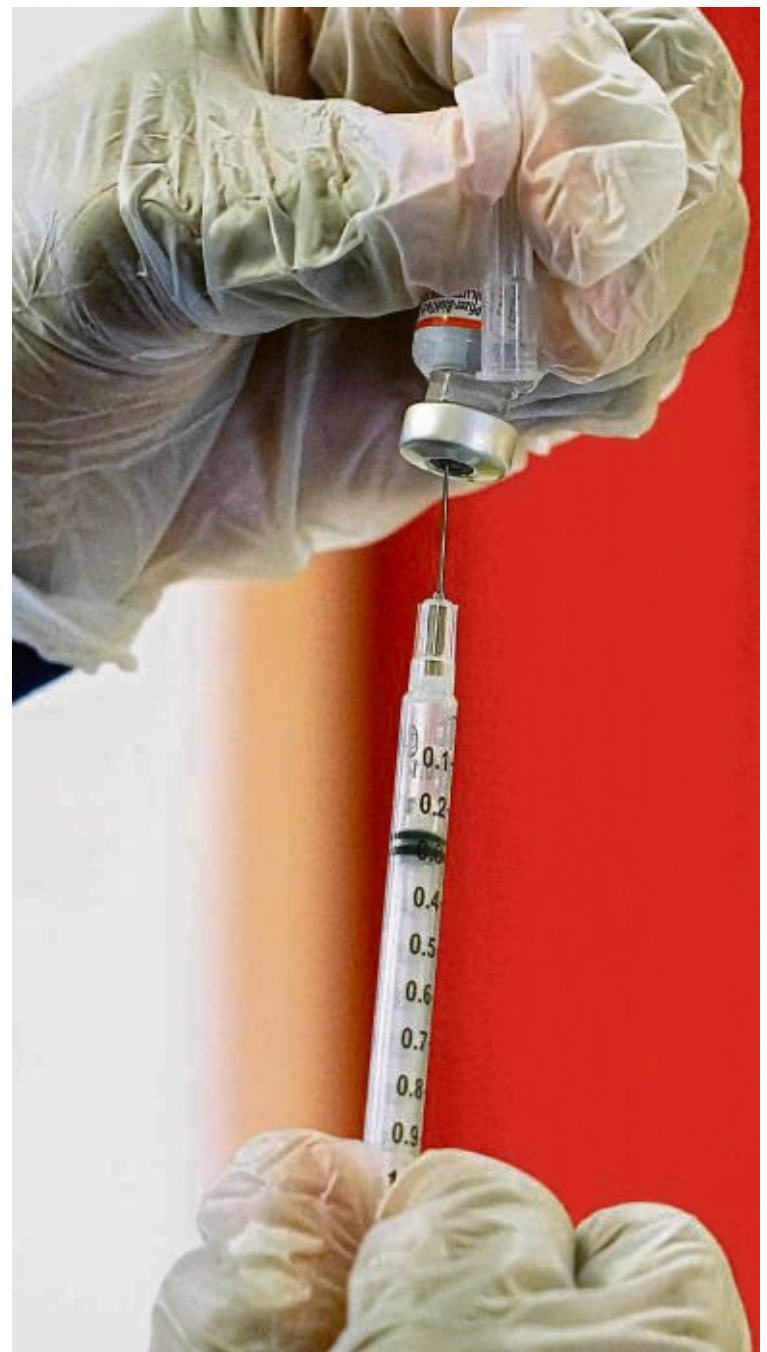
Dieses Gesetz würde gut in ein Gesamtkonzept der Pandemiebekämpfung hineinpassen. Unser Gesetzentwurf baut Brücken zu den anderen Vorschlägen, die hier im Bundestag vorgelegt wurden. Wir wollen – und ich lade alle Demokraten in diesem Parlament ein, daran mitzuarbeiten – eine Lösung für unser Land finden, damit wir dieses

Wir trauen den Menschen zu, eine richtige Entscheidung zu treffen.

Jahr Weihnachten mit unseren Lieben, mit unseren Freunden feiern können, wie wir es gewohnt sind. Wir haben es heute in der Hand. Wenn wir nicht heute etwas ändern, dann sind wir verloren und werden wieder ein Weihnachten haben, wie wir es die letzten zwei Jahre erlebt haben. Das wollen wir verhindern. Deshalb bitte ich um Zusammenarbeit und spätere Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Pflicht oder freiwillig: Die Impfung gegen den Corona-Virus sorgt für hitzige Diskussionen im Land.

© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Rogelio V. Solis

Tino Sorge, CDU:

Es geht bei diesem Thema nicht um pauschale Lösungen



Tino Sorge (*1975)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Habeck, Sie haben vollkommen recht. Wir hätten hier im Plenum schon viel, viel früher über dieses Thema debattieren müssen. Dass wir das nicht getan haben, dass wir nicht früher darüber debattiert haben, das lag an Bundeskanzler Scholz und an Bundesgesundheitsminister Lauterbach, die noch Ende letzten Jahres vollmundig bekundet haben, sie seien für eine allgemeine Impfpflicht, aber nicht die Kraft besessen haben, hier in diesem Hohen Haus einen

kompromissfähigen Antrag einzubringen. Genau das ist das Problem. Und deshalb haben wir jetzt die Situation, wie wir sie haben.

Sie haben den Weg der Gruppenanträge gewählt – dieser ist mit unsicheren Mehrheiten verbunden und sehr langsam – und wissen letztendlich nicht, wie die ganze Sache ausgeht. Wenn jetzt immer argumentiert wird, wir müssten alle an einem Strang ziehen, dann erklären Sie doch mal, wie dieser Strang aussieht.

Wir haben hier als einzige Fraktion gesagt: Wir unterbreiten einen Kompromissvorschlag. Wir sind fast 200 Kolleginnen und Kollegen in der Unionsfraktion, und wir haben genau das getan, was die Aufgabe der Ampel gewesen wäre, nämlich einen Kompromissvorschlag für dieses komplexe Thema zu unterbreiten. Ich habe in den letzten Tagen immer wie-

der gehört, es wäre ja schön, wenn man sich hier im Hohen Hause einigen würde, wenn man einen Kompromiss finden würde. Ich sage Ihnen ganz klar: Dieser Kompromiss liegt seit Wochen auf dem Tisch. Als Kompromiss sieht der Antrag unserer Fraktion einen Impfvorsorgemechanismus vor, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Es geht bei diesem Thema nicht um pauschale Lösungen. Wir haben ein sehr komplexes Problem. Wir haben geänderte Rahmenbedingungen.

Wir haben mit der Omikron-Variante höhere Infektionszahlen, aber viel, viel mildere Verläufe.

Wir haben mit der Omikron-Variante höhere Infektionszahlen, aber viel, viel mildere Verläufe. Deshalb wäre es völlig falsch, mit einer pauschalen Lösung, wie hier suggeriert wird, das Problem lösen zu wollen. Alle sollen sich impfen lassen, impfen ist gut – ja, aber alle Menschen zu zwingen, sich impfen zu lassen, wird nicht dazu führen, dass wir

das Problem lösen.

Erster Punkt. In dem Gesetzentwurf, nach dem eine Impfpflicht für alle vorgesehen ist, wird nicht differenziert. Deshalb haben wir als Unionsfraktion gesagt: Wir brauchen einen Impfvorsorgemechanismus. Das heißt, wir schauen uns an, ob wir überhaupt eine ordentliche Datengrundlage haben. Genau das ist doch das Kernproblem. Wir reden seit über zwei Jahren darüber, dass wir die Menschen zum Impfen animieren wollen, aber wir wissen gar nicht, wer geimpft ist. Deshalb ist die klare Forderung in diesem Antrag, ein Impfregister einzuführen, damit wir erst einmal die entsprechende Datengrundlage haben, um die Pandemie bekämpfen zu können.

Zweiter Punkt. Es bringt doch nichts, jetzt zu sagen, alle sollten sich impfen lassen. Natürlich helfen uns Impfungen. Jeder kann individuell entscheiden. Impfungen führen dazu, dass man keinen schweren Verlauf hat. Aber die Impfung mit den jetzigen Impfstoffen gibt uns doch nicht die Gewähr, dass wir im Herbst bei einer Variante, die wir momentan überhaupt noch nicht kennen, mit einem Impfstoff, den wir momentan überhaupt noch nicht haben, aus dieser Dauerschleife herauskommen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es um Differenzierung, und genau das tun wir in unserem Antrag.

In unserem Antrag nehmen wir die notwendige Differenzierung vor. Wir sagen erstens: Wir brauchen die Impfinfrastruktur. Sie wird vorgehalten. Und wenn sich die Lage verschlechtert, können wir diese schnell wieder hochfahren. Gleichzeitig sagen wir aber: Wir müssen wissenschaftlich evaluiert, wissenschaftlich determiniert sagen können, welche Gruppen es betrifft. Wer hat ein hohes Risiko? Können wir diese Gruppen damit schützen? Haben wir ein geeignetes Mittel? Als letzten Punkt sagen wir: Dieses Mittel muss verhältnismäßig sein. Eine Verhältnismäßigkeit ist nur dann gegeben, wenn wir damit auch das Ziel, das wir erreichen wollen, nämlich den Schutz der Bevölkerung, erreichen können. Stimmen Sie unserem Impfvorsorgemechanismus zu. Das ist der einzige sinnvolle Kompromiss und gangbare Weg. Tun Sie das nicht ab mit Parteipolitik, wie es der Minister immer wieder macht. Wenn es Parteipolitik ist, dass wir als Opposition Vorschläge unterbreiten oder die Regierung kritisieren, empfinde ich das als Kompliment.

Vielen Dank für den konstruktiven Hinweis. Ich bin am Ende meiner Rede.

Danke für die Aufmerksamkeit. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Martin Sichert, AfD:

Nein zur Impfpflicht und Nein zur Coronawillkür



Martin Sichert (*1980)
Landesliste Bayern

Weil meine Tochter Kontakt mit einem positiv getesteten Kind hatte, forderte mich das Gesundheitsamt auf, ich solle – Zitat – möglichst innerhalb des Haushalts getrennte Räume nutzen und gemeinsame Mahlzeiten vermeiden, und das bei einer Zweijährigen. Das, meine Damen und Herren, ist staatliche Aufforderung zur Kindesmisshandlung. So weit konnte es nur

kommen, weil man die Maßnahmen von der Realität, von Daten, Fakten und echtem Gesundheitsschutz völlig entkoppelt hat.

Laut Daten der Betriebskrankenkassen gab es bis August mehr Arbeitsunfähigkeitstage wegen Impfnebenwirkungen als nach einem positiven Coronatest. Diese Impfung, meine Damen und Herren, ist eindeutig nicht sicher.

Der Kölner Karneval bei 2 G Plus war ein Superspreadingevent. Das beweist, dass die Impfung keinen ausreichenden Fremdschutz bietet. Auch der Eigenschutz funktioniert nicht. Es sind mehr Coronaintensivpatienten geboostert als ungeimpft. Eine Impfpflicht ohne ausreichende Sicherheit oder Wirksamkeit des Impfstoffes ist nur eines: eindeutig verfassungswidrig.

Auch gesundheitspolitisch gibt es keine Grundlage für eine Impfpflicht. In den letzten beiden Jahren waren jeweils zweieinhalb Millionen Patienten weniger in

den Krankenhäusern als 2019. Auch auf den Intensivstationen liegen seit Monaten deutlich weniger Menschen als im Durchschnitt. 18 091 waren es letzten Sonntag. Das ist die niedrigste jemals gemessene Zahl an Intensivpatienten. Eine Überlastung des Gesundheitssystems drohte nie.

Zu jedem Zeitpunkt in den letzten zwei Jahren waren Tausende Intensivbetten verfügbar.

Was aber fehlt, sind wichtige Studien zur Impfung. Man gibt Erbgut des Virus in den menschlichen Körper und weiß bis heute nicht, was danach passiert. Wie genau verhält sich der Impfstoff im Körper? Wie verteilt er sich und in welchen Organen? Welche Auswirkungen hat die mRNA noch neben der Spikeproteinproduktion? Welche Schäden können durch das Spikeprotein erfolgen? Fragen über Fragen, die niemand beantworten kann, weil das nicht ausreichend erforscht ist.

Meine Damen und Herren, Realisatire ist, wenn alle Bundestagspräsidenten geimpft sind, vier von sechs an Corona erkrankt sind und der Bundestag trotz dieser offensichtlichen Unwirksamkeit über eine Impfpflicht diskutiert.

Die anderen Länder haben begriffen, dass Maßnahmen mehr schaden als nutzen. Nein zur Impfpflicht! Nein zur Coronawillkür! Beenden wir es endlich auch in Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)



Eine Demonstration gegen die Impfpflicht vergangene Woche in Berlin

©picture alliance/dpa | Annette Riedel

Tabea Röbner, Bündnis 90/Die Grünen:

Bei der Impfung geht es eher um Eigen- als um Fremdschutz



Tabea Röbner (*1966)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Uns eint das Ziel, die Pandemie zu bewältigen und die Überlastung des Gesundheitswesens abzuwenden. Ein guter Immunstatus trägt wesentlich dazu bei. Uneins sind wir uns, ob eine Impfpflicht das geeignete Instrument ist. Diese Differenz zieht sich durch die Gesellschaft, durch Familien, Wissenschaft und Parteien. Selten wurde so emotional diskutiert. Die Menschen, gerade die jungen, sehnen sich nach Normalität, und

das ist nur verständlich.

Uns haben viele Menschen, auch zahlreiche geimpfte, geschrieben, dass sie eine Impfscheidung selbst treffen wollen. Viele haben Ängste. Einige berichten von starken Impfreaktionen. Dem Paul-Ehrlich-Institut liegen nur gemeldete Nebenwirkungen und Impfschäden vor. Wie hoch die Dunkelziffer ist, wissen wir nicht. Wir sollten die Fälle systematisch erfassen. Damit würden wir die Bedenken ernst nehmen. Das schafft Vertrauen.

Omikron hat die Lage grundlegend verändert. Wir wissen nicht, welchen Schutz die Impfung bei neuen Varianten bietet. Eine sterile Immunität, so führende Virologen, kann mit einer Impfpflicht nicht erreicht werden. Wenn ich mir aber die Reden hier anhöre, fürchte ich, dass genau diese Erwartung geweckt wird. Das führt doch zu weiterem Frust.

Nach heutigem Stand geht es bei der Impfung eher um den Eigen- als um den Fremdschutz. Daher ist eine Impfpflicht noch schwieriger zu

rechtfertigen. Die Aufgabe des Staates ist nicht, die Menschen vor sich selbst zu schützen, sondern das Gesundheitssystem am Laufen zu halten.

Wir brauchen niedrigschwellige Beratungsangebote, mehr Forschung, eine bessere Datenlage. Ein wirksamer, anhaltender Immunstatus nach einer durchgemachten Infektion sollte angesichts des erheblichen Grundrechtseingriffs anerkannt werden. Nein, ich möchte keine Zwischenfragen beantworten. – Bei der Beurteilung der Immunität der Bevölkerung sollte auch die Zahl der durch eine Infektion immunisierten Menschen berücksichtigt werden. Und wir brauchen weniger Alarmismus und mehr Sachlichkeit. Neue Erkenntnisse führen in der Wissenschaft dazu, Positionen zu revidieren. Daran sollten wir uns in der Politik ein Beispiel nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der AfD)

Dr. Paula Piechotta, Bündnis 90/Die Grünen:

Kompromisse dürfen nicht schlechtgeredet werden



Paula Piechotta (*1986)
Landesliste Sachsen

Erst einmal herzlichen Dank, dass Sie mit Petra Pau hier diese Woche diesen Wahnsinnsjob machen, nur zu zweit.

Die Impfpflicht ist offensichtlich nicht mehr das wichtigste Thema in diesem Haus. Das sieht man auch hier gerade gut. Aber ich glaube, sie kann ein unglaublich wichtiger Baustein sein und Hinweisgeber bei der Frage, ob wir als Haus der Verantwortung in den vielen verschiedenen Krisen, die wir gerade alle gemeinsam lösen müssen, wirklich ge-

recht werden. Ich verstehe sehr gut, dass viele bei dieser Frage keinen Kompromiss machen wollen; aber gerade vor dem Hintergrund der vielen Krisen, die wir jetzt alle auf einmal bewältigen müssen, dürfen Kompromisse nicht schlechtgeredet werden. Ich verstehe jeden in der Gruppe für eine Impfpflicht ab 18 Jahren. Ich verstehe jeden, der das Gefühl hat, hier könnte sich am Ende eventuell nicht die beste Variante durchsetzen. Aber ich möchte darum bitten, dann trotzdem nicht alles beiseite zu wischen, was man auch mit einer Teillösung noch erreichen kann, gerade für die Pflege. Jeder, der sich immer darüber aufregt hat, dass für die Pflege nur vom Balkon geklatscht wurde, kann jetzt hier über seinen eigenen Schatten springen und zumindest erreichen, dass der Überlastung des Gesundheitswesens und damit der Überlastung der vielen Menschen, die in diesem Gesundheitswesen arbeiten und gerade jeden Monat Kolleginnen und Kollegen verlieren, vorgebeugt wird.

Ich glaube, am Ende wird sich

hier entscheiden, ob wir dieser Verantwortung gerecht werden, die jetzt auf unseren Schultern liegt. Ich habe heute in diesem Haus nicht in jeder Minute das Gefühl gehabt, dass dieser Bundestag sich gerade seiner Verantwortung bewusst ist. Aber wenn wir gut sind, wenn wir richtig gut sind, dann werden wir am Ende dieses Prozesses zeigen, dass wir es – auch wenn es schwierig ist, auch wenn es kompliziert ist, auch wenn viele Menschen, gerade auch jüngere Menschen bei uns, sehr mit sich ringen und die aktuell auf dem Tisch liegenden Kompromisslösungen nicht gut finden – trotzdem schaffen, hier eine Mehrheit dafür zu haben, die Lebensbedingungen in diesem Land zu verbessern und die Möglichkeit für alle Patientinnen, gerade auch die vielen Menschen, die gerade neu zu uns kommen, zu erhalten, im Herbst in einem gut funktionierenden Gesundheitssystem behandelt zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und des Abg. Kevin Kühnert (SPD))

Katrin Helling-Plahr, FDP:

Freiheit ist nicht nur Freiheit von Spritzen



Katrin Helling-Plahr (*1986)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Was ist unsere Aufgabe als Politik? Ich bin aus tiefstem Herzen Liberale. Also lautet meine Antwort: zu tun, was notwendig ist, und zu unterlassen, was nicht unbedingt notwendig ist. Andersherum: Politik muss sich, wann immer möglich, heraushalten und Menschen ihr Leben selbstbestimmt führen lassen. Gerade deswegen streite ich für die allgemeine Impfpflicht.

Es ist richtig, Freiheitseinschränkungen jetzt zurückzufahren und gleichzeitig die Erwartungshaltung zu kommunizieren, dass jeder, sofern noch nicht geschehen, bis zum Herbst einen vollständigen Impfschutz erwirbt. Ich möchte nicht nur, dass wir so schnell wie möglich Beschränkungen zurücknehmen können. Ich möchte, dass wir sie nicht jeden Herbst neu einführen müssen, dass wir in Zukunft überhaupt nicht mehr in diese Maßnahmenspirale hineingeraten.

Freiheit ist nicht nur Freiheit von Spritzen. Freiheit ist auch, in Schule und Kita zu lernen und zu spielen. Freiheit ist auch die Freiheit für Selbstständige und Unternehmer, Weihnachtsmarktbesucher und Boutique-Besitzer, Theaterschauspieler und Messebauer, ihrem Beruf nachgehen zu können. Freiheit bedeutet, sich bei Indikation einer Krankenhausbehandlung unterziehen zu können und nicht auf das Abflachen der aktuellen Coronawelle warten zu müssen. Freiheit ist, auch im Alter mit der Familie im Pflegeheim Geburtstag feiern zu dürfen.

Meine Damen und Herren, auf dem Rücken all dieser Menschen wird die viel zu geringe Impfquo-

te in Deutschland ausgetragen. All diesen Menschen gegenüber besteht auch eine Schutzpflicht des Staates. Grundrechte sind Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Sie sollen den Staat zwingen, sich zu rechtfertigen, wenn er in die von Ihnen geschützten Rechtsgüter eingreift. Sie sollen ihn nicht zur Untätigkeit verdammen.

Um bei einer aktuellen Coronawelle kurzfristig einer Überlastung des Gesundheitssystems entgegenzuwirken, haben wir inzwischen ein Instrumentarium entwickelt. Aber die Anwendung dieser Instrumente hinterlässt massive Kollateralschäden. Lassen Sie uns das, so gut es geht, vermeiden. Gehen wir mit einer umfassenden, mit einer Impfpflicht verbundenen Impfkampagne einen anderen Weg. Denken wir weiter! Denn auch das Virus mutiert weiter. Wir haben ein Konzept vorgelegt, das noch ein-

mal auf umfassende Information setzt, am Ende aber auch eine klare Erwartung kommuniziert. Wir schlagen eine Umsetzung vor, die für die allermeisten ganz unkompliziert erfüllbar ist, mit einem einfachen Upload oder einem Gang in die Apotheke. Machen wir das!

Und ja, es gibt das Risiko, dass wir die Impfpflicht am Ende nicht gebraucht haben werden. Dagegen abzuwägen ist das Risiko, dass wir uns alle und unsere Kinder erneut stark zurücknehmen müssen. Für mich ist das Ergebnis der Abwägung klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Kathrin Vogler (DIE LINKE))

Freiheit ist, auch im Alter mit der Familie im Pflegeheim Geburtstag feiern zu dürfen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Andrea Lindholz (CDU/CSU), Andreas Bovenschulte (Bürgermeister von Bremen), Gregor Gysi (Die Linke), Kathrin Vogler (Die Linke), Herbert Wollmann (SPD), Emilia Fester (B90/Die Grünen), Simone Borchardt (CDU/CSU), Kaweh Mansoori (SPD), Günter Krings (CDU/CSU), Katrin Göring-Eckardt (B90/Die Grünen), Matthias Helferich (fraktionslos), Karl Lauterbach (SPD).

Debatten über einen Unionsantrag zum Thema Energieversorgung / 21. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 17. März 2022

Jens Spahn, CDU:

Wir brauchen schnell eine Putin-freie Energieversorgung



Jens Spahn (*1980)
Wahlkreis Steinfurt I – Borken I

Ich möchte Herrn Präsidenten Selenskyj ausdrücklich danken für seine eindrückliche Schilderung und seine klaren Worte heute Morgen. Putin hat gestern und auch heute wieder zivile Ziele bombardiert. Das ist barbarisch. Das Schicksal der Ukraine bewegt uns tief, der Kampf um Freiheit und Sicherheit, ja ums nackte Überleben. Deswegen trifft uns eine Verantwortung, uns in diesem Konflikt zu positionieren: gegen den Aggressor Putin und zur Ukraine und zu ihrem Präsidenten Selenskyj. Es wäre gut gewesen, wenn sich die Bundesregierung hier nach der Rede des Präsidenten erklärt hätte, wie sie zu seinen Worten und auch Forderungen steht, und wenn dieses Parlament darüber hier im Anschluss debattiert hätte. Dazu waren Sie nicht bereit. Dies bedauern wir ausdrücklich.

Nun debattieren wir dank unseres Antrags wenigstens über einen Teilbereich, in dem es gilt, unsere eigenen deutschen und europäischen Interessen in diesem Krieg zu formulieren und Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen so schnell wie möglich Putin-frei werden in unserer Energieversorgung. Deutschland braucht eine sichere und souveräne Energieversorgung. Wir können nicht leugnen: Wir haben uns in eine Situation zu großer Abhängigkeit begeben. Als einziges Industrieland der Welt steigen wir gleichzeitig aus Kohle- und Kernenergie aus und versuchen währenddessen, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaneutralität bis 2045 zu gewährleisten.

Auf diesem Weg zur Energiewende sollte Gas noch über viele Jahre die Brückentechnologie bilden und Russland als Lieferant

von möglichst viel günstigem Gas dienen. Putins Invasion erschüttert diese Brücke in ihren Grundfesten. Ich möchte daher klar sagen: Wir müssen als demokratische Parteien in diesem Parlament anerkennen, dass wir nahezu alle den Weg dieser Energiewende mit gleichzeitigem, doppeltem Ausstieg gegangen sind und ihn mitgetragen haben und – ja – dass man manche Entscheidungen – beruhigen Sie sich, beruhigen Sie sich! – heute anders treffen würde. – Ganz ruhig, ganz ruhig!

Deswegen will ich ausdrücklich auch das, was Sie, Herr Minister Habeck, in der Korrektur vieler eigener Positionen gesagt und angestoßen haben, anerkennen und unterstützen.

Wir fordern in unserem Antrag einen schlüssigen Plan der Bundesregierung zur Sicherstellung der Energieversorgung, insbesondere der Gas- und Stromversorgung. Der umfassende Plan der Bundesregierung muss drei unterschiedliche Komponenten berücksichtigen: Was ist, wenn Russland morgen seinerseits alle Lieferungen kürzt oder stoppt? Was bedeutet das für Deutschland, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Industrie? Wie können wir ein Ende der Gasimporte über Nord Stream 1 ermöglichen? Wie werden wir spätestens bis zum Winter 2023/24 unabhängig von russischen Importen?

Wer unter diesen Voraussetzungen kurz-, mittel- und langfristig die Energieversorgung sicherstellen möchte, wird harte Entscheidungen treffen müssen, und diese muss er darlegen, herleiten und erklären. Deswegen, Herr Minister Habeck, ist es gut, dass Sie heute hier zur

Impflicht gesprochen haben; aber ich hätte es noch besser gefunden, wenn Sie zu diesem Thema heute hier im Deutschen Bundestag auch etwas sagen würden. Einmal mehr sagt die Bundesregierung nichts zu einem entscheidenden Thema für Deutschland. – Sorry, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch mittlerweile ein Muster hier im Deutschen Bundestag. Jetzt wird gerade eine Pressekonferenz des Bundeskanzlers gegeben, wo er sich wahrscheinlich zur Rede von Selenskyj verhält. Es kann doch nicht sein, dass die Bundesregierung sich hier im Deutschen Bundestag nicht verhält zu vielen wichtigen Fragen, aber ständig draußen irgendwo Interviews gibt. – Ich war in jeder Debatte hier; überhaupt kein Thema. Dazu zählen auch schnelle Entscheidungen bei der Kohle. Es geht darum, Kohleimporte zu diversifizieren und Kohlekraftwerke aus der Reserve zu holen. Jeder Tag, den die Ampel bei der Aktivierung von Kohlekraftwerken zögert, gefährdet die Energieversorgung im nächsten Winter; denn

aktive Kohlekraftwerke tragen dazu bei, dass jetzt die Gasspeicher schneller gefüllt werden können.

Dazu gehört auch eine umfassende Prüfung in Sachen Kernenergie und Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Wer jetzt schon ideologisch Möglichkeiten ausschließt, ohne Lösungen gefunden zu haben, handelt der Lage nicht angemessen. Und es ist auch nicht gut im Sinne der CO₂-Neutralität, wenn wir die Energieformen, die CO₂-neutral sind, ausschließen, auch und gerade nicht von einem grünen Wirtschaftsminister. Wir wollen eine offene, ideologiefreie Prüfung aller Optionen für die Energieversorgung.

Dazu zählen auch Maßnahmen, die den LNG-Import steigern. Wir unterstützen insoweit alle diese Bemühungen. Bei alledem darf die Bundesregierung aber keine falschen Vorstellungen vermitteln. Wir brauchen kurzfristige Lösungen, um Putin-frei zu werden in unserer Energieversorgung. Vieles, worüber wir aktuell debattieren, trägt aber höchstens mittel- und langfristig dazu bei. Vor allem braucht es Entschlossenheit in der Umsetzung. Pipelines, Leitungen, Terminals, die bauen sich eben nicht nur durch Absichtserklärungen, sondern da muss die Regierung mit Nachdruck dranbleiben.

Ein letztes, ein wichtiges Thema: Ent- und Geschlossenheit fehlt der Koalition ganz offensichtlich auch bei den hohen Energiepreisen. Vorab: Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung nunmehr einige der Forderungen, die wir hier vor einem Monat erhoben haben, auch umsetzt. Damals haben Sie noch alles abgewehrt, heute handeln Sie – gut so, aber leider viel zu spät.

Wir begrüßen es, dass Sie hier eine regelrechte Kehrtwende hinlegen. Jetzt soll es angesichts der steigenden Spritpreise, die der Finanzminister vor einer Woche noch ausgeschlossen hat, doch eine Entlastung geben. „Mindestens deutlich unter 2 Euro“, das hat er gesagt. An dieser Ankündigung werden wir die Bundesregierung messen.

Bevor die Koalition eigene Vorschläge auf den Tisch gelegt hat, arbeitet sie sich an unseren Vorschlägen ab – seit Tagen. Das ist okay. Aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass die Wählerinnen und Wähler Ihnen einen Regierungsauftrag gegeben haben und nicht uns. Deswegen, Herr Scholz, Herr Habeck, Herr Lindner, erwarten wir, erwarten vor allem die Pendler, die Familien, die Lkw-Fahrer, all diejenigen, die jeden Tag an der Zapfsäule zahlen müssen, dass Sie hier endlich Lösungen auf den Tisch legen, damit wir zu Entlastungen kommen, die schnell wirksam sind und einen Unterschied machen.

Die Entlastung muss schnell wirken, unbürokratisch sein und mindestens 40 Cent pro Liter ausmachen. Eine Tankfüllung kostet bei 50 Litern mittlerweile 110 Euro, 120 Euro. Wie sollen wir das alles noch bezahlen? Diese Frage stellen sich viele Menschen im Land, und deswegen bitte so schnell wie möglich – denn das wirkt auch sofort – die Mineralöl- oder Energiesteuer auf den Sprit senken. Die Sanktionen sollen Putin und seine Oligarchen treffen und nicht die Pendler. Deswegen braucht es hier deutliche Entlastungen. (Beifall bei der CDU/CSU und der AfD)

Ich komme ja auch schon zum Schluss, Frau Präsidentin. Vielen Dank. – Wenn es dann heißt, dass das in Brüssel schwer wäre, sage ich: Ja, das mag sein; man muss sich dann in Brüssel einsetzen für dieses Thema. Andere Länder in Europa tun das ebenfalls, und diese Erwartung haben wir auch an die Bundesregierung.

Deswegen brauchen wir eine Putin-freie Energieversorgung und dafür einen Plan der Bundesregierung, wie das gelingen soll. Wir brauchen eine technologieoffene, ideologiefreie Prüfung aller Optionen. Aber vor allem haben es die Familien und Pendler verdient, dass die Spritpreise endlich sinken. Tun Sie was!

(Beifall bei der CDU/CSU – Stephan Brandner [AfD]: Dass Sie sich nicht schämen für eine solche Heuchelei, Herr Spahn! Das ist erbärmlich! – Gegenruf von der CDU/CSU: Erbärmlich ist was anderes!)



Ein Kraftwerke in Hannover: Auch über eine längere Laufzeit für Kohlekraftwerke wird angesichts des Ukraine-Konflikts aktuell debattiert.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress, Ulrich Stamm

Dr. Nina Scheer, SPD:

Der Krieg verdeutlicht die Gefahren der Importabhängigkeit



Nina Scheer (*1971)
Wahlkreis 10

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist aufs Schärfste zu verurteilen. Das möchte ich hier noch mal ganz klar betonen. Ich danke auch Präsident Selenskyj für seine heute an uns gerichteten Worte.

Es gibt keine Mauer. Es gibt Solidarität und Hilfe. Es gibt das gemeinsame Ziel des Friedens, auch wenn der Weg dahin noch gefunden werden muss und nicht in allen Fragen der Umsetzbarkeit für ebendiesen Frieden Übereinstimmung gegeben ist. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Bundesregierung trotz dieser völkerrechtlich eindeutigen Lage alles versucht, um auch auf dem diplomatischen Weg weiterhin darauf hinzuwirken, dass der Krieg schnellstmöglich beendet wird.

Der Krieg hat auch eine energiepolitische Dimension. Wenn unser Land zu 55 Prozent abhängig von Gasimporten aus Russland ist und wenn von Russland nun in Europa Krieg ausgeht, verdeutlicht dies in drastischster Weise, welche Gefahr Importabhängigkeiten darstellen. Dies gilt erst recht, wenn es um Energierohstoffe und damit letztlich um Fragen der Daseinsvorsorge geht.

Ein Embargo kommt gleichwohl angesichts der hiermit verbundenen Folgewirkungen nicht in Betracht. Umso mehr muss die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen – übrigens auch ohne einen Krieg – durch den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien beendet werden. Bis dies erreicht ist, müssen die Bezugsquellen für Importe aufgeteilt bzw. diversifiziert werden. An beidem wird unter Hochdruck gearbeitet.

Wichtig ist, dass die nun zu ergreifenden Maßnahmen zugleich dem beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien dienen; denn auch LNG-Terminals kön-

nen nur dann diesem Weg dienen, wenn sie zugleich Wasserstoffanlandung ermöglichen. Alles andere wäre sowohl im Kampf gegen den Klimawandel als auch zur Loslösung von endlichen, fossilen Ressourcen nicht verantwortbar.

In diesem Sinne, wie auch aus weiteren Gründen, sind die mit dem vorliegenden Antrag von CDU/CSU offenkundig verfolgten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke klar abzulehnen. Atomenergie ist schwer regelbar, risikobehaftet, die teuerste Form der Energiegewinnung, und sie erschwert mit ihrer Unflexibilität einen weiteren Aufwuchs erneuerbarer Energien.

Herr Spahn, Sie haben es ja angesprochen, was Sie hier programmatisch verfolgen. Sie arbeiten sich an unserem Koalitionsvertrag ab – so wird ein Schuh daraus, und nicht umgekehrt! Die von Ihnen vorgeschlagene Absenkung der EEG-Umlage – Sie haben gerade gesagt, dass Sie das Mitte Februar erwähnt hätten – haben wir schon längst im Januar auf den Weg gebracht. Also, so wird ein Schuh daraus, und nicht andersrum.

Die Aussagen Ihres Antrags zur beschleunigten Energiewende sind zudem höchst widersprüchlich, wenn Sie offenkundig ein Problem mit Windenergie an Land haben. Herr Spahn, Sie haben übrigens in Ihrer Rede kein einziges Mal den Begriff „erneuerbare Energien“ in den Mund genommen. Das finde ich sehr bezeichnend.

Was ist denn Ihre Aussage zu dem Turbo wert, den Sie bei den erneuerbaren Energien zünden wollen, wenn Sie vorher noch die – Zitat – „notwendige“ Akzeptanzfrage

geklärt haben wollen, zumal unter der – Zitat – „Einbeziehung der Belange der Anwohner“. Das ist auch wieder so ein Schlagwort. Was heißt denn das bitte schön? Hunderttausende Anwohnerinnen und Anwohner leiden unter Atemwegserkrankungen, unter Stickoxiden und anderen Schadstoffen, die im Zusammenhang mit der Verbrennung fossiler Ressourcen stehen. Sie machen hier wieder ein Kampffeld auf.

Windenergie ist keine Bedrohung, sondern die tragende Säule der Energiewende. Erneuerbare Energien bringen Freiheit, führen weg von Abhängigkeit. Lassen Sie endlich die 10-H-Abstandsregelung in Bayern fallen. Wir brau-

chen die Perspektive auf die heimische Wertschöpfung. Wir brauchen Importunabhängigkeit und Möglichkeiten der Begrenzung des Klimawandels. Wir brauchen keine Verhinderungsgesetze! Machen Sie bitte Ihre Hausaufgaben. Wenn es „Souveränität“ in Bezug auf Energie in Ihren Antrag schafft, dann lösen Sie doch bitte endlich diese eklatanten Widersprüche auf.

Es geht bei allem aber auch um Energiesicherheit. Wenn etwa Nordex seine Rotorblattproduktion in Rostock schließt, um sie ins Ausland zu verlegen, ist dies längst keine reine Unternehmensentscheidung mehr. Nein, es geht hier um den Verlust von zukunftsweisenden Arbeitsplätzen und um Energiesicherheit. Im Zweifel hat

Karsten Hilde, AfD:

Schwören Sie endlich der Klima-Religion ab



Karsten Hilde (*1964)
Wahlkreis Bautzen I

Wäre es nicht so traurig, dann könnte man darüber lachen. Jetzt, da die elementare Versorgung der Bevölkerung auch und insbesondere mit bezahlbarer Energie aufs Höchste gefährdet ist, kommt sogar die Unionsfraktion mit einem Antrag um die Ecke, den Sie in der Vorankündigung hochtrabend „Zeitenwende in der Energiepolitik“ nannten.

Die Zeitenwende in der Energiepolitik – Sie nannten sie nur „Energiewende“ – führte letztendlich zu den höchsten Strompreisen der Welt und hatte während 16 Jahren Merkel allerhöchste Priorität in der Politik der CDU, aber eben genau andersherum, als Sie sich heute gerieren. Energie

in solchen Fragen meines Erachtens der Staat auch eine Garantstellung. Gleiches gilt etwa zur Sicherung von Gasspeichern und auch von deren Füllständen. Heute Abend wird das im Bundestag noch debattiert, übrigens unter Einbeziehung unseres Bundesministers, falls diese Anwürfe nochmal kommen sollten. Mit einer Reihe bereits auf den Weg gebrachter Maßnahmen werden mit der Ampelkoalition umfassend Energiewendehemmnisse beseitigt.

Die seit dem letzten Jahr stark marktgetriebene Verteuerung der fossilen Energien – es ist übrigens eine reine fossile Energiekrise – hat bereits vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine zu sozialen Härten geführt. Daher wurden richtigerweise schnell Entlastungen beschlossen, so mit dem inzwischen auf nunmehr 270 Euro sogar verdoppelten Heizkostenzuschuss, aber auch mit der zur Jahresmitte bevorstehenden Absenkung der EEG-Umlage auf null, die heute in den Bundestag eingebracht wird.

Über weitere Entlastungen wird verhandelt. Hierbei ist festzuhalten: Die Preissteigerungen basieren heute nicht auf tatsächlicher Verknappung, sondern auf Erwartungen. Es ist somit auch unsere Aufgabe, Spekulationen einen wirksamen Riegel vorzuschieben.

Die Notwendigkeit des beschleunigten Umstiegs auf erneuerbare Energien sollte als Erkenntnis wie Chance begriffen werden, völkerverständlich die weltweite Abhängigkeit einer wachsenden Bevölkerung von immer weniger werdenden fossilen Ressourcen zu überwinden, im Sinne von Freiheit und Frieden. Ihr Antrag hängt in allen sinnvollen Punkten dem Handeln der Regierungskoalition hinterher und wird von uns auch aus diesem Grund im Wege der Sofortabstimmung abgelehnt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

solte, musste unbedingt teurer, ihre Verfügbarkeit drastisch reduziert werden. Das war erklärtes Ziel Ihrer Fraktion, natürlich tatkräftig angefeuert durch die restlichen Altparteien, die Opportunisten und vor allem die grünen Kommunisten, die wir in der Zwischenzeit in allen Fraktionen außer der AfD finden.

Dafür wurden diverse Maßnahmen getroffen, von der Abschaltung der Kern- und Kohlekraftwerke und der Aufgabe von Braunkohletagebauten bis hin zur effektiven Verhinderung der Gewinnung von Erdgas aus ertragreichen deutschen Feldern, stets flankiert von Energiegewinnungsverhinderungsmaßnahmen mittels diverser Steuern auf die noch verfügbaren Energieträger bis hin zu deren Verbot. Ihr Ziel war es eindeutig, Zug um Zug die Energie, Gas, Kohle, Benzin und Strom stark zu verteuern, um den Verbrauch drastisch abzusenken, alles natürlich wie immer begründet mit der Hypothese, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen das Klima maßgeblich beeinflussen, wofür es nach wie vor keinen einzigen wissenschaftlichen Beweis gibt. Tausende Wissenschaftler weltweit widersprechen dieser zur Religion erhobenen Behauptung.

Fakt ist: Sie wollten von Anfang

an die Zeitenwende. Sie nannten sie nur anders, nämlich zunächst „große Transformation“ und dann im herzlichen Einvernehmen mit dem World Economic Forum und Klaus Schwab

„The Great Reset“. Durch den Krieg in der Ukraine wird nun offenkundig, dass Ihre Tagträumerien wie Seifenblasen zerplatzen.

In der Physik und in der Politik geht es eben nicht darum, was man sich wünscht, sondern um Realitäten. Die Realität ist, dass ein Industrieland wie Deutschland nicht mit Strom aus Wind und Sonne sicher versorgt werden kann

tung der Kern- und Kohlekraftwerke und der Aufgabe von Braunkohletagebauten bis hin zur effektiven Verhinderung der Gewinnung von Erdgas aus ertragreichen deutschen Feldern, stets flankiert von Energiegewinnungsverhinderungsmaßnahmen mittels diverser Steuern auf die noch verfügbaren Energieträger bis hin zu deren Verbot. Ihr Ziel war es eindeutig, Zug um Zug die Energie, Gas, Kohle, Benzin und Strom stark zu verteuern, um den Verbrauch drastisch abzusenken, alles natürlich wie immer begründet mit der Hypothese, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen das Klima maßgeblich beeinflussen, wofür es nach wie vor keinen einzigen wissenschaftlichen Beweis gibt. Tausende Wissenschaftler weltweit widersprechen dieser zur Religion erhobenen Behauptung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf ... offen und ohne Vorfestlegungen und im Hinblick auf alle gegebenen rechtlichen, technischen und betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten umfassend zu prüfen, ob und wie

Fortsetzung auf nächster Seite

der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, zunächst im Streckbetrieb, zur CO₂-armen und sicheren Stromversorgung in den kommenden Jahren beitragen kann; eine solche Prüfung darf – anders als der Prüfvermerk des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima sowie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz – keine politische Auftragsarbeit sein, bei der das Ergebnis der von dem einen grünen Minister angekündigten Prüfung schon vor deren Beginn von der andern grünen Ministerin verkündet wird ...

Jetzt müsste eigentlich Beifall von den Rängen der Union kommen; denn das ist Wort für Wort aus Ihrem Antrag. Dieser Forderung schließen wir uns natürlich an, wobei wir die sofortige Verlängerung der Laufzeiten der letzten drei Kernkraftwerke, ergänzt durch die Wiederinbetriebnahme der am Jahresanfang stillgelegten KKWs, als dringend erforderlich ansehen.

Zusätzlich lassen sich unsere derzeitigen Probleme wesentlich und vor allem sehr schnell entschärfen, wenn Sie der Klimareligion abschwören und zum Beispiel unserem Antrag vom 10. November 2021 mit der Drucksachenummer 20/34 zustimmen. In diesem Antrag fordern wir un-

ter anderem:

... den Betrieb von Kohlekraftwerken, die dem Stand der Technik entsprechen, uneingeschränkt zu ermöglichen und sämtliche Bemühungen zum Ausstieg aus dieser Technik zu unterlassen bzw. zu beenden ... und ... zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung auf die Landesregierungen einzuwirken, notfalls sofort per Erlass durch die Bundesregierung, eine provisorische Laufzeitverlängerung für die noch in Betrieb befindlichen bzw. noch betriebsbereiten Kohlekraftwerke ...

Wenn Sie wirklich die Absicht hätten, die Notlage zu beenden, zumindest auf mittlere Sicht den Preisanstieg zu dämpfen, dann könnten Sie mit uns die Voraussetzungen für die Förderung heimischen Erdgases, zum Beispiel aus Schiefergestein und Kohleflözen, schaffen. Deren Lagerstättenumfang und die Gewinnung sind bekannt; was fehlt, ist allein der politische Wille. Lieber wollen Sie – Sie alle, auch Sie, Herr Gremmels –, das Gas, das auf genau die gleiche Art und Weise gewonnen wird, übers Meer schippern. Aber was tut man nicht alles als knallharter Lobbyist der amerikanischen Rohstoffindustrie!

So wie viele Energiepolitiker der Altparteien vorrangig die Interessen der Wind- und Solarbranche

und der amerikanischen Rohstoffindustrie vertreten, so dienen sich viele Gesundheitspolitiker der Altparteien bei der Pharmaindustrie an. Sie wollen gegen viele Bedenken hinsichtlich der fehlenden Wirkung der zu injizierenden Stoffe, deren teilweise katastrophalen Nebenwirkungen und die Aussagen von vielen Wissenschaftlern und Juristen, dass eine Impfpflicht unter den gegebenen Umständen verfassungswidrig sei, eine allgemeine Impfpflicht beschließen.

Selbst – als ich das las, schnürte es mir das Herz zusammen – Schwangere ab dem vierten Monat sollen sich unter Umständen gegen ihren eigenen Willen und natürlich ohne die noch nicht artikulierbare Willenserklärung des noch nicht geborenen Erdenbürgers einen Stoff injizieren lassen, dessen Nebenwirkungen noch nicht umfassend bekannt sind, und das, obwohl mehrere Studien, zum Beispiel aus Großbritannien, zeigen, dass die Fehl- und Totgeburtenraten bei Gebärenden, denen diese Stoffe injiziert wurden, um ein Vielfaches höher liegen, als es der Normalfall wäre.

Diese Menschenverachtung macht mich fassungslos. Ich hoffe, dass die armen Kinderseelen Sie bis an Ihr Lebensende und darüber hinaus verfolgen.

Ob der Antrieb dieser sogenannten Energie- und Gesundheitspolitiker – es gibt auch wenige Ausnahmen; das muss man hier sagen – nur der schnöde Mammon ist oder ob da mehr dahintersteckt, werden wir bald erfahren. Zum Wohle des deutschen Volkes ist das Handeln dieser korrupten Pseudodemokraten jedenfalls nicht.

Ich spreche hier und jetzt die wenigen Ausnahmen an: Überzeugen Sie Ihre Kollegen, den Pfad der Zerstörung Deutschlands zu verlassen! Ihre Energiewende ist

gescheitert; sie war es bereits seit Jahren. Der Ukrainekrieg macht dies nur für jedermann sichtbar. Leider enthält der hier vorgelegte Antrag jede Menge Klimagedöns, weswegen wir ihn ablehnen müssen. Das heißt aber nicht, dass wir nicht in Zukunft gemeinsam und zum Wohle unseres Volkes konstruktiv an Lösungen arbeiten können.

Ich bedanke mich vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)



Den Anstieg der Gaspreise bekommen aktuell viele Verbraucherinnen und Verbraucher zu spüren.
© picture-alliance/Zoonar, Wolfgang Filser

Dr. Julia Verlinden, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir tun alles für einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren



Julia Verlinden (*1979)
Landesliste Niedersachsen

16 Jahre Regierung unter Führung von CDU/CSU liegen hinter uns; das waren 5 861 Tage. 5 861 Tage hatten Sie Zeit, um Deutschland auf den Weg der Energiesicherheit, auf den Weg der Energiesouveränität zu bringen – mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Und – man muss es so klar sagen – Sie haben es gründlich versemelt.

Sie fordern jetzt Entschlossenheit. Ja, in der Tat, die hätten wir in den letzten Jahren dringend ge-

braucht, als Sie die Mehrheiten hatten. Doch das Gegenteil von Entschlossenheit, nämlich die Ideologie und die Fortschrittsfeindlichkeit der Union, haben uns erst in diese aktuelle Misere gebracht. Sehr teure fossile Energien und eine geopolitisch hochproblematische Abhängigkeit sind Ihr Verdienst, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und CSU.

Der schreckliche Angriffskrieg und seine Konsequenzen für die Menschen in der Ukraine und für die europäische Energieversorgung führen uns die Fehler der Vergangenheit deutlich vor Augen. Wenn es schon in den letzten Jahren konsequent versäumt wurde, müssen wir jetzt umso schneller unabhängig von den fossilen Energieträgern werden.

Dazu sagen Sie, Herr Spahn, in Ihrer Rede: nichts. Auch auf den ersten Seiten Ihres Antrags: nichts dazu. Erst nachdem Sie noch einmal den Umweg durch die Sackgasse Atomkraft genommen haben, kommt bei Punkt 16 in Ihrem Antrag dann endlich der ent-

scheidende Gamechanger. Demnach soll die Bundesregierung jetzt endlich mal „beim Ausbau der Erneuerbaren ... den Turbo ... zünden“. Halleluja, dass ich das bei der Union noch erleben darf! Glauben Sie mir, dafür brauchen wir keine Aufforderung der Union. Wir freuen uns natürlich, wenn Sie ankündigen, das, was wir jetzt an wichtigen Gesetzen auf den Weg bringen, zu unterstützen. Vielleicht helfen Sie uns auch noch, weitere Dinge auf den Weg zu bringen. Ich freue mich drauf.

Ich möchte Sie aber daran erinnern, dass unter unionsgeführter Regierung die Solarindustrie aus dem Land getrieben wurde, dass bei der Windenergie die historisch niedrigsten Ausbauzahlen seit der Einführung des EEGs erzielt worden und durch Sie zu verantworten sind. Ihre Politik hat den Erneuerbaren-Standort Deutschland entkernt.

Diese neue Bundesregierung ist morgen seit 100 Tagen im Amt, und sie startet in einer massiven

Energiepreiskrise – in der stecken wir ja – mit bisher nicht dagewesenen Preisen für Gas und Kohle. Wir sind daran nicht schuld, aber wir reagieren schnell und entschlossen auf diese akute Krise, die aus der Abhängigkeit von fossilen Energien entstanden ist, und zwar handeln wir mit kurzfristigen Hilfen und mit einer klaren politischen Linie.

Ich bin froh, dass der Wirtschaftsminister die Kartellbehörden aufgefordert hat, zu klären, ob Absprachen der Konzerne dafür verantwortlich sind, dass die Preise an den Tankstellen so hoch sind. Und schon in dieser Woche bringen wir Gesetzentwürfe auf den Weg, um die Bürger bei den Energiekosten zu entlasten. Wir schaffen die EEG-Umlage ab; darüber reden wir heute noch. Wir gewähren einen Heizkostenzuschuss für bedürftige Haushalte; auch den beschließen wir heute. Und wir schaffen auch einen Sofortzuschlag für Kinder. Das sind Maßnahmen, die die Menschen jetzt dringend brauchen, und die werden heute auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig beschleunigen wir jetzt den Umstieg auf erneuerbare Energien. Robert Habeck hat in einem Rekordtempo einen Gesetzentwurf zur Entfesselung der erneuerbaren Energien vorgelegt. Das ist der weitestgehende Ent-

wurf, den wir jemals gesehen haben. Damit beschleunigen wir jetzt insbesondere den Ausbau von Wind- und Solarenergie mit der Perspektive eines klimaneutralen Stromsystems bis zum Jahr 2035.

Natürlich können wir nicht alle Versäumnisse aus vielen Jahren rückwärtsgewandter Politik mit einem Schlag auflösen. Deshalb wird nach dem Osterpaket das Sommerpaket folgen. Die Reform des Strommarkts steht an, der Kohleausstieg bis 2030, der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Aber ich sage: Diese Regierung hat in den ersten 100 Tagen mehr angeschoben als so manche Vorgängerregierung in einer ganzen Legislaturperiode. Herr Spahn, wir wollen alles dafür tun, damit die russischen Energieimporte so schnell wie möglich überflüssig werden. Wir tun deswegen alles für einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren – trotzdem geht das nicht mit einem Fingerschnippen.

Der Joker der Energiesouveränität ist die Energieeffizienz. Wir müssen und wir können massiv den Energieverbrauch reduzieren. Auch dazu in Ihrer Rede kein Wort, Herr Spahn. Die Energieeffizienzoffensive hilft uns auch bei der Reduzierung der laufenden Kosten. Denn entscheidend ist doch, dass wir dauerhaft von hohen Energiekosten wegkommen.

Das geht nicht über ständig neue Subventionen für den Verbrauch von fossiler Energie. Das wäre ein Fass ohne Boden und spült zusätzlich noch mehr Geld in Putins Kriegskasse. Der Weg zu dauerhaft verlässlichen Energiepreisen geht nur über konsequente Zukunftsinvestitionen in energieeffiziente

Technik, in sparsame Fahrzeuge und verbrauchsarme Gebäude.

Es nützt den Mieterinnen und Mietern doch am wenigsten, wenn sie einfach immer nur Geld an die fossilen Konzerne überweisen. Sie brauchen Wohnungen, die so gut gedämmt sind, dass sie auf Dauer nur noch die Hälfte der Energie

zum Heizen benötigen. Herr Spahn, wir brauchen jetzt Rekordinvestitionen für besseres Wohnen und faire Wärme. Mit unserer Erneuerbaren- und Energiesparoffensive arbeiten wir als Ampel am Klimaschutz und sichern eine souveräne Energieversorgung. Wie ernst es Ihnen von der Union da-

mit ist, –

das können Sie in den kommenden Wochen und Monaten beweisen – hier im Bundestag und im Bundesrat. Nach 16 Jahren Investitionsbremse der Union können Sie jetzt helfen, den Investitionsturbo anzuschalten. Ich hoffe, Sie sind dabei. Ich bin sehr dank-

bar, dass wir in der Ampelkoalition hierfür den gemeinsamen Willen haben. Und ich sage Ihnen: Hier im Parlament werden wir dafür alles geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Die Ärmsten zahlen die höchsten Strompreise



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Nach 16 langen Regierungsjahren legen CDU und CSU einen umfangreichen Forderungskatalog vor: ohne ein Wort wirklicher Selbstkritik und ohne darüber zu sprechen, dass sie den Ausbau erneuerbarer Energien effektiv und aktiv behindert haben – das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren –, und ohne darüber zu sprechen, dass unter ihrer Verantwortung die öffentliche Infrastruktur zerfallen ist. Allein auf der Ebene der Kommunen müssten schon längst 150 Milliarden Euro investiert worden sein.

Und Sie sagen in Ihrem Antrag auch überhaupt nichts zur Finanzierung. Ich kann Ihnen auch erklären, warum Sie das nicht tun. Denn Sie wollen weiter an der schwarzen Null und an der Schuldenbremse festhalten; Sie wollen Steuererhöhungen für Vermögende verhindern. Ich kann Ihnen sagen: Wir wollen das nicht. Wir wollen endlich gerechte Steuern, meine Damen und Herren. Und Sie unterstützen das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaket der Bundesregierung; und auch das ist falsch. Bundesenergieminister Robert Habeck sagt den Menschen: Wechselt doch einfach den Stromanbieter, wenn es euch zu teuer ist. – Das zeugt, Kollege Habeck, von erschreckender Unkenntnis. Die Ärmsten in unserer Gesellschaft zahlen die höchsten Strompreise. Denn sie können gar keinen Stromtarif wählen; sie müssen den Tarif nehmen, den ihnen der Grundversorger anbietet. Und auf Ihrer Internetseite schreiben Sie von Rahmenbedingungen und Markttransparenz. Das ist – kann ich Ihnen sagen – wirklich marktliberaler Unsinn, meine Damen und Herren.

Die EU-Kommission ist im Vergleich zu Ihnen geradezu revolutionär. Im Strategiepapier der EU

steht: Regierungen dürfen in solchen Ausnahmesituationen Energiepreise für Verbraucher festsetzen. Ich frage mich: Warum macht das die Bundesregierung nicht? Und es ist auch möglich, so die EU-Kommission weiter, Gewinne bei den Energieversorgern abzuschöpfen, die gerade prächtig verdienen. Herr Habeck, an der Stelle müssten Sie doch mal endlich beherzt eingreifen. Das ist das Gebot der Stunde!

Oder orientieren wir uns mal an anderen Ländern; schauen wir nach Griechenland: Der Premierminister – ein Christdemokrat, Kollege Spahn – will massiv in die Großhandelsmärkte für Energie eingreifen. Er will den Gaspreis auf Vorkrisenniveau deckeln, eine Höchstgrenze für tägliche Preisschwankungen einführen, die Gewinnmarge der Stromversorger begrenzen und spekulativen Handel verbieten. Daran könnte man sich doch orientieren, meine Damen und Herren.

Jetzt komme ich zur FDP. Herr Lindner, der ja den Eindruck erweckt, er wäre der eigentliche Chef hier in der Bundesregierung,

will einen Tankrabatt. Warum fordern Sie eigentlich keinen Mietenerabatt und keinen Rabatt für öffentliche Verkehrsmittel? Das wäre der richtige Weg, meine Damen und Herren.

Es ist doch völlig klar, wer gerade von der Energiekrise profitiert: Es sind die Ölraffinerien. – Und denen müssen die Krisengewinne wirklich weggesteuert werden. Das wäre eine politische Aufgabe.

Meine Damen und Herren, wir haben heute zu Anfang der Sitzung eine sehr beeindruckende Rede gehört, und ich kann für meine Fraktion noch mal ganz deutlich sagen: Wir wollen gemeinsam mit allen Menschen, die für den Frieden eintreten, alles tun, dass der Krieg gegen die Ukraine endlich beendet wird. Alle Menschen haben ein Recht darauf, in Frieden zu leben. Und auch wir sind verantwortlich dafür, dieses Recht mit zu garantieren. Darum kann ich nur sagen: Endlich die Waffen nieder!

(Beifall bei der LINKEN)

ren, warum das denn unbedingt hat stattfinden müssen. Wenn Sie bereit sind, dafür Verantwortung zu übernehmen, schön und gut. Die Mehrheit in diesem Hause ist es nicht. Und ich persönlich bin sehr dankbar dafür.

Herr Kollege Spahn, Sie haben hier Ihren Antrag vorgestellt. Ich fand es eine sehr gute Weiterentwicklung seit unserer letzten Debatte, die etwas hitziger war, vielleicht auch der Ernsthaftigkeit des Themas nicht an jeder Stelle angemessen. Ich fand es im Stil besser, ich fand es auch vom Inhalt besser, was Sie hier heute vorgelegt haben. Das finde ich für die Ernsthaftigkeit dieser Debatte insgesamt begrüßenswert.

Unsere Bestandsaufnahme – morgen sind die ersten 100 Tage für die Ampelregierung um – zu Ihrer Arbeit während der GroKo-Zeit kann ich Ihnen allerdings nicht ersparen. Denn sie ist eine wesentliche Basis, warum wir heute darüber diskutieren. In einem Nachtwächterstaat darf der Nachtwächter nicht schlafen, Herr Kollege Spahn. In einem Nachtwäch-

Michael Kruse, FDP:

Wirtschaftspolitik muss in diesen Zeiten Freiheitspolitik sein



Michael Kruse (*1983)
Landesliste Hamburg

Zunächst: Eine gewisse Sprachlosigkeit hier nach der Videobotschaft des Präsidenten der Ukraine macht mich sprachlos, und ich bedaure, dass wir es im Parlament angesichts dieser historischen Rede nicht geschafft haben, unsere Unterstützung in Worte zu fassen.

Präsident Selenskyj hat sehr treffend formuliert, dass er die Wirtschaftspolitik des Westens als ein sehr wesentliches Instrument ansieht. Wir reden ja heute im Bereich der Energiepolitik vor allem darüber, welche Macht wir haben, um Entscheidungen anders zu treffen. Ich zitiere Präsident Selenskyj; er sagte: Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft dürfe nicht alles sein. Es dürfe nicht das entscheidende Kriterium sein. Es dürfe nicht das einzige Kriterium sein.

Und in der Tat: Unsere Wirtschaftspolitik muss in diesen Zeiten Freiheitspolitik sein. Unsere Wirtschafts- und Energiepolitik muss Friedenspolitik werden. Deswegen bin ich dem Bundesfinanzminister auch sehr dankbar, dass er an dieser Stelle im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung klar formuliert hat, dass erneuerbare Energien Freiheitsener-

gien sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die jetzige Bundesregierung, die Ampelregierung, hat in den letzten Wochen sehr viel getan beim Thema Versorgungssicherheit, beim Thema „Schaffung von Energiesicherheit“. Und es nötigt mich persönlich großen Respekt ab, dass ein grüner Wirtschaftsminister – der erste grüne Wirtschaftsminister – an das Tabu seiner Partei herangeht, indem er sagt, es gebe nicht mal hinsichtlich der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ein Denktabu. Diesen Respekt könnten Sie dem Minister ja auch entgegenbringen.

Die Tatsache, dass dann eine Prüfung erfolgt, an deren Ende steht – Frau Kollegin Klöckner, das war etwas später, nämlich erst nachdem die Analyse erfolgt ist. Erst dann hat er das ausgeschlossen; das stimmt. – Die Tatsache,

dass am Ende dieser Analyse steht, dass die letzte Regierung, die Große Koalition mit einem Wirtschaftsminister Peter Altmaier, dafür gesorgt hat, dass wesentliche Sicherheitsüberprüfungen ausgesetzt wurden, auch die zehnjährige Sicherheitsüberprüfung, die im Jahr 2019 angestanden hätte, nicht mehr hat stattfinden müssen, führt allerdings dazu, dass diese Kraftwerke mittlerweile ein großes und jeden Tag größeres Sicherheitsrisiko darstellen. Deswegen muss man am Ende dieser Analyse doch feststellen, dass es sehr klug ist, den Weg zu gehen, den die Regierung jetzt geht, um hier Energiesicherheit herbeizuführen, nämlich all diejenigen Kraftwerke mit Ressourcen zu versorgen, die die Stabilität im Netz garantieren können, auch wenn wir zum Beispiel mal eine Dunkelflaute haben.

Ich lade Sie deswegen herzlich ein, die Analyse mal zu lesen und dann auch zum richtigen Schluss zu kommen; denn sie zeigt: Wir alle hier im Raum, wir wären verantwortlich dafür, dass diese Kernkraftwerke jeden Tag unsicherer werden. Wir wären dafür verantwortlich, im Event-Fall zu erklä-

Fortsetzung auf nächster Seite

terstaat, in dem der Wettbewerb funktionieren soll, muss der Wettbewerb vom Nachtwächter geschützt werden. Der Nachtwächter, der den Wettbewerb im Gasmarkt hätte sichern sollen, hieß in den letzten Jahren Peter Altmaier. Und er war von Ihrer Partei.

Die Tatsache, dass wir heute Abend überhaupt noch über Gasspeicherregulierung sprechen müssen, ist dem Umstand geschuldet, dass Sie den Wettbewerb

nicht geschützt haben. Die Tatsache, dass Russland und seine Unternehmen einen Krieg im wirtschaftlichen Bereich mit dem Instrument der Entleerung der Gasspeicher, mit dem Verkürzen der Gaslieferungen im Spotmarkt gegen uns führen, hätte Ihrem Wirtschaftsminister seit letztem April auffallen können. Und die Tatsache, dass Sie abgewählt worden sind, liegt vielleicht auch daran, dass Sie mehr mit Wahlkampf und

Ihren internen Querelen beschäftigt waren als mit der Situation, dass hier etwas vorbereitet wird, was einen veritablen Schaden in Deutschland hätte herbeiführen können. Und es ist einzig dem milden Winter zu verdanken, dass der Schaden nicht eingetreten ist. Deswegen sollten Sie als Allererstes dafür die Verantwortung übernehmen. Das vermisste ich allerdings in Ihrem Antrag.

Ich fände es gut, wenn Sie zu-

mindest die Realität zur Kenntnis nehmen und dann auch Ihre Pflicht als Opposition – Sie wollen ja eigentlich eine Alternative sein – wahrnehmen würden. Dann sollten Sie vielleicht nicht nur aufschreiben, was es schon gibt: Heizkostenzuschuss erhöhen – haben wir doch erledigt, ist doch schon durch. Entfernungs-pauschale – sind wir doch dran. Anhebung Grundfreibetrag – lauter Dinge, die Sie fordern, die wir

schon machen. Ich lade Sie herzlich ein, mal Dinge vorzulegen, die wir nicht schon machen. Dann bin ich gerne bereit, darüber mit Ihnen zu sprechen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jens Spahn [CDU/ CSU]: Der Finanzminister hat doch was angekündigt! Habe ich was verpasst?)

Julia Klöckner, CDU:

Wir müssen jetzt auch kurzfristige Antworten bieten



Julia Klöckner (*1972)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Herr Hilse von der AfD, Sie haben uns alle hier vorhin – vielleicht mit selektiver Ausnahme – als korrupte Demokraten bezeichnet. „Pseudodemokraten“ haben Sie uns genannt. Und hier wird gerade noch Beifall geklatscht. Ich finde, Sie machen nicht der Demokratie, sondern Herrn Putin mit solchen Aussagen alle Ehre.

Und ein zweiter Satz: Sie haben vorhin gesagt, wir würden uns von Wind und Sonne abhängig machen in Deutschland; das sei noch unberechenbarer als Herr Putin. Ich finde das menschenverachtend. Wir haben vor nicht mal drei Stunden den Präsidenten der Ukraine hier gehört. Und Sie setzen Wind und Sonne mit der Unberechenbarkeit von Herrn Putin gleich. Ich finde das peinlich. Ich finde das blamabel. So etwas gehört nicht hier ins Parlament. Das muss ich wirklich sehr, sehr klar sagen.

Frau Verlinden, Sie haben für die Grünen gesprochen. Ich bin erstaunt – dass für Sie die erneuerbaren Energien eine große Rolle spielen, darüber bin ich nicht erstaunt –, dass Ihnen die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen und das, was sie heute aktuell zu tragen und an Preisexplosionen im Alltag zu stemmen haben, überhaupt kein Wort wert sind. Unser Antrag,

den wir heute einbringen, reagiert ganz klar darauf.

Zum Beispiel hat eine Bäckerei in Nordrhein-Westfalen jetzt im Monat 700 Euro mehr Energiekosten. Da kann man sagen: Ist Pillepalle – für Abgeordnete wie uns vielleicht.

Schauen wir auf die Großindustrie. Am Standort Ludwigshafen, bei uns in Rheinland-Pfalz, hat die BASF, der weltweit größte Chemiekonzern, über 30 000 Mitarbeiter. Allein in den Monaten Januar und Februar sind die Energiekosten um 600 Millionen Euro gestiegen. Das hat Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft. Das hat Auswirkungen auf unseren Standort. Das hat Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das hat Auswirkungen auf unser Land. Und darauf geben wir eine Antwort; denn der Staat kann Abgaben und Steuern senken, er kann sofort reagieren. Deshalb haben wir als Union ebendiesen Antrag eingebracht.

Dann möchte ich noch ein Weiteres sagen, damit sich hier auch keine Märchen festsetzen. Die Grünen sind ja in zehn Bundesländern mit an der Regierung; in Baden-Württemberg stellen sie sogar den Ministerpräsidenten. Wer hinkt denn in der Windkraftausbaufähigkeit hinterher? Das ist Baden-Württemberg. Und dann schauen wir uns mal den Energiemix an. Wir als Unionsregierungen haben im Energiemix den Anteil der erneuerbaren Energien gesteigert: In 2005 lag er bei 11 Prozent, und 2020 lag er bei etwa 46 Prozent. Und wenn Sie sagen, wir haben als Koalition, als unionsgeführte Regierungen nichts gemacht, dann können Sie entweder nicht rechnen, oder Sie haben Vorstellungen, die weder bezahlbar noch umsetzbar sind. Deshalb bitte ich Sie, wieder einen Blick auf die normalen

Menschen hier in diesem Land zu haben.

Deshalb sage ich auch sehr klar mit Blick auf unsere Unternehmerinnen und Unternehmer gerade hier in Deutschland, denen häufig vorgeworfen wird, zuerst komme das Geschäft und dann die Moral: – Denen müssen wir und wollen wir heute Danke sagen; denn dass die deutsche Wirtschaft, unsere deutschen Unternehmerinnen und Unternehmer, so geschlossen hinter den Sanktionen gegen Russland steht, das ist vorbildlich, das verdient Danke. Und ich sage Danke im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für diese klare Haltung.

Zweiter Punkt, was Konsistenzen anbelangt: Der Staat verdient bei jedem Prozentpunkt Inflation 10 Milliarden Euro mit. Und ich finde, die Bürgerinnen und Bürger haben nicht große Reden verdient, Reden, die besagen, das sei eine psychologische Wirkung. Ich kann Ihnen sagen: Eine Krankenschwester aus meinem Wahlkreis, die jeden Morgen von Simmertal nach Bad Kreuznach ins Krankenhaus fährt – 32 Kilometer –, kann nicht den Zug nehmen. – Das kann sie schon machen mit Bus und Zug. Aber wenn sie beides nimmt, braucht sie zwei Stunden, um anzukommen. Sie spürt nicht psychologisch den höheren Energiepreis; die spürt ganz viel bei jeder Tankfüllung in ihrem schmalen Geldbeutel, dass hier etwas nicht stimmt. Und hier kann die Bundesregierung reagieren; denn wir wissen, dass etwa die Hälfte Steuern und Abgaben sind.

Die Idee der Regierung – übrigens der FDP, die vorher von großer Entfesselung der Bürokratiemonster gesprochen hat – ist jetzt ein Tankgutschein. Liebe Ampel, das kann doch nicht allen Ernstes Ihre Antwort auf die-

se Probleme sein, die wir hier in diesem Land gerade haben. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, sehr konkret. Es gibt Maßnahmen – da bin ich ja ganz bei Ihnen –, die langfristig bzw. mittelfristig wirken müssen. Und deshalb auch noch einmal – Stichwort „Ausbau erneuerbarer Energien“ –: Da haben Sie uns an Ihrer Seite, und wir haben gezeigt, dass wir es als Union vorangebracht haben. Aber wir müssen jetzt auch kurzfristig Antworten haben und reagieren, und wir können kurzfristig reagieren.

Und an eines möchte ich Sie noch erinnern: Als Minister Habeck seine Regierungserklärung gehalten hat, haben wir darauf geantwortet und haben die Abschaffung der EEG-Umlage ab sofort gefordert und nicht erst ab 2023. Ihrer aller Reaktion ist Gelächter gewesen. – Nein. Ihr schafft ja gerade mal gar nichts, um es kurz zu sagen. Um das mal kurz zu sagen: Vor nicht mal drei Wochen haben Sie über diesen Vorschlag der Union gelacht, die EEG-Umlage sofort abzuschaffen. Kurz danach haben Sie darüber gelacht, als es hieß: Wir müssen an der Zapfsäule entlasten. Dann gab es den Vorschlag für einen Tankstellengutschein. Darüber könnten wir lachen. Und jetzt kommen wir zu einem nächsten Schritt: Steuern und Abgaben runter. Heute lachen Sie noch. Ich kann Ihnen sagen: Sie werden hier etwas ändern, weil Sie ständig der Entwicklung hinterherlaufen. Deshalb stellen wir diesen Antrag, um Ihnen die Chance zu geben, zumindest Teile davon umzusetzen.

Ich möchte zum Schluss kommen, damit mein Kollege, der nach mir noch zu dem Thema „Verbraucherinnen und Verbraucher“ reden wird, noch zu Wort kommen kann. Ich will aber an dieser Stelle verdeutlichen, wie schwer gebeutelt einige der Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland sind und wie heftig sie zu tragen haben. Darüber müssen wir hier bei dieser Debatte auch reden. Es geht um diejenigen, deren Rohstoffpreise gestiegen sind, deren Energiepreise gestiegen sind, die

das nicht komplett auf die Endverbraucher- oder Abnehmerpreise umlegen können. Wir haben Logistikunternehmen, die sich strecken müssen, die Papierindustrie, die Stahlindustrie, die Glasindustrie. Sie alle stehen gerade mit dem Rücken an der Wand. Und dahinter stehen überall Gesichter und Menschen. Deshalb sage ich: Tun Sie jetzt was! Das schließt nicht aus, dass wir auch langfristige Konzepte – Stichwort „Ausbau erneuerbarer Energien“ – mit verfolgen. Aber Sie sind jetzt gefragt und nicht für große Reden in der Zukunft.

Also, erstens kann man das sicherlich im Protokoll nachlesen, was Sie gesagt haben. Und zweitens: Besser ist der Vorwurf durch Ihre Wortmeldung hier eben nicht geworden.

Wenn Sie behaupten, es sind nur einige, die keine korrupten Pseudodemokraten sind, dann finde ich das peinlich. Nicht „immerhin“. Wissen Sie, jetzt mal unter uns: – Sie können ja Ihre Parteitage so abhalten. Aber es gibt schon einen gewissen Stil in diesem deutschen Parlament. Die Bürgerinnen und Bürger, die dafür arbeiten, dass wir bezahlt werden, haben es nicht verdient, wie Sie sich hier vor- und aufzuführen. Und deshalb sage ich noch mal: Ich weise für alle in dieser Gesamtheit zurück, dass dieser Deutsche Bundestag – teilweise, vollkommen oder in Prozentsätzen – aus „korrupten Pseudodemokraten“ besteht. Sie machen Herrn Putin mit solchen Aussagen alle Ehre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf von der AfD: Vielen Dank!)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Timon Gremmels (SPD), Kathrin Henneberger (Bündnis 90/Die Grünen), Olaf in der Beek (FDP), Ulrich Lange (CDU/CSU), Robin Mesarosch (SPD), Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen), Falko Mohrs (SPD).

Videoansprache des ukrainischen Präsidenten vor dem Deutschen Bundestag am 17. März 2022

Katrin Göring-Eckardt, Bundestagsvizepräsidentin:

Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden



Katrin Göring-Eckardt
Bundestagsvizepräsidentin

von dem Mädchen, das offenbar in einem Bunker singt – ein Lied aus der „Eiskönigin“. Wir sehen dich, Amelia.

Menschen sind tot. Der ukrainische Biathlet Jewhen Malyschew ist tot. Die Fußballprofis Witali Sapylo und Dimitri Martynenko sind tot. Reporter/-innen, die über den Krieg berichtet haben, sind tot. Ihre Namen kennen wir. Viele andere, so viele andere, kennen wir nicht. Doch wir sehen euch. Wir sind in Gedanken bei euch und bei denen, die um euch trauern.

Die Stadt Mariupol erlebt eine Katastrophe. Auch in Irpin, Char'kiw, Cherson und an vielen, vielen anderen großen und kleinen Orten besteht eine dramatische Notlage. Die Menschen brauchen Hilfe – schnell und ohne Gefahr von neuen Angriffen. Sie müssen wenigstens die umkämpften Orte auf sicheren Wegen verlassen können.

Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind geflohen. Tausende suchen jeden Tag Zuflucht auch in unserem Land. Viele Menschen in den Nachbarländern der Ukraine und auch in Deutschland helfen, wo sie können, sammeln Spenden, organisieren Hilfslieferungen, kümmern sich um die Kriegsflüchtlinge. Sie spüren, dass neben

menschlicher Solidarität eine entschlossene Politik notwendig ist. Putin hat mit seinem Krieg auch unsere Friedensordnung angegriffen.

Herr Präsident, lieber Wolodymyr Selenskyj, wir können Sie sehen. Ihr Land hat sich für die Demokratie entschieden, und genau das fürchtet Wladimir Putin. Er versucht, Ihrem Land eine eigene Geschichte, eine Identität, ein Existenzrecht abzuspüren. Doch damit ist er schon jetzt gescheitert. Die Ukrainerinnen und Ukrainer sind geeinter und entschlossener als je zuvor. Sie zeigen jeden Tag, wie stark ihr Freiheitswille ist.

Ich sage das auch ganz persönlich, Herr Präsident: Als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist und Teil der Friedlichen Revolution war, weiß ich, dass Freiheit ein Geschenk ist und doch immer wieder erkämpft werden muss.

2004 durfte ich auf dem Maidan sprechen, als Hunderttausende für Demokratie in Ihrem Land demonstriert haben. Ein Satz der Demonstrantinnen und Demonstranten von damals hat sich mir eingebrannt: „Zusammen sind wir viele, wir sind nicht zu besiegen.“

Der Weg, den die Ukraine beschritten hat, war nicht leicht; aber er war konsequent, er war de-

mokratisch, europäisch, so wie auch Ihre Wahl zum Präsidenten dieses wunderbar stolzen Landes.

Herr Präsident, lieber Wolodymyr Selenskyj, die Welt steht der Ukraine bei. Deutschland steht an Ihrer Seite. – Sie haben das Wort.

[Videoschalte des ukrainischen Präsidenten]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, ich sage im Namen unseres gesamten Hauses herzlichen Dank für diese eindringlichen Worte. Der Krieg muss aufhören! Ich bin sehr dankbar, dass die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der G-7-Staaten und des Europäischen Parlaments ein starkes Zeichen des Zusammenhalts und der Solidarität mit der Ukraine gesetzt haben.

Wir haben uns gestern mit unserem Freund Ruslan Stefantschuk, dem Parlamentspräsidenten der Ukraine, ausgetauscht. Auch er hat sehr eindringliche Worte an uns gerichtet. In der Sitzung, in der ich Bärbel Bas vertreten habe, wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Wir betonen darin nachdrücklich die Souveränität der Ukraine. Wir bekennen, dass wir Seite an Seite stehen mit der ukrainischen Werchowna Rada und ihren frei gewählten Abgeordneten, unseren Kolleginnen und Kollegen, die wir von hier aus ausdrücklich grüßen, die ihre Arbeit im Parlament unter diesen Bedin-

gungen weiterführen.

Das ukrainische Volk und die demokratisch gewählte Regierung finden unsere volle Unterstützung, so wie auch die mutigen Russinnen und Russen, die in ihrem Land für freie Berichterstattung sorgen und für ein Ende des Krieges eintreten.

Meine Damen und Herren, die Parlamente der G 7 bekennen sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, sie aufzunehmen und den Staaten beizustehen, die als Nachbarländer eine besondere humanitäre Aufgabe zu erfüllen haben. Gestern haben wir hier bereits darü-

ber debattiert.

Wir werden das heute noch einmal tun im Zusammenhang mit der Republik Moldau, aber auch mit unserem Nachbarland Polen. Deswegen freue ich mich, dass auf der Tribüne der stellvertretende Außenminister der Republik Polen Platz genommen hat, Herr Minister Szykowski vel Sżk. Ihr Land leistet Großes in diesen Tagen, und wir haben enormen Respekt davor.

Meine Damen und Herren, mir bleibt nur noch, zu sagen – und Herr Melnyk, ich bitte Sie herzlich, dies Ihrem Präsidenten noch einmal auszurichten: Herzlichen Dank! Slava Ukraini!

(Beifall im ganzen Hause)

Putin hat mit seinem Krieg auch unsere Friedensordnung angegriffen.



Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach vergangenen Donnerstag per Videoschleife zu den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und appellierte an Deutschland, die Ukraine zu unterstützen.

© picture alliance/dpa | Bernd von Jutrczenka

Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine:

Es ist schwer für uns, ohne die Hilfe der Welt zu bestehen



Wolodymyr Selenskyj
Präsident der Ukraine

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Göring-Eckardt, sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, Anwesende, Journalistinnen und Journalisten, sehr geehrtes deutsches Volk!

Ich wende mich an Sie nach drei Wochen der groß angelegten Invasion der russischen Truppen in die Ukraine. Nach acht Jahren des Krieges im Osten meines Landes, im Donbass.

Ich wende mich an Sie, während Russland unsere Städte bombardiert und dabei alles zerstört, was in der Ukraine existiert. Alles. Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen. Alles. Mit Raketen, Fliegerbomben, Raketenartillerie.

In diesen drei Wochen sind sehr viele Ukrainer gestorben, Tausende. Die Besatzer haben 108 Kinder getötet. Mitten in Europa, bei uns, im Jahre 2022.

Ich wende mich an Sie nach zahlreichen Treffen, Verhandlungen, Erklärungen und Bitten, nach Schritten zur Unterstützung, welche zum Teil verspätet kamen. Nach Sanktionen, die offensichtlich nicht ausreichen, um diesen Krieg zu stoppen. Und nachdem wir gesehen haben, wie viele Verbindungen Ihre Unternehmen weiterhin mit Russland unterhalten – mit einem Staat, welcher Sie und noch manche anderen Staaten einfach benutzt, um den Krieg zu finanzieren.

In den drei Wochen des Krieges um unser Leben, um unsere Freiheit, konnten wir uns von dem überzeugen, was wir bereits früher spürten und was Sie sicherlich bislang noch nicht alle

bemerkten.

Aber Sie scheinen sich wieder hinter einer Mauer zu befinden. Ja, es ist nicht die Berliner Mauer, aber eine Mauer mitten in Europa, zwischen Freiheit und Unfreiheit. Und diese Mauer wird immer stärker, mit jeder Bombe, die auf unseren Boden, auf die Ukraine, fällt. Mit jeder Entscheidung, die nicht getroffen wird für den Frieden. Die nicht getroffen wird, obwohl sie helfen könnte.

Wann ist dies geschehen?

Sehr geehrte Politikerinnen und Politiker,

sehr geehrtes deutsches Volk!

Wie ist das möglich? Als wir Ihnen sagten, dass die Nord Stream-Leitungen Waffen sind und der Vorbereitung auf einen großen Krieg dienen, hörten wir die Antwort: „Es geht hier aber um die Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft.“ Doch das war der Zement für eine neue Mauer.

Als wir Sie fragten, was die Ukraine tun muss, um NATO-Mitglied zu werden, in Sicherheit zu sein, Sicherheitsgarantien zu erhalten, hörten wir die Antwort: „Eine derartige Entscheidung liegt bislang nicht auf dem Tisch und es wird sie in nächster Zeit auch nicht geben.“ Und es gibt auch keinen Platz für uns an diesem Tisch.

Genauso zögern Sie nun bei der Frage nach dem Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Offen gesagt: Für manche ist es Politik. Doch in Wahrheit sind es Steine. Steine für eine neue Mauer.

Als wir um präventive Sanktionen baten, wandten wir uns an Europa, wandten wir uns an viele Staaten, wandten wir uns an Sie. Sanktionen, die so ausgestaltet sind, dass der Aggressor spürt, dass Sie eine Kraft darstellen. Und wir sahen ein Hinauszögern. Wir verspürten einen Widerstand. Wir haben verstanden, dass Sie die „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“ fortführen wollen.

Derzeit sind die Handelsbeziehungen zwischen Ihnen und dem Staat, welcher erneut einen brutalen Krieg nach Europa brachte, der Stacheldraht über der Mauer. Über der neuen Mauer, die Europa spaltet.

Und Sie sehen nicht, was sich hinter dieser Mauer befindet. Doch sie steht zwischen uns, zwischen den Menschen in Europa. Und dadurch verspüren nicht alle in vollem Maße, was gerade wir heute durchleben.

Ich wende mich an Sie im Namen aller Ukrainer. Sie sprachen gerade von Mariupol. Also wende ich mich an Sie im Namen der Bewohner von Mariupol, im Namen der friedlichen Bewohner der Stadt, welche die russischen Truppen eingekesselt haben und einfach dem Erdboden gleichmachen. Einfach alles vernichten, was sich dort befindet. Alles und alle, die sich dort befinden. Hunderttausende Menschen befinden sich rund um die Uhr unter Beschuss. Ohne Nahrung, den ganzen Tag ohne Wasser, den ganzen Tag ohne Strom, den ganzen Tag ohne Telekommunikation. Wochenlang.

Die russischen Truppen unterscheiden nicht, wo Zivilpersonen sind und wo Soldaten sind, wo zivile Objekte sind. Sie halten alles für eine Zielscheibe.

Das Theater, in dem Hunderte Menschen Zuflucht fanden und das gestern zerstört wurde, eine Geburtsklinik, ein Kinderkrankenhaus, Wohnviertel ohne jegliche militärische Objekte – sie zerstören alles. Rund um die Uhr. Und sie lassen keine einzige humanitäre Lieferung in unsere blockierte Stadt durch. Seit fünf Tagen stellen die russischen Truppen den Beschuss nicht ein, absichtlich, um die Rettung unserer Menschen nicht zuzulassen.

Sie könnten all das sehen, wenn Sie sich über diese Mauer erheben würden.

Wenn Sie sich daran erinnern, was für Sie die Berliner Luftbrücke bedeutete, die umgesetzt werden konnte, weil der Himmel sicher war. Sie wurden nicht vom Himmel aus getötet, so wie es jetzt in unserem Land geschieht, wo wir nicht einmal eine Luftbrücke umsetzen können! Wenn vom Himmel nur russische Raketen und Fliegerbomben kommen.

Ich wende mich an Sie im Namen der älteren Ukrainer, der vielen, die den Zweiten Weltkrieg überlebt haben, die sich während der Besatzung vor 80 Jahren retten konnten. Derjenigen, die Babyn Jar überlebt haben.

Babyn Jar, wohin Präsident

Steinmeier im vergangenen Jahr reiste. Ich war ihm sehr dankbar. Er kam zum 80. Jahrestag der Tragödie. Dort schlugen nun russische Raketen ein. Gerade an diesem Ort. Sie töteten eine Familie, die auf dem Weg nach Babyn Jar war, um das Denkmal zu besuchen. Sie töteten erneut – nach 80 Jahren.

Ich wende mich an Sie im Namen aller, die hörten, wie Politiker jedes Jahr beteuern: „Nie wieder!“ Und die gesehen haben, dass diese Worte nichts wert sind. Denn erneut versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten. Alles zu vernichten, dank dem wir leben. Und wofür wir leben.

Ich wende mich an Sie im Namen unserer Soldaten, derjenigen, die unser Land verteidigen, und dementsprechend auch die Werte, von denen häufig gesprochen wird – überall in Europa, auch bei Ihnen.

Freiheit und Gleichheit. Die Möglichkeit, frei zu leben. Ohne sich einem fremden Staat zu unterwerfen, welcher fremden Boden für seinen eigenen „Lebensraum“ hält. Warum verteidigen sie all das ohne Ihre Führungsstärke? Ohne Ihre Kraft? Warum stellte sich heraus, dass Staaten in Übersee uns näher sind als Sie?

Weil es eine Mauer gibt. Eine Mauer, die manche nicht bemerken. Doch es ist eine Mauer, gegen die wir rennen. Während wir kämpfen, um unser Volk zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrtes deutsches Volk! Mein Dank gilt allen, die uns unterstützen. Ich danke Ihnen. Den einfachen Deutschen, die von ganzem Herzen Ukrainern in Ihrem Land helfen. Journalistinnen und Journalisten, die ehrlich ihre Arbeit verrichten und all das Böse zeigen, das Russland über uns gebracht hat. Ich danke denjenigen deutschen Unternehmen, die Moral und Menschlichkeit über die Buchhaltung stellen. Über die „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“.

Und ich danke den Politikern, die sich dennoch bemühen. Die sich bemühen, diese Mauer zu durchbrechen. Die sich zwischen russischem Geld und dem Tod ukrainischer Kinder für das Leben entscheiden. Die eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland unterstützen. Eine Verschärfung, die uns Frieden garantierte. Frieden für die Ukraine. Frieden für Europa. Die nicht zögern bei der Frage,

ob Russland aus SWIFT ausgeschlossen werden soll.

Die wissen, dass ein Handelsembargo gegen Russland nötig ist. Gegen die Einfuhr von dort von allem, was diesen Krieg finanziert. Die wissen, dass die Ukraine Teil der EU sein wird. Denn die Ukraine ist bereits europäischer als viele andere.

Ich danke allen, die sich über jegliche Mauern erheben. Und denjenigen, die wissen, dass auf den Stärkeren auch mehr Verantwortung lastet, wenn es um die Rettung von Menschen geht.

Es ist schwer für uns, ohne die Hilfe der Welt zu bestehen. Ohne Ihre

Hilfe. Es ist schwer, die Ukraine zu verteidigen, Europa zu verteidigen. Ohne das, was Sie tun können. Was Sie tun können, um nicht auch nach diesem Krieg beschämt zurückzublicken ... Nachdem Charkiw zerstört wurde. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Nachdem Tschernihiw, Sumy und der Donbass zerbombt wurden. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Nachdem Tausende von Menschen gefoltert und getötet wurden. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Denn was bedeutet sonst die historische Verantwortung für das, was vor 80 Jahren geschah, was bis heute gegenüber dem ukrainischen Volk nicht gesühnt wurde?

Und jetzt, damit keine neue entsteht – hinter einer neuen Mauer – und die wieder gesühnt werden müsste.

Ich wende mich an Sie und erinnere daran, was nötig ist und ohne was Europa nicht überleben und seine Werte nicht bewahren kann.

Der ehemalige Schauspieler und Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, sagte einmal in Berlin: „Tear down this wall!“

Nun möchte ich Ihnen sagen: Herr Bundeskanzler Scholz! Reißen Sie diese Mauer nieder!

Geben Sie Deutschland die Führung, die es verdient, und auf die Ihre Nachfahren nur stolz sein können.

Unterstützen Sie uns.

Unterstützen Sie den Frieden.

Unterstützen Sie jeden Ukrainer. Stoppen Sie den Krieg!

Helfen Sie uns, ihn zu stoppen!

Es lebe die Ukraine!

(Langanhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Anwesenden erheben sich)

Erneut versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten.

leicht
erklärt!

Impf-Pflicht gegen Corona

Bundestag bespricht verschiedene Ideen



Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag über das Thema „Impf-Pflicht gegen Corona“ gesprochen.

Dabei ging es um verschiedene Ideen, wie so eine Impf-Pflicht aussehen könnte.

Und ob es sie überhaupt geben soll.

Im folgenden Text gibt es weitere Infos dazu.

Folgende Fragen werden im Text zum Beispiel beantwortet:

- Was ist eine Impf-Pflicht?
- Welche Gründe sprechen dafür?
- Welche Gründe sprechen dagegen?
- Welche Ideen gibt es zur Impf-Pflicht?

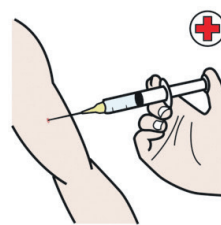
Was ist eine Impf-Pflicht?



Impfungen sind normalerweise freiwillig.

Das heißt: Man kann selbst entscheiden, ob man sich gegen eine Krankheit impfen lassen will.

Wenn man es nicht tut, hat das keine Folgen.



Bei einer Impf-Pflicht ist das anders.

Hier muss man sich impfen lassen.

So steht es dann in einem Gesetz.

Wenn man sich nicht impfen lässt, kann man eine Strafe bekommen. Zum Beispiel eine Geld-Strafe.

Eine Ausnahme gibt es nur für Menschen, die sich nicht impfen lassen können.

Zum Beispiel, weil sie eine bestimmte Krankheit haben.

Eine Impf-Pflicht kann es für bestimmte Gruppen geben. Zum Beispiel für Berufs-Gruppen.



Seit dem 15. März gibt es zum Beispiel eine Impf-Pflicht für Menschen in Gesundheits-Berufen und in Pflege-Berufen.

Eine Impf-Pflicht kann es aber auch für alle Menschen geben. Oder zumindest für den größten Teil der Menschen.

Und über eine solche Impf-Pflicht wird im Moment sehr viel gesprochen.

Wichtig: Eine Impf-Pflicht darf man nicht mit einem Impf-Zwang verwechseln.

Bei einem Impf-Zwang wird man zur Impfung gezwungen.

Das kann auch mit Gewalt passieren.

Man kann nicht entscheiden, ob man die Impfung haben will oder nicht.

Bei einer Impf-Pflicht passiert das nicht.



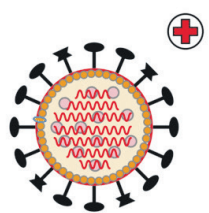
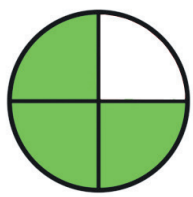
Warum wird über eine Impf-Pflicht gesprochen?

Seit ungefähr 2 Jahren gibt es jetzt die Corona-Pandemie.

Und seit etwas über einem Jahr gibt es eine Impfung gegen Corona.

Inzwischen sind ungefähr drei Viertel der Menschen in Deutschland gegen Corona geimpft.

Also ungefähr 75 Prozent.



In den ersten Monaten der Pandemie wurde immer wieder gesagt:

In Deutschland wird es keine Impf-Pflicht geben.

Die Menschen sollten freiwillig über ihre Impfung entscheiden.

Das haben die meisten Politiker gesagt.

Mit der Zeit hat sich diese Meinung geändert.

Seit dem Herbst 2021 wird nun doch immer wieder über eine Impf-Pflicht gesprochen.

Der Grund dafür ist:

Am Anfang haben sich recht viele Menschen impfen lassen.

Mit der Zeit gab es aber immer weniger Neu-Impfungen.

Experten halten das für ein Problem.

Denn:

Um die Corona-Pandemie zu beenden, muss eine bestimmte Zahl an Menschen geimpft sein.

Und zwar 85 Prozent oder noch mehr.

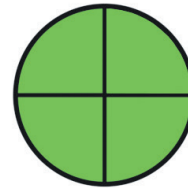
Also fast alle Menschen.

Im Moment scheint diese Zahl nicht erreichbar.

Viele Politiker und Experten fragen sich darum:

Wie kann man dafür sorgen, dass noch mehr Menschen geimpft werden?

Und eine Impf-Pflicht wäre eine Lösung für dieses Problem.



Was spricht für eine Impf-Pflicht?

Die Corona-Pandemie macht viele Probleme.

Zum Beispiel:

- Viele Menschen sind gestorben.
- Auch bei Menschen, die wieder gesund sind, kann Corona noch lange Folgen haben.
- Kranken-Häuser und die Mitarbeiter sind überlastet.
- Firmen und Geschäften fehlen die Kunden.
- Viele Menschen fühlen sich durch die ganze Situation schwer belastet.

Darum sagen viele Menschen: Es ist wichtig, die Pandemie so schnell wie möglich zu beenden.

Dafür müssen so viele Menschen wie möglich geimpft werden.

Und durch eine Impf-Pflicht kann man das erreichen.



Was spricht gegen eine Impf-Pflicht?



Es gibt auch viele Gründe, die gegen eine Impf-Pflicht sprechen.

Hier 2 Beispiele:

Impf-Pflicht begrenzt Freiheit

Menschen in Deutschland haben große Freiheiten.

Diese Freiheiten sind im Grund-Gesetz festgelegt.

Das ist das wichtigste Gesetz in Deutschland.

Eine Freiheit ist zum Beispiel: Man darf über die eigene Gesundheit und den eigenen Körper entscheiden.

Eine Impf-Pflicht würde dieses Recht begrenzen.

Und Rechte aus dem Grund-Gesetz darf man nur begrenzen, wenn es dafür einen sehr guten Grund gibt.

Impf-Pflicht zerstört Vertrauen

Politiker haben immer wieder gesagt, dass es keine Impf-Pflicht geben wird.

Manche Menschen sind der Meinung:

Wenn es nun doch eine gibt, könnten viele Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren.

Sie finden: Auch das spricht gegen eine Impf-Pflicht.



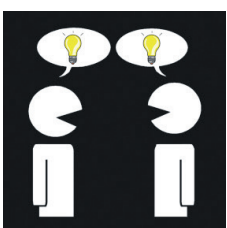
Gespräche im Bundestag

Der Bundestag hat letzte Woche über die Impf-Pflicht gesprochen.

Verschiedene Politiker-Gruppen haben verschiedene Ideen eingebracht.

Insgesamt waren es 5 unterschiedliche Vorschläge.

Die werden nun kurz beschrieben.



1. Impf-Pflicht für alle ab 18 Jahren

Eine Idee ist eine Impf-Pflicht für alle ab 18 Jahren.

Sie soll ab dem 1. Oktober 2022 gelten.

Und zwar erst einmal bis Ende 2023.

Das bedeutet:

Ab dem 1. Oktober muss jeder über 18 geimpft sein.

Oder genesen.

Ausnahmen gibt es für Leute, die sich nicht impfen lassen können.

Wer sich nicht impfen lässt, kann eine Geld-Strafe bekommen.

Wichtig: Man kann dafür aber nicht ins Gefängnis kommen.

Außerdem steht im Vorschlag: Es soll noch mehr für die Impfung geworben werden.

Damit sich noch mehr Menschen ganz ohne Pflicht impfen lassen.



2. Impf-Beratung und Impf-Pflicht ab 50 Jahren

Dieser Vorschlag besteht aus 2 Teilen.

Alle, die nicht geimpft oder genesen sind, müssen sich vom Arzt beraten lassen.

Über die Beratung gibt es dann eine Bescheinigung.

Außerdem soll es eine Impf-Pflicht für alle Menschen ab 50 Jahren geben.

Der Grund: Für ältere Menschen ist Corona gefährlicher.

Sie müssen öfter ins Kranken-Haus.

Die Impf-Pflicht soll aber nur kommen, wenn Corona im Herbst noch so schlimm ist wie jetzt.



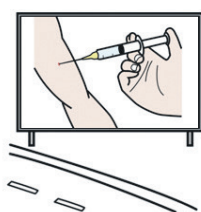
3. Keine Impf-Pflicht, aber mehr Leute vom Impfen überzeugen

Ein weiterer Vorschlag ist:
Es soll keine Impf-Pflicht geben.

Aber: Es sollen mehr Leute überzeugt werden, sich impfen zu lassen.

Vorschläge, wie man mehr Leute zur Impfung bringen kann:

- Werbung in verschiedenen Sprachen.
- Aufrufe von Religions-Gruppen, Sport-Vereinen und anderen wichtigen Gruppen.
- Info-Gespräch übers Internet für alle, die das wollen.
- Impfungen anbieten, wo viele Menschen sind.
Zum Beispiel bei Veranstaltungen oder im Einkaufs-Zentrum.



4. Bessere Vorbereitung auf Corona-Welle

Eine weitere Idee ist:

Es sollen verschiedene Dinge gemacht werden.

Damit soll Deutschland besser auf eine neue Corona-Welle vorbereitet werden.

Zum einen soll eine Liste angelegt werden.

Darin soll stehen, wer geimpft ist und wer nicht.

Damit soll man dann Impfungen besser planen können.

Außerdem soll mehr Werbung fürs Impfen gemacht werden.

Vor allem bei denen, die noch nicht geimpft sind.

Und es soll einen Plan geben.

Darin steht, wer bei einer neuen Corona-Welle zuerst geimpft werden soll.

Und wer später.

Erst im schlimmsten Fall soll es auch eine Impf-Pflicht geben.



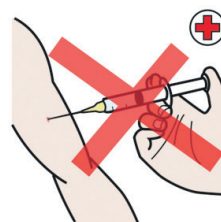
5. Keine Impf-Pflicht

Eine letzte Idee ist:

Man macht so weiter wie bisher.

Es gibt also keine Impf-Pflicht.

Auch die Impf-Pflicht für Gesundheits-Berufe und Pflege-Berufe wird zurückgenommen.



Kurz zusammengefasst

Letzte Woche hat der Bundestag über eine Impf-Pflicht gesprochen.

Dazu gab es verschiedene Ideen.

Zum Beispiel eine Impf-Pflicht für alle über 18 Jahre.

Oder eine Impf-Pflicht für alle über 50 Jahre.

Oder mehr Werbung fürs Impfen.

Oder auch gar keine Impf-Pflicht.

Die verschiedenen Ideen wurden nun an Experten-Gruppen weitergegeben.

Die werden sich weiter mit dem Thema beschäftigen.

Auch der Bundestag wird noch weiter darüber sprechen.



Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde
in Leichte Sprache
übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild / Robert Michael. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 12/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 28. März 2021.